

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Waffenstillstand.

Die Verhandlungen im Baugewerbe sind am Donnerstag beendet worden. Bekanntlich wurden sie geführt zwischen den Vertretern des Arbeitgeberbundes und den Vertretern der Arbeiterorganisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter unter unparteiischer Leitung. Die Verhandlungen bezogen sich auf den vom Arbeitgeberbund aufgestellten sogenannten „Mustertarif“. Die Debatten waren mitunter ziemlich scharf, besonders über die Fragen der Affordarbeit, die Agitation auf der Baustelle, die Vertragsdauer. Am Donnerstagnachmittag um 11 Uhr waren die Parteien nach mehrfachen Sonderberatungen soweit gekommen, daß sie sich über die in dem Mustertarif aufzustellenden Grundbestimmungen geeinigt hatten. Dann wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, die bis 2 Uhr nachts an der Formulierung des Mustertarifs arbeitete, der nunmehr als zwischen den beiderseitigen Vertretern vereinbart gelten kann. Der Tarif hat in verschiedenen Punkten eine andere Fassung, als die von den Unternehmern aufgestellt, erhalten. Den Vertretern der Arbeiter gelang es, einige Bestimmungen, an denen sie Anstoß nahmen, zu beseitigen oder doch zugunsten der Arbeiter abzuschwächen.

Dem § 3, der im Entwurf der Unternehmer lautete: „Ueberstunden sowie Nachtarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten,“

ist der Zusatz angefügt: „und dürfen im wesentlichen nur gefordert werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten oder zu beseitigen sind. Ferner bei dringenden Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten.“

Im § 4 des Tarifs sollte der Stundenlohn festgesetzt werden, der — nach dem Entwurf — an tüchtige Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter zu zahlen ist. — Hierdurch wäre es den Unternehmern möglich gewesen, jedem Arbeiter, den sie nicht für tüchtig halten, geringere als die vertragsmäßigen Löhne zu zahlen. Dadurch würde das gleichzeitige Bestehen verschiedener Lohnklassen ermöglicht und ein Zustand geschaffen worden sein, den die Arbeiter seit Jahren bekämpfen. — Das Wort „tüchtige“ ist nunmehr aus dem Tarif gestrichen. — Die Bestimmung, daß für minder leistungsfähige Arbeiter geringere Löhne vereinbart werden können, hat eine andere Fassung erhalten und lautet jetzt:

„Für Gehältern, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter sowie für Junggefellern im ersten und zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden.“

§ 5 lautet: „Affordarbeit ist zulässig; die Affordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung.“

§ 6 legt die Lohnzahlungsperiode fest und sagt: „Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Arbeitnehmer kann für solche Zeiten keinen Lohn fordern, in denen er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, auch wenn die Verhinderung entschuldbar und nicht von erheblicher Dauer ist (§ 618 des B. G. B.). Für diejenige Zeit, in welcher die Arbeit ruhen muß infolge Materialmangels, Witterungsverhältnisse, polizeilicher Anordnung, Sittierung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsstörung der Materialförderungsanlagen oder partieller Streiks der auf den Arbeitsstätten beschäftigten Mitarbeiter kann der Arbeitnehmer ebenfalls keinen Lohn beanspruchen. In Orten, wo Kündigungsfristen vereinbart sind, kann bei Materialmangel das Arbeitsverhältnis von den Arbeitern ohne Einhaltung der Kündigungsfristen gelöst werden, sofern der Arbeitgeber sich nicht rechtzeitig zur Zahlung des Lohnes bereit erklärt.“

§ 8 handelt von der Schlichtungskommission.

In § 9 verpflichten sich die Parteien, Streiks, Aussperrungen und Aussperrungen, welche im Widerspruch mit dem Vertrage ausbrechen sollten, nicht zu unterstützen.

§ 10 verbietet in seiner ursprünglichen Fassung „jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle bei sofortiger Entlassung.“ Der § 10 ist wesentlich geändert worden. Er lautet jetzt:

„Das Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmern auf ein und derselben Arbeitsstelle darf nicht beanstandet werden. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Jegliche Agitation während der Arbeitszeit ist verboten. Die Parteien gelten nicht als Arbeitszeit. Anders- oder nichtorganisierte Arbeiter dürfen in Pausen sowie vor und nach der Arbeitszeit nicht belästigt werden. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist anderen als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet. Die Zugehörigkeit zur Organisation darf kein Grund zur Entlassung sein; ebenso wenig darf der Austritt aus einer Organisation vom Arbeitgeber verlangt werden. Arbeitsordnungen dürfen den Vertragsbestimmungen nicht zuwiderlaufen.“

§ 11 enthält die Bestimmung, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes und die Vorstände der vertragschließenden Gewerkschaften die Einzelverträge zu genehmigen haben.

Neben dem so umgestalteten „Mustertarif“ sind Erläuterungen desselben vereinbart und protokolllarisch festgelegt worden. Hinsichtlich der Arbeitszeit haben sich die Parteien dahin geeinigt, daß da, wo die Arbeitszeit bis 10 Stunden beträgt, zurzeit keine Verkürzung derselben eintreten soll.

Mit dem Abschluß der hier mitgeteilten Verhandlungen ist die gegenwärtige Bewegung im Baugewerbe noch keines-

wegs beendet. Auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des „Mustertarifs“ sind jetzt die Einzelverträge in den verschiedenen Orten oder Bezirken zu beraten. Es handelt sich dabei um Festsetzung der örtlichen Verhältnisse, besonders der Lohnsätze. Diese Beratungen finden statt am 1. April in München, am 6. April in Essen (für Rheinland-Westfalen), am 9. April in Berlin, am 13. April in Frankfurt a. M. (für Mitteldeutschland). Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen werden natürlich keine Kampfmaßnahmen unternommen.

Die Aussperrung, welche die Unternehmer für den Fall des Nichtzustandekommens der Tarife für den 1. April angedroht hatten, unterbleibt also, wenigstens vorläufig. Ob es überhaupt nicht zum Kampfe von Seiten der Unternehmer kommt, läßt sich jetzt noch nicht sagen, denn wenn auch nur einer der noch zu beratenden Einzelverträge nicht zustandekommen sollte, wäre immer noch die Situation gegeben, welche die Unternehmer zur Voraussetzung der allgemeinen Aussperrung gemacht haben. Gegenwärtig herrscht also im Baugewerbe Waffenstillstand. Ob er zu einem dauernden Frieden führt, wird sich erst nach Mitte April entscheiden können.

## Die Bülow-Huldigung der Wahlrechtsfeinde.

Alle Wahlrechtsfeinde und Scharfmacher sind entzückt von Bülows gestriger Philippika gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aus der die märchenhafte Feindschaft des Freisinn eine wärmere Nuance für eine wirkliche Wahlreform herausgehört hatte. Mit beifolgendem Spott überschüttet die „Kreuzzeitung“ die unvertuschliche Botthoffnungsfreudigkeit des Freisinn:

„Der Reichskanzler hat gestern den Liberalen aller Schattierungen einen Stein vom Herzen genommen: er hat den trockenen amtlichen Ton der am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus verlesenen Wahlrechtsverleumdung gleichsam „zurückgenommen“ und ihren Inhalt in den denkbar elegantesten Worten und unter Zugabe einiger Bonmots wiederholt. Auf das Macchia hat er das Scherzo folgen lassen. Das Thema ist zwar dasselbe, aber die verschiedenen Bearbeitungen erzeugen verschiedene Stimmungen, und die Liberalen sind heute sehr vergnügt.“

Es ist besonders auffallend, wie schnell sich der Freisinn an das Ausblicken zur Regierung und an das Beobachten ihrer Augenbrauen gewöhnt hat, wie schwer er schon daran trägt, wenn ihm eine Forderung in der nächsten, unversöhnlichen Amtssprache abgelehnt wird, und wie er aufatmet, wenn ihm dann das bittere Rein mit einigen freundlichen Worten verfaßt wird. . . .

Inhaltlich unterschied sich die gestrige Rede des Reichskanzlers natürlich gar nicht von der Erklärung der preussischen Regierung, und wenn einige Sätze der Rede so gedeutet werden, als enthielten sie positive Versprechungen, so ist das sicher ein Mißverständnis, da ja bekanntlich die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung nicht einmal in ihren Grundzügen feststeht.“

Der „Deutschen Tages-Ztg.“ hat ganz besonders Bülows Verhöhnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gefallen. Sie sagt darüber:

„Mit vollem Rechte und mit guten Gründen hat er eine, wenn auch milde, so doch genügend deutliche Kritik an dem Reichstagswahlrecht geübt. Diese Kritik bewegte sich vielfach in der Richtung dessen, was an dieser Stelle oft ausgeführt worden ist. Es ist ein Unfinn und ein Unfug, wenn man das Reichstagswahlrecht als das gerechteste und vollkommenste bezeichnet. Trotzdem wird man vorläufig daran festhalten müssen, weil es ungemein fraglich ist, ob es unter den jetzt obwaltenden Umständen möglich sei, etwas Besseres an seine Stelle zu setzen. Gut ist das Reichstagswahlrecht sicher nicht, aber es mag erträglich sein.“

Auch die „Post“ konstatiert mit Behagen, daß Bülow die Forderung nach einer preussischen Wahlreform mit einer „berühmenden“ Kritik des Reichstagswahlrechts beantwortet hat:

„Die Kritik, welche der Kanzler seinerseits an dem Reichstagswahlrecht übte, war geradezu vernichtend. Oder gibt es etwa eine schärfere Verurteilung des Reichstagswahlrechts als den Ausspruch, daß kaum ein anderes Wahlrecht auf die Reihe des Urteils, auf geistige Bildung, politische Erfahrung so wenig Rücksicht nimmt wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht?“

Der „Reichsbote“ zieht aus Bülows Rede gegen das Reichstagswahlrecht nicht nur die Folgerung, daß in Preußen gar nicht an eine ernsthafte Wahlreform zu denken sei, sondern er deutet sie halb und halb auch als eine Verwarnung an andere Bundesstaaten, die preussische Reaktionspolitik nicht durch eine freiheitlichere Politik ihrerseits zu durchkreuzen:

„Zum Schluß wies der Kanzler mit ernsten Worten auf die Bedeutung des preussischen Staates für Deutschland hin und folgerete daraus, daß man Preußen nicht dem gefährlichen Experiment des demokratischen Wahlrechts aussetzen darf. Um so mehr aber wäre zu wünschen, daß auch den Kleinstaaten zu Gemüt geführt würde, daß sie die Einführung dieses Wahlrechts für ihre Landtage zurückweisen sollten; denn die Einführung in jene Staaten wird immer wieder geltend gemacht auch für Preußen. Wenn die liberalen Zeitungen manche Ausdrücke Bülows so deuten, als würde

er in einer Reformvorlage für Preußen das geheime Wahlrecht vorschlagen, so ist diese Auslegung sehr borellig; erst am 10. Januar hat der Kanzler das zurückgewiesen und auch gestern hat er sich nicht dafür ausgesprochen.“

Diese reaktionären Preshimmen lassen an aufreißender Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie künden triumphierend, daß nicht nur an eine wirkliche Wahlreform in Preußen nicht zu denken sei, sondern daß die preussische Regierung auch die demokratischen Strömungen Süddeutschlands eindämmen, ja schließlich auch vor einem Attentat auf das Reichstagswahlrecht nicht zurückschrecken werde! Sache des entrechteten Volkes Preußens ist es, all diese schönen scharfmacherischen Pläne durch einen unüberwindlichen Aufsturm gegen die Dreiklassenwahlrecht zu schanden zu machen! Die beste Deckung ist der Dieb! Zeigt das entrechtete Volk, wie gewaltig bereit die Empörung über die preussische Wahlrechtsverleumdung angeschwollen ist, so wird es weder ein Bülow noch ein wirklich „starker Mann“ wagen, jemals einen Anschlag gegen das Reichstagswahlrecht zu unternehmen!

## Vom Streikführer zum Streikbrecher.

Ultramontane und konservative Journalisten wissen mancherlei Wunderfames über Bülows eigenartige Stellung zum Pressestreik zu berichten. Daß Bülow den streikenden Journalisten eine gewisse Sympathie bewiesen, war ja bekannt. Nun wird aber behauptet, daß er zu besonderen Sympathiebeweisen bereit gewesen sei und versucht habe, bei dem Konflikt dergestalt im Trüben zu fischen, daß er die Presse gegen den Reichstag einnahm! So berichtet die „Allg. Volksztg.“:

„Es wird in Abgeordnetenkreisen erzählt, daß ein dem Fürsten Bülow sehr nahestehender Journalist, ein Aldeutscher, der im Streik eine führende Rolle spielte, ein Schreiben an den Fürsten Bülow und ein Antwortschreiben des Fürsten Bülow an die Tribünenjournalisten abgefaßt und dem Fürsten Bülow zur Unterzeichnung vorgelegt hätte. Der Reichskanzler hätte sich, wie dieser Herr der Streikversammlung berichtet, zur Unterzeichnung des Schriftstückes bereit erklärt, falls die Streikversammlung dieses wünsche. In dem Antwortschreiben des Fürsten Bülow sei das Bedauern über die Haltung des Reichstages und eines einzelnen seiner Mitglieder ausgesprochen worden. Die Versammlung hätte aber dieses Eingreifen des Reichskanzlers abgelehnt.“

Deutlicher noch gibt die „Dortmunder Ztg.“, ein amtliches Organ, Aufschluß über des Kanzlers Absichten:

„Es braucht nur angedeutet zu werden, daß die leitende Persönlichkeit im Reich bereit gewesen ist, weit über den Wortlaut und Inhalt der Größerschen Abbitte hinaus den Reichstagsjournalisten eine besondere Ehrenerklärung zu geben. Wenn dies Anerbieten freundschaftlicher Dienste abgelehnt wurde, so geschah es in dem Wunsche, aus dem Meintrug zwischen Presse und Parlament nicht eine große und in ihren Folgen unabsehbare Aktion der Regierung gegen den Reichstag entstehen zu lassen. Ein Eingreifen, wie es Fürst Bülow beabsichtigt haben mag, würde das völlige Desavoué mindestens des Präsidenten Grafen Stolberg bedeuten und zu Konflikten mit dem parlamentarischen Selbstbewusstsein geführt haben, über die Vlodpolitik und Kompromittationen von Monaten hinweg hätten in Schwerden gehen können. Es wird gut sein, daß man im Lande draußen von diesen Vorgängen wenigstens andeutungsweise erfährt. Einerseits sollte die Kenntnis davon nützlich für das Volk sein, das man sich von der vornehmen Art des Kanzlers noch mehr als früher machen darf; dann aber wird die Entscheidung der Journalisten, die Demonstration gegen die obstinaten M. d. R. zu beenden, erst durch die dankend abgelehnte Bülowaktion ganz verständlich und erhält ihre rechte Beleuchtung stiller Selbstlosigkeit.“

Bülows wollte also den Journalistenstreik dazu benutzen, sich wieder einmal als „modernen“ Menschen in der Presse des In- und Auslandes in reifem Maße Erinnerung zu bringen. Zu gleicher Zeit wollte er das aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgegangene Reichsparlament herabschaffen — eine Absicht, deren Mißlingen er ja dann durch seine Rede am 20. März nach Kräften wieder weit zu machen versuchte!

Bülows Reklamebedürfnis und antiparlamentarische Intrige scheiterten am Widerstand der Journalisten, die denn doch durch eine Bülow-Reklame nicht ihr bis dahin solidarisches Vorgehen gesplittert sehen mochten.

Wenn jetzt nachträglich, wie das in der „Dortmunder Zeitung“ geschieht, Bülows Anerkennung gegenüber den Journalisten zum höheren Ruhme des pressefreundlichen Kanzlers in einen Gegenstand zu dem Verhalten der „obstinaten M. d. R.“ gebracht werden soll, so wollen wir nicht erst versuchen, den solchen Lockungen zugänglichen Journalisten ihren Bülow-Enthusiasmus auszutreiben. Wenn Bülow mit Hilfe solcher „kommandierender Generale“ den Kampf gegen das Volk und die Volksinteressen führen zu können wähnt, so gönnen wir ihm diese Illusion von Herzen! Wir wollen nur an dieser Stelle nochmals feststellen, daß gerade das bülow-offizielle Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“, am Dienstagnachmittag durch eingehende Wiedergabe der Reden Bülows und v. Schoens schändlichsten Streikbruch verurteilt! Der Protektor des Pressestreiks, Fürst Bülow, genierte sich also nicht, in demselben Augenblick, wo er sich als wohlaffektionierten Bundesgenossen und Sachwalter der streikenden Journalisten empfehlen ließ, durch sein eigenes Organ, die offiziöse „Nordd. Allgem. Zeitung“, schimpflichsten Streikbruch verüben zu lassen!



# Der abgeschüttelte Reichsverband.

Der Reichsverband zu Kassel ist ärgerlich und will seinen Vorgesetzten an unserem Kasseler Parteiblatt, dem „Vollblat“ auslassen. 16 Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes haben die Privatklage gegen das „Vollblat“ eingereicht — die Zustimmung, die Mächtigkeiten der Liebertgarde durch eine Klage von Amts wegen zu decken, hat die Staatsanwaltschaft abgelehnt. Die Privatklage erklärt auch die Bezeichnung „Reichsverband“ für eine Verleumdung. Der Prozeß wird also eine willkommene Gelegenheit bieten, den Beweis zu führen, wie berechtigt diese Bezeichnung ist.

Weshalb der Reichsverband zu Kassel ärgerlich ist, das ist nicht schwer zu ergründen. Die glänzenden Siege unserer Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen und des Reichsverbandes nicht minder glänzender Reifall bei dem Versuch, seinen Anteil an der bürgerlichen Niederlage zu leugnen (unsere Leser erinnern sich der „Berichtigung“ des Reichsverbandes und ihrer kritischen Aufsätze im „Vorwärts“) haben ihm genügenden Anlaß gegeben, unzufrieden mit sich und der Welt zu sein. Dazu kommt aber noch, daß ihm auch von bürgerlicher Seite eine Ohrfeige versetzt wurde, die ihm besonders schmerzhaft sein mußte. Bekanntlich fand am 20. März eine Stadtverordnetenwahl in Kassel statt, an der unsere Genossen sich nicht beteiligten, da sie diese Wahl für ungesetzlich anseht. (Die Wahl zweier Sozialdemokraten war vom Wahlvorsteher für ungültig erklärt worden, weil sie angeblich nicht Hausbesitzer waren; dem Befehle nach hätte die Stadtverordnetenversammlung die Wahl prüfen müssen.) Trotzdem nun wegen der Wahlenthaltung der Sozialdemokraten keinerlei Gefahr für die bürgerlichen Gruppen drohte, konnte es der Reichsverband in seinem Eifer nicht unterlassen, die Bürgerlichen aufzufordern, für die Wahlschlacht sich unter einem Banner zu einigen. Dabei ist ihm nun das Maß überfließen, daß die Beamten-, Lehrer- und „nationalen“ Arbeitervereine sich seiner Führung unterstellten, während die unabhängigen Bürgervereine seine Gesellschaft abgelehnt haben. Und zwar in nicht sehr verbindlicher Weise. In einem öffentlichen Aufruf setzten sie auseinander, weshalb sie nicht mit dem Reichsverband zusammengehen möchten und dabei sagten sie:

„Es wird sich später zeigen, daß durch das Vorgehen des Reichsverbandes die Einigkeit nicht nur nicht gefördert, sondern im Gegenteil die Zerspaltung und der Haß der Parteien nur vermehrt werden wird. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um schon heute voraussetzen zu können, daß hierdurch die noch in bürgerlichem Besitz befindlichen Stadtverordnetenmandate der dritten Wählerklasse der Sozialdemokratie ganz gewiß ausgeleert werden.“

Das ist natürlich sehr bitter für den Reichsverband und da das „Vollblat“ offenbar sehr viel dazu beigetragen hat, daß diese Erkenntnis vom Wesen des Reichsverbandes sich verbreitet hat, so muß der Reichsverband es verlagern. Der Prozeß kann interessant werden.

Daß besagtes Erkenntnis übrigens in Kassel so schnell durchgedrungen ist, muß uns so auffallend erscheinen, als Kassel bisher stets mit Stolz bezeichnet worden ist als der stärksten Ortsgruppe des Reichsverbandes. Die Mitgliederzahl ist wiederholt auf nahezu 5000 angegeben worden. Die vom Bureau des Reichsverbandes angefertigten „Berber“ laufen Tag für Tag treppauf treppab, um Mitglieder zu gewinnen. Die Beamten, Unterbeamten und in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sind schon nahezu bis auf den letzten Mann „organisiert“.

Wohne ihnen, wenn sie sich sträuben sollten!

## Ein Expropriateur.

Paris, 25. März. (Fig. Ver.)

Die wirkliche Wörse interessiert Frankreich in diesen Tagen mehr als die parlamentarische. Ein kapitalistisches Rauberschloß ist fröhlich gefloren. Hundert oder zweihundert Millionen sind im Boden verschwunden und nichts blieb zurück, als ein heftiger Gestank. . . .

Es wird vielleicht Leute geben, die geneigt sind, Herrn Raoul Henri Rochette, den verunglückten Gründer, der jetzt im Arrest sitzt, für ein Genie zu halten. Wenn seine Geschäfte nicht unzeitig unterbrochen wären, hätte ihn wohl die „Gesellschaft“ als solches anerkannt; er wäre als Industriehauptmann gefeiert worden, statt als Industriekritiker verflucht und verachtet zu werden. Seine Laufbahn hatte so glückselig begonnen. Nach Entlassung aus der Volksschule hat Rochette als Pflanz in einem Café der Provinz debütiert. Aber der Verdienst genügt dem aufgeweckten Durstlichen nicht. Er verwendet eine kleine Erbschaft, um in Paris die Buchhandlung zu eröffnen und tritt dann in ein Bankgeschäft ein. Er findet in seinem Chef einen Lehrer, der ihn in alle Künste des Börsenspiels einweihen will. Es handelt sich namentlich darum, Aktien einer angeblichen Kupfermine „Rio Tinto“ ins Publikum zu bringen. Rio Tinto klingt nämlich so ähnlich wie Rio Tinto und Rio Tinto ist ein beliebtes Spekulationspapier. . . . Der Lehrer bekommt mit den Gerichten zu tun, aber der Schüler übernimmt sein Werk. Die erste Unternehmung mißlingt. Aber im Jahre 1904 gelingt es Rochette, eine „Minerengesellschaft“ zu gründen. Das Aktienkapital ist noch recht bescheiden: 500 000 Fr. Doch zwei Monate später hat dieses junge zarte Geschöpf schon ein Riesensind geboren, eine Kohlenwerkgesellschaft mit zwei Millionen, und diese Fruchtbarkeit hält an. Während neue, immer größere Gesellschaften entstehen, wird das Kapital der alten vergrößert. In nicht viel mehr als drei Jahren hat der junge Mensch, der heute noch keine dreißig Jahre alt ist, Gründungen mit 84 Millionen Kapital geschaffen, darunter die Banque franco-espagnole mit 20 Millionen, die Gesellschaft der Nevada-Minen mit gleichfalls 20 Millionen, das „Syndikat minier“ desgleichen, die Wälderumpfung-Unternehmung Hella mit 15 Millionen. . . . Und das Publikum reißt sich um diese Papiere. Die Hella-Aktien werden um das Dreifache des Nominalwertes ausgegeben und steigen dann noch weiter.

Wie hat Rochette das fertig gebracht? Nun, durch die üblichen Künste des Börsenspiels: durch eigene modifizierte Aufkäufe auf der Börse, durch Anwerbung vornehmer Stromänner für die Verwaltungsräte seiner Gründungen — im Verwaltungsrat der französisch-spanischen Bank und der Nevada-Minen sitzen mehrere ehemalige spanische Minister, eine spanische Senatoren und Deputierte, ein ehemaliger Gouverneur der Bank von Spanien, Barone, Marquis und Offiziere — vor allem aber durch eine ungeheure Kellame. Rochette hat ein Börsenblatt herausgegeben, das natürlich nur seinen Geschäften diene und für das er monatlich über 100 000 Fr. geopfert haben soll. Mindestens das Doppelte hat ihm die Benutzung der „publicité“ der Börsenrubrik der Tagespresse gekostet, wo man für teures Geld alles, wirklich alles unterbringen kann und das Inserat dem naiven Publikum noch immer wie ein zweigedruckter Ratsschlag der Redaktion erscheint.

Rochette hat namentlich das Publikum der „Keinen Sparrer“ ausgeplündert, das immer wieder darauf hereinläßt, wenn man ihm märchenhafte Gewinne verspricht, die geldgierigen Kleinbürger und ihre Gefinnungsverwandten aus der Welt der Hausmeister, Lakaien usw. In dem reichen Frankreich ist Kapital für ernste,

weitzielende Unternehmungen schwer zu finden, daß die industrielle Entwicklung darunter leidet. Der Rentner bleibt entweder ängstlich bei seinen Staatspapieren oder er springt blind in die wildeste Exzotik der Wörse hinein.

Vielleicht hätte Rochette ausgehalten und allmählich den lustigen Bau unter seinen Füßen solide ausgemauert, wenn er nicht anderen Finanzgrößen ins Gebege gekommen wäre. Mit den 3/4 Millionen, die er noch in der Kasse hatte, konnte er der Kontamine wohl noch lange Widerstand leisten und die Operationen seiner Mandatare an der Börse decken, zumal da ihm das Geld aus der Provinz zuströmte. Aber er hatte versucht, die Aktien des in der letzten Zeit stark zurückgegangenen Traischblattes „Petit Journal“ demittels eines an die Aktionäre gerichteten warnenden Zirkulars um billigen Preis in seine Hände zu bekommen und da geriet er auf eine zur Gebung des Blattes organisierte Gruppe, an deren Spitze der Präsident des Verwaltungsrats, Senator Prouhet steht. Prouhets Strafanzeige soll die eigentliche Veranlassung der Verhaftung Rochettes gewesen sein.

Jedenfalls kann man sich vorstellen, welche Bedeutung die Erwerbung des „Petit Journal“ für Rochette gewesen wäre. Er hätte ein unbezahlbares, gerade in den Kreisen, auf die er spezialisierte, wirksames Kellameorgan gehabt und er wäre eine Macht im öffentlichen Leben geworden, hätte es vielleicht sogar mit Herrn Vanau-Barille vom „Matin“ aufnehmen können, nach dessen Weise Minister und Präfekten tanzen, während jetzt die Politiker der Republik, die, wie Herr Rabier, der Vizepräsident der Kammer, und der Senator Humbert einträgliche Beziehungen zu Rochette gehabt haben, sich bemühen müssen, sie möglichst bedeutungslos erscheinen zu lassen.

Zum Moralisieren bietet die Affäre Rochette keinen Anlaß, so traurig auch das Schicksal mancher Betrogenen sich gestalten mag. Sie sind einem Naturgesetz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zum Opfer gefallen. Sie hofften auf arbeitslosen Reinenprofit aus der Arbeit von Bergwerkssklaven und sind einem klügeren Profitmocher zum Opfer gefallen. Im Kapitalismus wollen die großen bösen Gait ebenso leben wie die kleinen braven Raubfische.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März 1908.

### Die Wahlrechtsfrage im Reichstage.

Im Reichstage kam es heute, nachdem die polnische Resolution auf Veranstaltung von Erhebungen zur Untersuchung der politischen Verhältnisse der polnischen Bevölkerung im Deutschen Reich mit 108 gegen 148 Stimmen angenommen war, in der dritten Lesung des Stats zu einer Auseinandersetzung mit dem Fürsten Bälou wegen seiner gestrigen Angriffe auf das Reichstagswahlrecht.

Zwei der Redner der bürgerlichen Parteien, die zunächst das Wort ergriffen, umgingen diese Frage des Tages. Sowohl Herr Speck von der Zentrumspartei wie der konservative Graf Kanitz beschränkten sich darauf, ihrer Wemut wegen der Finanzmisere Ausdruck zu geben. Beide stimmten darin überein, daß sie von direkten Reichsteuern nichts wissen wollten.

Genosse David unterstrich jene Kennzeichnung der Reichsfinanzmisere noch dadurch, daß er darauf hinwies, wie der frühere Schatzsekretär, Herr v. Stengel, in der Verzwweiflung, Ordnung zu schaffen, über Bord gegangen sei. Durch Verstaatlichung der Kohlengruben wie durch direkte Steuern könne das Reich seine Einnahmen erhöhen. Den vom Reichskanzler gebilligten Standpunkt des Abg. Sattmann, daß die Beamten Lehnsleute der Regierung sein müßten, bekämpfte, wies er darauf hin, daß die logische Konsequenz dann die sei, daß Beamte nicht wählbar sein dürften für den Reichstag.

Dann rekapitulierte Genosse David gegenüber den Ausführungen des Reichskanzlers die Ungerechtigkeiten des preussischen Dreiklassenwahlrechts, das umso aufreizender auf die Bevölkerung Preußens wirken müsse, da die Süddeutschen durchweg ein demokratisches Wahlverfahren sich errungen hätten. Die Rede Raumanns glaubte er als eine entschiedene Abgabe an den Reichskanzler und seinen Vlod auffassen zu dürfen und sprach die Hoffnung aus, daß auch noch andere freisinnige nach und nach von der Blockgemeinschaft sich loslagern würden; habe doch vor kurzem sogar der Abgeordnete Kudan sich gegen den Reichskanzler scharf ausgesprochen. Wenn man der Sozialdemokratie vorwerfe, sie führe einen Klassenkampf, so sei zu erwidern, die Junker mit Fürst Bälou an der Spitze führten ja selbst den schlimmsten Klassenkampf zur Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte. Der Redner schloß mit der Aufforderung an den Reichskanzler, er solle dem Monarchen begreiflich machen, daß er sich in die Seele der Arbeiter versetzen müsse. Denn wolle die preussische Regierung das tun, was im Interesse Preußens und des Reiches liege, so müsse sie dem nachkommen, was das werktätige Volk in der Wahlrechtsfrage erwartet.

Der freisinnige Schrader glaubte zur Wahlrechtsreform betonen zu müssen, daß man durch Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts nur der Sozialdemokratie Agitationsstoff liefere. Sei doch die Sozialdemokratie groß geworden durch die Fehler der Regierung. Es komme deshalb darauf an, dafür zu sorgen, daß die Masse des Volkes nicht dauernd das Gefühl des erlittenen Unrechts habe. Nach seiner Auffassung soll also die Erhöhung des Reichstagswahlrechts als so eine Art Verabigungspulver wirken.

Genosse Bebel ließ dem freisinnigen Senator keinen Zweifel darüber, daß seine Schlafpulverexperimente zur Einschläferung der sozialdemokratischen Bewegung nie und nimmer führen würden, da sie durch die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen sei und an den Klassenkämpfen, den diese gebäre, sich immer von neuem entzünde. Das Proletariat wachse von Jahr zu Jahr an Ausdehnung und geistiger Reife. So kommt es naturgemäß zur Forderung der Gleichberechtigung mit den herrschenden Klassen; ein Teil seines Klassenkampfes sei die Durchsetzung dieser Gleichberechtigung auf allen Gebieten, also auch des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für Preußen. Als Bebel mit sich steigender Wucht den Regierungsmännern und Abgeordneten dann die Worte ins Gesicht schleuderte: Wenn Sie dem Proletariat die politische Gleichberechtigung verweigern, so treiben Sie es zur Revolution, — bezugte der fürstliche Versuch der Parteigenossen, daß er den Kernpunkt der Wahlrechtsfrage getroffen hatte. Nicht auf die verpäteten Triebe der politischen Herbstzeitlosen des Völkertums, die Wahlrechtsgeföhle entwickelte, weil sie die abtreibenden proletarischen Schritte in der liberalen Gesellschaft festhalten wollen, nicht auf das spärliche erweckbare Wohlwollen gekrümmter Häupter für Erweiterung der Volksrechte können sich die Proletariat in ihrem Emanzipationskampf verlassen, sondern nur auf sich selbst, auf ihre Organisationsfähigkeit und Tatkraft für den Klassenkampf. Schließlich ist es ja, wie Bebel treffend betonte, die Klasse Purdt vor der wachsenden Macht der Sozialdemokratie, der angeblich „Riebergeritenen“, die bisher noch die herrschenden Klassen von der Gewährung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen zurückhält. Gerade dieser zeitweilige Widerstand ist ein Zeichen der Stärke unserer Bewegung. Der Widerstand der Purdt ist aber eine Genunung von kurzer Dauer. Das ist die tröstliche Schlussfolgerung, die die Sozialdemokratie aus der Lage zu ziehen hat.

Wobels Ausführungen klangen denn auch in die Ankündigung aus, daß die Sozialdemokratie nicht eher ruhen wird, als bis sie sich ihr Recht, ihr ganzes Recht erkämpft hat.

An diese Auseinandersetzungen knüpfte sich noch ein Redebuell mit Herrn Kraetke, den Bebel aus den Akten des Trostino-Prozesses, Singer durch Vorlegung eines einem Sozialdemokraten erbrochen und um drei Tage verspätet zugegangenen Brief nachwies, daß die Briefe von Sozialdemokraten auf der Post vor polizeilichen Nachforschungen nicht sicher sind. Herr Kraetke bestritt das selbstverständlich.

### Müller und Schnitze.

Im Dreiklassenparlament setzte man heute das Gerede über die Sekundärbahnvorlage fort, nachdem der Antrag Niderhoff, den Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen für Hannover obligatorisch zu machen, in dritter Lesung angenommen worden war. Dann traten mehrere wiedewahl-lüsterne Parlamentarier auf und verlangten Berücksichtigung der Eisenbahnwünsche ihrer noch „Bildung und Besitz“ mahgebenden Wähler; und der Minister sagte allen eine wohlwollende Berücksichtigung ihrer Spezialschmerzen zu.

Zum Schluß der Sitzung machte der konservative Abgeordnete Kunze die „Enthüllung“, daß ein anderer Abgeordneter mit distinguiertem Namen, der Dr. Hermann Müller aus Groß-Dächterfelde sich trotz ausdrücklichen amtlichen Verbotes noch immer Müller-Sagan nenne. Diese schreckliche Geschichte beschäftigte den Präsidenten, die Schriftführer und die beiden beteiligten Abgeordneten ungefähr eine Stunde lang. Müller-Sagan blieb Sieger, weil er Postanweisungen auf Müller-Sagan vorweisen konnte, die ihm ausgezahlt worden sind. Das war für das Abgeordnetenhaus entscheidend.

Morgen wird das interessante Kapitel der Jugerverbindungen weiter diskutiert!

### Müde Seelen.

Das Herrenhaus war in der heute abgehaltenen Sitzung wieder einmal ganz auf den Ton aristokratisch degenerierter Müdigkeit gestimmt. Seit dem Polenentwöhnungsgesetz, der letzten großen Kraftanstrengung, war es heute zum erstenmal wieder zusammen. Da stellte denn das Präsidium zunächst fest, daß die amtlichen Abstimmungslisten im Herrenhause eine halbe Woche gebrauchen, ehe sie auf Nichtigkeit Anspruch erheben können, und daß in den Kommissionssitzungen die meisten geborenen Gesetzgeber sich nie sehen lassen, sodas man nie weiß, ob sie noch Mitglieder der Kommission sind. Sein Radikalvorschlagn, Herrenhändler, die wiederholt unentschuldig die Kommissionssitzungen schwänzen, als ausgeschieden zu betrachten, fand jedoch keine Gegenliebe. Man fürchtet wohl, daß man dann bald nicht mehr die Kommissionen besetzen könnte. Die müden Aristokraten seelen arbeiten eben nicht einmal auf den weichen Polstern des Herrenhauses. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen nur Petitionen und Verwaltungsberichte. In der Debatte über sie liefen zufällig zwei vernünftige Anregungen mit unter, die des Oberbegrats Wähler auf bessere Verjorgung des ober-schlesischen Kohlenreviers mit Wasser und die eines Bürgermeisters auf Erhöhung der Lehrpensionen. Sonst herrschte Greflenhaftigkeit vor. So wurde z. B. von den echten „Herren“ die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und Eisenbahnaus gefordert, weil die Fahrgelegenheit ihre Untertanen nach der Großstadt lode. Ferner ging man über eine Petition zur Entlastung der Einkommen unter 3000 M. von der Einkommensteuer kurzerhand zur Tagesordnung über. Das paßt ausgezeichnet zu dem Widerstande des Herrenhauses gegen jede Erhöhung der Progression der Einkommensteuer über 4 Proz. hinaus. Einkommen unter 3000 M. versteuert kein Herrenhäuser.

Morgen beginnt die Staiberatung.

### Gefüste der Herrenhändler.

Das Verlangen der Junker des Herrenhauses nach neuen indirekten Steuern zur Verlastung der Massen kommt in dem von der Kommission für den Staatshaushaltsetat und für Finanzangelegenheiten erstatteten Bericht deutlich zum Ausdruck. In der Debatte spielte naturgemäß die Finanzlage des Staates eine hervorragende Rolle. Der Generalberichterstatter Graf v. Rejherling-Kreuth bezeichnete es als das eigentliche Meisterstück der Vlodpolitik im Reiche, eine gesunde Finanzpolitik zu schaffen. Gleichzeitig warnte er davor, sich etwa der Täufchung hinzugeben, als ob man um einen weiteren Ausbau der indirekten Steuern werde herumkommen können. Neben Branntwein und Tabak werde auch das Bier noch mehr besteuert werden müssen. Die stärkere Heranziehung des Bieres sei so wesentlich, daß man bereit sein sollte, auch auf dem Gebiete der sogenannten Veredelung der Natrivalarbeiträge Konzessionen zu machen. Vor allem empfindet der edle Junker es schmerzhaft, daß seinerzeit die Reichsberfschaftssteuer zu billig fortgegeben sei, denn sie wäre im gegenwärtigen Moment ein Kompensationsobjekt ersten Ranges. Dabei ließ er es dahingestellt, ob eine Erweiterung dieser Steuer überhaupt diskutabel sei.

Diese Ausführungen wurden von verschiedenen Mitgliedern der Kommission noch verpärkt. Ein Herr bezeichnete es als von großer Wichtigkeit für die Politik der Zukunft, wenn das Reich in die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten eingreife; er verlangte, Preußen müsse darauf hinwirken, daß in der Reichspolitik die Verfassung beobachtet werde und daß man sich im Reiche lediglich auf die indirekten Steuerquellen beschränke. In ähnlichem Sinne äußerte sich ein anderes Kommissionsmitglied, das zugleich noch ein wehmütiges Klageglied über die Verschwendung des Reichstages anstimmte, ohne zu bedenken, daß die Vermehrung der Ausgaben für unproduktive Zwecke gerade auf die Vlodpolitik zurückzuführen ist.

Noch schärfer ging ein Herr vor, der an die Regierung direkt die Bitte richtete, sich den Bestrebungen des Reiches, auf das Gebiet der direkten Steuern überzugreifen, zu widersetzen. Die preussische Regierung habe schon jetzt dem Reiche die Erbschaftssteuer teilweise überlassen und auch auf anderen Gebieten seien schon erhebliche Konzessionen an das Reich gemacht worden; so sei durch Einführung der Fahrkartensteuer ein schädigender Einfluß auf die Eisenbahnen ausgeübt. Das ganze Finanzgebaren des Reiches könne nur mit größtem Mißtrauen angesehen werden; das Verhalten der Reichstagsabgeordneten sei auf populäre Steuern gerichtet, die den Wählern gegenüber am ehesten vertreten werden könnten.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Herrenhändler, um die besitzenden Klassen zu schonen, für neue indirekte Steuern mobil machen, und es ist auch wiederholt vorgekommen, daß die Reichsregierung dem Drängen dieser Gesellschaft nachgegeben und dem Reichstage neue Steuerorschläge unterbreitet hat. In diesem fortwährenden Verlangen nach einer weiteren Belastung des Volkes äußert sich die Gemeingefährlichkeit der „geborenen“ Gesetzgeber Preußens nicht minder, wie in ihren Verjahren, die Arbeiterklasse zu knebeln, ihr das Reichswahlrecht zu entziehen und sie unter Ausnahmegejetze zu stellen. —



## Der Fall Hill.

Der Wechsel in der amerikanischen Botschaft zu Berlin scheint sich wieder zu einer artigen Klatsch-affäre auszuwickeln zu wollen. Nach einer Darstellung des Londoner „Standard“ sei eine Bemerkung Wilhelm II. dazu benutzt worden, um gegen Herrn Hill, der zum Nachfolger des jetzigen Botschafters Tower von der amerikanischen Regierung bereits ernannt war, in Washington zu intrigieren. Die Aeußerung des Kaisers hätte gelautet: „Sagen Sie dem Präsidenten Roosevelt, daß ich mit ihm böse bin, weil er Towers Rücktrittsgesuch angenommen hat.“ Diese jedenfalls scherzhafte Aeußerung, die an den amerikanischen Botschaftler in Berlin bei einem Diner gerichtet worden war, habe dieser oder einer seiner Freunde nach Washington berichtet. Der „Standard“ meint sehr richtig, der Fall liefere dem Kaiser eine neue Mahnung, wie leicht seine privaten Aeußerungen als amtliche Meinungsäußerungen ausgelegt werden.

In Washington hat der Fall ziemlich große Erregung hervorgerufen, um so mehr, da die deutsche Regierung bereits ihre Zustimmung zur Ernennung Hills ausgesprochen hatte. Deutschland hat wirklich Recht. In dem „Privatbrief“ an Lord Tweedmouth spielten bekanntlich einige sehr unliebenswürdige Aeußerungen über einen hohen englischen Hofbeamten eine gewisse Rolle. Jetzt sind es wieder einige allzu liebenswürdige Worte. Es ist uns nicht bekannt, daß in anderen Ländern solche Unglücksfälle so häufig sind, wie fast in Deutschland. Man kann nur wünschen, daß das Ausland „privaten Aeußerungen“ keinen politischen Charakter beilegt, da der andere Wunsch, daß solche, um mit Fürst Bülow zu reden, „zugleich private und zugleich politische Worte, Reden, Telegramme, Briefe“ vermieden werden, offenbar unerfüllbar bleiben muß.

Der regierende Bürgermeister von Hamburg, Dr. v. Mönkeberg, ist am Freitagmorgen an den Folgen eines Schlaganfalls, der ihn Sonntag ergriff, im Alter von 68 Jahren gestorben. Noch am Sonntagabend vertrat er in der Bürgerversammlung das Staatsbudget für 1908. In dem Verstorbenen verlor der Senat seinen fähigsten Kopf. Neben dem damaligen zweiten Bürgermeister Dr. Dürschard war der Verbliebene ein energischer Gegner der Wahlrechtsverschlechterung, aber beide wurden von dem Scharfmacherspiegel im Senat überstimmt. An der parlamentarischen Beratung des Wahlgesetzes beteiligte Dr. M. sich nicht, sondern er überließ die Vertretung der Vorlage zwei unbedeutenden Senatoren.

Der Kaiser hat von Venedig aus ein Botschaftstelegramm an den Hamburger Senat gerichtet.

## Innungen gegen Jugendorganisationen.

Es scheint, als ob ein allgemeiner Vorstoß der Innungen gegen die freien Jugendorganisationen stattfindet. Eben haben wir die Meldung vom Vorgehen der Kostöder Innungen veröffentlicht, da bringt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ zu Kiel aus einem Zirkular der dortigen Malerinnung folgende Stelle zum Abdruck:

„Hierlich haben wir erfahren, daß ein Teil unserer Lehrlinge der hier bestehenden „Vereinigung der Lehrlinge, jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen von Kiel und Umgegend“ angehört. Die Vereinigung hält sonntagsmäßig regelmäßige Versammlungen im Gewerkschaftshaus ab; ihre Mitglieder sind zur monatlichen Beitragzahlung verpflichtet. Wir erlauben Sie  
a) Ihre Lehrlinge zu fragen, ob sie der Vereinigung angehören, und diejenigen Lehrlinge, die Mitglieder der Vereinigung sind, um namhaft zu machen, damit wir das weitere veranlassen;  
b) In die fortab von Ihnen abzuschießenden Lehrverträge als „besondere Bedingung“ die Bestimmung aufzunehmen, daß der Lehrling nur mit Ihrer Zustimmung einem Verein angehören darf.“

Auf dem kürzlich in Neumünster abgehaltenen Obermeister-Tage gelangte zum Ausdruck, daß das Jugendorganisationswesen viel weiter ausgebreitet sei, als man glaube, und daß die Innungen alle Ursache hätten, jenen Organisationen energisch entgegenzutreten.“

Der Kampf, den die Innungen den freien Jugendorganisationen ansagen, wird sie stärken und härten, wenn alle Genossen und Genossinnen, vornehmlich die proletarischen Eltern, ihre Pflicht tun.

## Herr Müller-Meinungen.

Wie uns aus München gemeldet wird, sollte das Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, der königliche Landgerichtsrat Dr. jur. Ernst Müller in München, bekannt unter dem Namen Müller-Meinungen, zum Oberlandesgerichtsrat befördert werden; auf Nachsuchen des Herrn Müller ist diese Beförderung jedoch verschoben worden, da sie eine Nachwahl zum Reichstag und bayerischen Landtag nötig machen würde, die Herr Müller zurzeit gern vermeiden möchte.

Die Internationale Juckerkommission ist von der belgischen Regierung auf Veranlassung der italienischen Regierung zu einer Konferenz in Brüssel zusammenberufen worden. Nach der Agence Havas-Reuters glaubt die italienische Regierung, daß sich in Italien, welches nach den Bestimmungen der Internationalen Juckerkonvention von gewissen Verpflichtungen befreit ist, solange es keinen Jucker exportiert, das Bedürfnis nach Ausfuhr von Jucker fühlbar machen werde, bevor die auf 5 Jahre erneuerte Konvention abgeschlossen ist. Um die Regelung der sich hieraus ergebenden Fragen herbeizuführen, hat sie die belgische Regierung um Einberufung der Juckerkommission ersucht.

## Die Kartellenquête beendet.

Nach der Mitteilung der „Nationalzeitung“ ist die Kartell-enquête beendet. Die bisherigen Ergebnisse der auf Wunsch des Reichstages von der Reichsregierung eingeleiteten Enquete über das Kartellwesen sind in einer amtlichen Denkschrift niedergelegt, von der drei Teile erschienen sind und ein vierter vorbehalten war. Wie bekannt ist, ist jedoch von dem Erscheinen dieses Teiles vorläufig Abstand genommen worden. Von den erschienenen brachte Teil I eine Zusammenstellung der bestehenden Kartelle nebst Statuten und Lieferungsbeiträgen, Teil II enthält das inländische Recht und Teil III gab eine Uebersicht der Kohlenhandelskartelle; ein vierter Teil sollte, soweit bekannt, die Eisenkartelle behandeln.

Eine Zuchthaus-Neuerel vor Gericht. Im Juli vorigen Jahres brach im Zuchthaus zu Rawitsch in Posen (berühmt geworden durch den Hauptmann von Köpenick) aus ganz geringfügigen Ursachen eine folgenschwere Rebellion aus. Ein Inasse namens Walter war unter den Leidensgenossen als einer bekannt, der sich Priemtobal und andere „Leckerbissen“ zu verschaffen wußte und meißt den anderen nichts davon abgab. Als er sich am 26. Juli wieder einmal weigerte, ehlich zu teilen, entstand ein heftiger Streit, den die Aufseher nicht zu schlichten vermochten. Mit allerlei Werkzeugen schlug man auf den „Geizhals“ los und als er sich (es war in der großen Schneiderwerkstatt) mit Holzflöhen zur Wehr setzte, da schlug man ihn mit einem schweren Bügelholze derart auf den Kopf, daß er tot zusammenbrach. Die Folge davon war, daß alle 76 Teilnehmer dieser Keilerei unter Anklage gestellt wurden; die vier Mordführer haben sich am 6. April vor dem Schwurgericht in Eissa i. P. wegen Totschlags zu verantworten, während gegen die

übrigen heute und morgen in Rawitsch verhandelt wird. Da das Gerichtsgebäude für so viele Angeklagte und Zeugen keinen Platz bietet, findet die Verhandlung im Zuchthause selbst und zwar in demselben Saale, in dem Walter erschlagen worden ist, statt.

Wir werden über den Prozeß berichten.

## Ein agrarisches Mittel gegen die Landflucht.

Auf der 67. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins zu Königsberg am 25. März stellte der Gutbesitzer Henke-Kru-Waldeck den Antrag, beim preussischen Abgeordnetenhaus zu beantragen, daß es gesetzlich verboten werde, inländische Arbeiter bei dem bevorstehenden Bau des Moskauer Schiffahrtskanal zu beschäftigen. Nur Gefangene, Zuchthäuser und billige ausländische Arbeiter dürften dabei arbeiten. Begründet wurde dieser Antrag damit, es müsse unter allen Umständen verhütet werden, daß etwa der letzte Rest der in Ostpreußen vorhandenen Landarbeiter lohnendere Beschäftigung beim Kanalbau finde.

Erschwerung der Freizügigkeit, sowie das Verbot, ländliche Arbeiter beim Eisenbahn- und Kanalbau zu beschäftigen, das sind also die Mittel der ostpreussischen Junker, um die Landflucht aufzuhalten.

## Oesterreich-Ungarn.

### Die Wagram-Affäre.

Wien, 26. März. Vor dem Reich-Senat des Landgerichts fand heute die Einspruchsverhandlung des Professors Wagramm gegen die Konfiskation seiner Erbschaftsrechte statt. Von den fünf inkriminierten Stellen wurde bezüglich dreier die Konfiskation aufgehoben, bezüglich der beiden anderen wurde sie bestätigt.

## Frankreich.

### Vertrauensseligkeit.

Paris, 26. März. Heute abend fand eine zahlreich besuchte Versammlung von Aktionären der Rochetteschen Gesellschaft statt. Die Versammlung, in der es förmlich zugeht, protestierte gegen die Verhaftung Rochettes, der sie die erlittenen Verluste zuschrieb, und forderte seine vorläufige Freilassung sowie Fortführung der Unternehmungen, bis Rochette sich rechtfertigen könne.

### Lieferungsschwindel.

Paris, 27. März. Unglaubliche Zustände sind in den Garnisonen Bar-le-Duc, Nancy und St. Mihiel aufgedeckt worden. Der Unterstaatssekretär für den Krieg Cleron machte die Feststellung, daß aus dem Pariser Schlachthaus La Villette das Fleisch von krankem Vieh nach verschiedenen Garnisonstädten der Ostgrenze verfrachtet werde. Eine sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Verhaftung mehrerer Armeelieferanten und genannter Garnisonen. Weitere Verhaftungen dürften folgen.

### Ein Matrosenstreik.

Marseille, 27. März. Die Bewegung unter den eingeschriebenen Seeleuten, die wegen der Verurteilung von fünf ihrer Mitglieder eingeleitet wurde, nimmt große Dimensionen an. Die gesamte Besatzung des Dampfer „Diego Suarez“ hat wegen schlechter Nahrung und Behandlung die Arbeit eingestellt. Das Schicksal der Marineeingeschriebenen erklärte sich mit den Ausständigen solidarisch und hat zum Protest Kaueranträge anbringen lassen, worin sämtliche eingeschriebenen aufgefordert werden, dem ersten Rufe Folge zu leisten, falls den Ausständigen keine Genugtuung gegeben wird. Ferner werden die Ausständigen für nächsten Sonntag zu einer Versammlung eingeladen, um energisch für die Rechte und Freiheit der Matrosen zu demonstrieren. Unter den eingeschriebenen herrscht große Aufregung.

## Rußland.

### Polizei-Korruption.

Petersburg, 27. März. Der mit der Untersuchung der Mißbräuche bei der Moskauer Polizeiverwaltung betraute Senator Garrin erwiderte, daß der Chef der Moskauer Geheimpolizei Molotschewskis Bestechungen angenommen und sich großer Unterschlagungen schuldig gemacht hat. Auch gegen den ehemaligen Stadthauptmann Raindott werden verschiedene Klagen erhoben.

### Gefängnisgruel.

Von den unzähligen Mittermeldungen über die Gruel in russischen Gefängnissen seien nachstehende angeführt:  
Vor kurzem brach im Gouvernementsgefängnis in Tiflis ein allgemeiner Hungerstreik aus. Der Gouverneur veröffentlichte hierauf eine Erklärung in den Zeitungen, daß die Klagen der Gefangenen berechtigt seien und daß sie der pekuniären Unterstützung der Gesellschaft bedürften!  
Das Gefängnislazarett in Kiew ist mit Typhuskranken überfüllt. Der Gouverneur wandte sich an das Stadthaupt mit dem Ersuchen, einen Teil der Kranken in städtischen Krankenhäusern unterzubringen.

Furchtbare Zustände herrschen in Lugansk. Das Gefängnislazarett ist mit Typhuskranken überfüllt. Täglich sind Todesfälle zu verzeichnen. Selbst die Gefängniswärter fallen der Krankheit zum Opfer. Während der letzten zwei Monate erkrankten 15 Aufseher, von denen zwei starben. Unter den Gefangenen sind Todesfälle weit häufiger. Im Januar starben 10 von ihnen, darunter zwei „Politische“. Von 45 politischen Gefangenen sind 18 am Typhus erkrankt.

## Türkei.

### Die mazedonischen Reformen.

Petersburg, 27. März. Die russische Regierung macht folgende Vorschläge für die Reformen in Mazedonien: Der Posten des Generalgouverneurs soll beibehalten werden. Den Vertretern Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens in der Finanzkommission werden in bezug auf die allgemeine Kontrolle die dem russischen und dem österreichisch-ungarischen Zivilagenten zustehenden Rechte gewährt. Das von den Mächten angeordnete Justizreformprojekt wird in vollem Umfange der Porte zur Annahme empfohlen. Dabei wird der Finanzkommission die Kontrolle des Gerichtswesens übertragen, welche, wie vorstehend erwähnt, aus den in türkischen Dienst getretenen Delegierten der sechs Mächte besteht. Zur besseren Wahrung der Ruhe im Lande wird eine Landwache eingeführt, welche unter der Teilnahme und der Aufsicht der durch europäische Offiziere umgewandelten Gendarmerie organisiert wird. Die organisierte Gendarmerie wird vermehrt, soweit das mazedonische Budget es gestattet.  
Die Bedeutung dieser Vorschläge besteht darin, daß, während bisher nach dem Würzburger Uebereinkommen Rußland und Oesterreich die führenden Mächte in Mazedonien waren, jetzt auch Frankreich, Italien, England den gleichen Einfluß auf die Reformation erhalten sollen. Es ist dies in Wirklichkeit ein Durchbrechen des Würzburger Abkommens; Oesterreich und Deutschland sollen durch das Übergewicht der mit Rußland übereinstimmenden Mächte, Italien eingeschlossen, in den Hintergrund gedrängt werden.

## Marokko.

### Jaurès gegen die Militärgrenel.

Paris, 27. März. (Deputiertenkammer.) In der heutigen Verhandlung über die von der Regierung für die militärische

Operationen in Marokko geforderten außerordentlichen Kredite verlangte Jaurès, daß dem Parlament von allen Umständen Kenntnis gegeben werde, die sich auf das von der französischen Artillerie unter den marokkanischen Frauen und Kindern angerichtete Blutbad, das sich am 15. März ereignet habe, bezogen. Kriegsminister Piquart entgegnete, daß die von den Zeitungen über dieses Ereignis gebrachten Meldungen auf ganz ungenauen Informationen beruhten. Jaurès wiederholte demgegenüber, daß die französische Artillerie von den Höhen auf die unverteidigte Anfidelung, die 80 Kilometer von der Küste entfernt liege, ein Feuer eröffnete und daß die Ueberlebenden durch französische Bajonette gefallen seien. Gegen diese Darstellung erhob Piquart und Clemenceau einträglich Protest. Doumer rief Jaurès zu: „Es gibt keinen humaneren Soldaten, als den französischen!“ (Weisfall.) Piquart erklärte, er setze Jaurès' Worten die des General d'Amade entgegen. Clemenceau bemerkte gegenüber Jaurès, daß d'Amade den Befehl erteilt habe, das Feuer einzustellen und so Frauen und Kinder rettete. (Weisfall.) Jaurès meint dagegen, daß die Intervention des Generals zu spät kam.

Jaurès sagte im weiteren Verlaufe seiner Rede, daß er über die Besserung in den deutsch-französischen Beziehungen erfreut sei, wies aber darauf hin, daß Staatssekretär v. Schoen, wenn auch in höflicher Form, sich auf die von Frankreich gegebenen Versprechungen berufen und Erklärungen betreffs Saffi und Assemur gefordert habe. Der Minister des Aeußeren, Richon, entgegnete: Nein. Er fragte an, ob wir die Absicht hätten, Saffi zu befehlen. Darauf habe ich geantwortet, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Absicht nicht hätten, falls die Fremdenkolonien nicht in Gefahr wären. Die Beziehungen zwischen der französischen und deutschen Diplomatie zeigen, daß unsere Politik die richtige ist. Jaurès erwidert hierauf: Sie ist die richtige nur unter der Bedingung, daß wir uns ohne Säumen zurückziehen. Er forderte schließlich die Regierung auf, zu weiteren militärischen Unternehmungen in Marokko zu verzichten und zu friedlicher Betätigung im Interesse des Handels und der Wissenschaft zurückzukehren. (Weisfall auf der äußersten Linken.)

### Die Algeriesakte.

London, 26. März. Im Unterhaus fragte Ashley (Konf.), ob eine auswärtige Macht an die britische Regierung mit dem Ansinnen herangetreten sei, die Algeriesakte zu kündigen oder abzuändern. Staatssekretär Grey antwortete darauf eine verneinende Antwort.

## Aus der Partei.

### Die oldenburgische Landtagsfraktion vor ihren Wählern.

Am Mittwochabend gelangte die Abstimmung der oldenburgischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten bei der Wahlrechtsreformvorlage in einer Parteiversammlung zu Sant zur Erörterung, der die Fraktion beiwohnte. Nach mehrstündiger Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 25. März tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Sant kann die Abstimmung der Landtagsfraktion in Sachen der Wahlrechtsfrage nicht billigen. Insbesondere beurteilt sie die dazu gegebene Begründung als nicht mit den Parteianschauungen in Einklang stehend. Weiter kann die Versammlung in der Preßpolemik seitens der Redaktion nach den gegebenen Aufklärungen einen großen Verstoß gegen die parteigenösslichen Gepflogenheiten nicht erblicken.“

### Gemeindevahlfolge.

Bei der Stadtvorordneten-Erwahlwahl zu Vittersfeld wurde ein Sozialdemokrat gewählt.

Wieder eine Reichsverbandsklage geplant. Vor Jahresfrist brachte die Reichsverbandspresse eine Klage aus Gera, wonach die Vereinsbrauerei Gera mit der sozialdemokratischen Parteileitung ein Abkommen getroffen habe, nach dem die Brauerei für jeden Hektoliter Bier, der die Konsumtionsziffer von 14 000 Hektoliter übersteigt, je 2 M. in die Parteikasse zu zahlen sich bereit erklärt habe. Als Äquivalent sollte sich die Partei verpflichten haben, dafür zu sorgen, daß in den Fabrikantinnen nur Vereinsbier verzapft wird. Die Vereinsbrauerei strengte gegen die Schwindelnachricht des Reichsverbandsverbandes Privatklage an, und ermittelte den Schriftsteller Schott in Langenberg bei Gera, eine bekannte Reichsverbandsgröße, als den Verfolger. In dem Prozesse wurden eine große Zahl Zeugen vernommen. Die Klagen führten zu dem Ergebnis, daß Schott mit der Brauerei einen Vergleich abschloß, nach dem er seine Behauptungen als unwahr zurücknimmt und sämtliche in dem Prozesse erwachsenen Kosten trägt. Natürlich wird die Reichsverbandspresse ihre Schwindelnachricht nicht widerrufen, denn soviel Anstand besitzt sie und ihre Reptile nicht. Hätte der Schott aber nicht tief in den Geldbeutel gegriffen, dann wäre seine Verurteilung wegen Verleumdung sicher gewesen.

Aus den Organisationen. Eine Parteiversammlung für den 4. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Kaustadt) beschloß nach längerer Debatte, nach dem Antrage des Agitationskomitees, einen Wahlfonds zu gründen und zu diesem Zwecke pro Mitglied und Jahr 40 Pf. Extrabeitrag zu erheben.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ teilt mit, daß sie auf Grund eines Beschlusses der Parteioptionen der drei Dresdener Wahlkreise zum ersten Juli ihren Titel in „Dresdener Volkszeitung“ umändern wird. Es geschieht das, um die Einheitlichkeit der ganzen ostsächsischen Parteipresse herbeizuführen — das neugegründete Organ der Oberlausitz sowie die neuen Parteiblätter für den 7. (Weichen), 8. (Pirna) und 9. (Freiberg) Wahlkreis, die in Dresden hergestellt werden, führen sämtlich den Titel Volkszeitung. Das Dresdener Parteiblatt hat diesen Namen übrigens schon früher jahrelang geführt, bis es 1878 dem Sozialistengesetz erlag.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Am 28. Mai 1907 brachte unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Schwäbische Tagwacht“, eine Notiz, in der sie sagte, eigenartige Auffassungen vom Verufe eines Jugendbildners (Scheine der Lehrer Ziegler in Feuerbach) zu haben, der den Unterricht mit unzulässigen Handlungen und Reden verquide und deshalb suspendiert sei. Deshalb wurde Genosse Sauerbe 100 M. Geldstrafe verurteilt, trotzdem nachgewiesen wurde, daß Ziegler elf- bis zwölfjährige Mädchen in der Schule und in seiner Wohnung gefügig und geläufig hatte. Das Gericht hatte aber angenommen, daß er nicht aus unzulässigen Reden, wenn auch taktlos gehandelt habe. Es wurde weiter festgestellt, daß Ziegler suspendiert worden wäre, wenn er nicht schleunigst Urlaub genommen hätte. Zut nichts, der Jude wurde verbrannt. — Das Reichsgericht ließ das Urteil auch bestehen.

In einem Artikel: „Aus dem Reiche des Herrn Studt“ soll die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der preussischen Regierung beleidigt haben. Es war darin kritisiert worden, daß ein Kieler Lehrer, der für den freisinnigen Kandidaten Leonhart eingetreten war, wichtiger Sachen wegen hohe Disziplinarstrafen erhalten habe und schließlich ohne Pension entlassen worden sei, da er sozialdemokratische Gesinnung verdächtig sei und er sonst den Staat auf Staatskosten bekämpfen würde. Der Redakteur Genosse Burkhardt erhielt deshalb eine Gefängnisstrafe zuerkannt. Der Straf-antrag war von der Regierungsabteilung für Kirchen- und Schulwesen selbst gestellt, und das hielt selbst in der Revisionsinstanz der Reichsanwalt nicht für zulässig, da sie keine selbständige Behörde, sondern nur ein Teil des Kultusministeriums sei. Er beantragte deshalb Aufhebung des Urteils und Einstellung des Verfahrens. Das Reichsgericht erklärte jedoch die Abteilung für



antragsberechtigt, da sie allein beleidigt worden sei und dem Antrag nicht als vorgelegte Behörde gestellt habe. Da jedoch aus unzureichenden Gründen die Beweisführung verhindert worden war, wurde das Urteil aufgehoben und die Sache zurückverwiesen.

## Aus Industrie und Handel.

### Produktionsbeschränkung im Kohlenbergbau.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat befaßt sich in seiner gestrigen Jahresversammlung, die Beteiligungsanteile für April d. J. in Kohlen auf 85 Proz., in Koks auf 65 Proz., und in Weisblei auf 90 Proz. festzusetzen. Der Vorstand wurde sodann über die jüngsten Preiserörterungen, die die Angriffe des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika-Linie in ihrer letzten Generalversammlung gegen das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat zum Gegenstand hatten, interpelliert. Er erklärte, daß die dort vorgebrachten Klagen über übermäßig hohe Kohlenpreise sich nur auf Kohlen englischer Herkunft beziehen könnten, da die Hamburg-Amerika-Linie vom Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat zu besonders vorteilhaften Preisen gekauft habe, die nicht allein für das rückliegende Geschäftsjahr der Hamburg-Amerika-Linie Geltung gehabt, sondern sogar noch bis weit in das laufende Geschäftsjahr in Kraft seien. Wegen eines neuen Abchlusses seien Verhandlungen eingeleitet.

### Die Preispolitik des Kohlenyndikats.

Die Abschwächung der Marktlage hat schon eine Wirkung gehabt, die die Preispolitik des Rheinisch-westfälischen Syndikats in ihrer ganzen Verkehrtheit zeigt. Während die Grubenpreise nicht nur auf dem Hochkonjunkturniveau verharren, sondern noch darüber hinausgehen, müssen sich die Händler, namentlich im Detailhandel, schon zu Preisermäßigungen entschließen, wollen sie Geschäfte machen. Von Berlin abgesehen, zeigen die Detailpreise für die meisten Kohlenarten in einigen größeren deutschen Städten eine rückgängige Bewegung. In Berlin, wozu hauptsächlich Oberschlesien Kohlen sendet, ist der Kohlenhandel ziemlich monopolisiert, so daß die Konsumschwankungen nur langsam auf die Preise einzuwirken vermögen. Im Nordosten Deutschlands, so namentlich in Stettin, Königsberg, Johann aber auch in Altona, in welchen Städten der Markt durch englische Kohle stark umstritten wird, sind die Preise zurückgegangen. Für diese bestrittenen Gebiete beobachtet das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat aber auch eine andere Preispolitik, um der englischen Konkurrenz zu begegnen. Bezeichnender sind die Preisveränderungen in den Bezirken, in denen die Ruhrkohle vorherrscht. So ist z. B. in Wismar der Preis für Koks im Februar zwar etwas teurer, Hausbrandkohle aber und vor allem Koks im Preise zurückgegangen. In Eberfeld ging der Kokspreis ebenfalls zurück. In Köln ist der Preis für Steinkohle von Januar auf Februar gesunken, während er 1907 gestiegen war. In Mittel- und Süddeutschland vermochten sich die Steinkohlenpreise im Februar noch auf ihrem Stande zu halten, während die Braunkohlenpreise bereits eine abfallende Tendenz aufwiesen. Das stört die Syndikatsherren nicht.

### Ein Urteil über die Wirtschaftslage.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sagt in seinem Jahresbericht, nachdem er zunächst bemerkt, daß der Wirtschaftszustand nicht als Krise, sondern nur als Abschwächung angesprochen werden könne, u. a. folgendes:

Der internationale Charakter der Hochkonjunktur ist einem internationalen Rückschlag gewichen, und die Gleichzeitigkeit dieses Rückschlages hat zur Folge, daß die fremden Märkte als Abzuggebiete für die heimische Industrie nicht mehr im früheren Umfange in Betracht kommen. Die erschwerenden Wirkungen der Hochkonjunkturpolitik werden sich mehr und mehr geltend machen. Dazu kommt, daß neben dem Warenmarkt auch der Arbeitsmarkt internationales Gepräge angenommen hat. Die Arbeitermassen, die Amerika wieder auf den Kontinent zurückgeworfen hat, verstärken den Andrang von Arbeitsuchenden. Und die Industrie, die in den Zeiten der Prosperität die Löhne erhöht hat, wird den Rückgang der Preise durch technische Verbesserungen allein nicht ausgleichen können, sich vielmehr zu Lohnreduzierungen genötigt sehen, denen wiederum die anhaltende Teuerung der Lebensmittel erschwerend gegenübersteht. Dazu kommt die anhaltende Vermehrung der Bevölkerung, die nach Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten verlangt. Der Vorteil des gegenwärtigen Augenblicks liegt im Gegensatz zum Vorjahre in der Klarheit und Uebersichtlichkeit der Verhältnisse. Sagten wir damals die rückläufige Konjunktur voraus, so befinden wir uns — darüber ist kein Zweifel mehr — heute mitten in ihr. Aber unser damaliges Schlusswort können wir auch heute wiederholen: daß die deutsche Volkswirtschaft im Kerne so gesund und kräftig ist, daß zur Beunruhigung kein Grund vorliegt; daß aber weiterhin die Zeiten ernst genug sind, um besonnen einzuhalten und das Unerwartete auszubauen. Für die nächste Zeit darf es nur eine Parole geben: nur gesicherten Kurs zu nehmen, langsame Fahrt und fest die Hand am Steuer!

Das Urteil ist darum bemerkenswert, weil es auf jeden Fall das Richtige trifft. Mag's auch noch weiter rückwärts gehen, na, dann ist halt die Rechnung nicht beachtet worden. Die Vorsicht der Fachmänner läßt darauf schließen, daß sie zu einer entscheidenden optimistischen Auffassung nicht gelangen können.

**Judenartikel.** Eine in Berlin abgehaltene Konferenz der Judenroutinieren beschloß mit großer Majorität den Abschluß einer Preisfestsetzung. Die nicht vertretenen Kassierer haben ihre Entscheidung bis längstens zum 15. April zu erklären.

## Gewerkchaftliches.

### Der Oberhirsch als Streikbrecheragent.

Mit Herrn Strohsfeld, dem schlesischen Bezirksleiter der Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter, hat sich der „Vorwärts“ leider schon öfters beschäftigt, und die Kritik, zu der seine arbeiterfreundlichen Handlungen herausfordern, hat erst jüngst aus rein formalen Gründen zu einer Verurteilung des „Vorwärts“ zu ganzen 10 Mark Geldstrafe wegen angeblicher Ehrenkränkung des Herrn Strohsfeld geführt. Was aber heute von diesem Arbeiterführer zu vermelden ist, das steht in der Tat allem Vorangegangenen die Krone auf.

Bei der Firma Gubisch in Liegnitz sind die im Metallarbeiter-Verbande organisierten Arbeiter wegen Affordpreisabgabe dieser Tage in den Streik getreten. Die Hirsch-Dunderschen hatten zuerst versprochen, sich ebenfalls an diesem Abwehrkampf zu beteiligen, auf Veranlassung des Herrn Strohsfeld aber sind sie dann doch im Betriebe geblieben. Indessen das wäre — obgleich schlimm genug — immer noch das Schlimmste nicht. Aber Herr Strohsfeld will den Streikenden direkt in den Rücken fallen durch Lieferung von Streikbrechern! Auf dem Breslauer Bureau des Metallarbeiterverbandes meldeten sich verschiedene Gewerksvereiner, die bei ihrem von Herrn Strohsfeld geleiteten Arbeitsnachweis um Stellung nachgefragt hatten und von diesem an die Firma Gubisch verwiesen worden sind und auch Reisegeld nach Liegnitz erhalten haben!

### Berlin und Umgegend.

#### Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Bei der am Mittwoch stattgehabten Wahl eines Erfah. angestellten wurde der Kollege **Reinke** gewählt.

Die Ortsverwaltung I.

### Aktion, Marmorarbeiter!

Vom 1. April ab befindet sich unser Arbeitsnachweis Seydelstraße 30 bei Engel, Tel. Ia, 9248.

Die Ortsverwaltung.

### Abwehrbewegung der Berliner Textilarbeiter.

In allen Betrieben der Berliner Textilindustrie finden gegenwärtig Versammlungen statt, um Stellung zu nehmen zu dem teilweise rigorosen Vorgehen einzelner Unternehmer. Die Textilindustriellen haben es auf die Vernichtung der Organisation abgesehen. Ehe sie sich die rückläufige Konjunktur — die sich in der Berliner Textilindustrie immer fühlbarer macht — zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zunutze machen, wollen sie die Macht der Organisation brechen, die ihnen bei der Durchführung ihrer Absichten hindernd im Wege steht. — Besonders sind es die in den einzelnen Betrieben bestehenden Wirtschände, unter denen die Arbeiterschaft schwer zu leiden hat. Es gibt in Groß-Berlin Teppichfabriken, in denen über 300 Menschen beschäftigt sind und wo trotzdem kein Arbeiterausschuß existiert. „Der Ausschuß bin ich“, sagen die Unternehmer. „Wer eine Beschwerde vorzubringen hat, der mag sich nur vertrauensvoll an mich wenden, ich werde ihn schon anhören.“ Ja, anhören, das ist auch alles, aber vom Abstellen der Wirtschände ist keine Rede.

Vor allen anderen ist es die in der Teppichfabrik von G. Feibisch in Treptow beschäftigte Arbeiterschaft, die alle Ursache hat, sich über die in diesem Betriebe bestehenden Verhältnisse zu beschweren. Diesem Betrieb steht in der Hauptsache ein Meister vor, der alles und — nichts macht. Wenn ihn ein Weber braucht, dann muß er erst wie eine Stadnadel oft stundenlang gesucht werden. Außerdem ist derselbe von einer geradezu unheimlichen Sparnüt in Webutensilien und anderen Sachen befallen. Diese soll wahrscheinlich im Interesse des Geschäfts liegen. Reparaturen an den Webstühlen dauern besonders lange, weil die Schloffer kein vernünftiges Handwerkzeug zur Verfügung haben. Auch fehlt es ihnen an notwendigen Material. Anstatt das zerbrochene Stück durch einen neuen Teil zu ersetzen, wird alles zusammengestückt und gepappt. Die Maschinen werden dadurch in kurzer Zeit zu „alten Klammotten“. Natürlich erhalten die Weber für die Zeit des Meistertuschens und des Wartens bei Reparaturen oder beim „Bauen“, selbst wenn das letztere tagelang dauert, nichts bezahlt. Wer das Unglück hat, an einem der vielen zusammengefügten Stühle zu arbeiten, ist zu bedauern. Um den Verdienst kümmert sich niemand und der ist in solchen Fällen sehr niedrig. Hinzu kommt noch, daß es dem Weber nicht möglich ist, auf solcher „Klamotte“ — Webstuhl genannt — fehlerfreie Ware zu liefern. Dann setzt es Strafen und häufig wird auch die Entlohnung angebroht — natürlich wieder dem Weber, während jedoch die Schuld daran das System falscher Sparnüt und die dadurch bedingte unheilvolle Schlamperie trifft, die im Betriebe herrscht. Ein organisierter Kollege, der in einer Betriebsversammlung die hier geschilderten Zustände kritisiert hatte und zum Vertrauensmann gewählt worden war, wurde gleich darauf angeblich wegen Mangel an Arbeit entlassen, während fast zu derselben Zeit ein anderer neu eingestellt wurde. Herr Feibisch erklärte dem Betroffenen: „Sie haben sich wieder um Angelegenheiten in meinem Betriebe gekümmert und das dulde ich nun einmal nicht.“ Eine sehr stark besuchte Versammlung der in der Teppichfabrik von Feibisch Beschäftigten nahm eine scharfe Resolution an, in der die Entlassung dieses Kollegen als eine Maßregelung erklärt und verlangt wird, daß die vorhandenen Wirtschände beseitigt werden, weil durch das Vorhandensein derselben die Arbeiterschaft in ihrem Verdienst und in ihren ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen auf das schwerste geschädigt wird. Die Arbeiter betonen, daß sie auch ein Recht haben, zu verlangen, daß in dem Betriebe Zustände herrschen, die es ihnen ermöglichen, ihre Arbeiten so zu erledigen, wie es der Unternehmer selbst von ihnen verlangt.

Herrn Feibisch und verschiedenen anderen Unternehmern ist der Textilarbeiterverband ein Greuel und sie entlassen jeden, der in ihren Betrieben offen eine Funktion für denselben ausübt. Trotzdem blüht und gedeiht der Verband. Es wird dann eben im Geheimen gearbeitet und eine richtige Maulwurfsarbeit verrichtet, deren Wirkungen die Unternehmerterroristen eines Tages mit Schrecken gewahrt werden sollen.

### Deutsches Reich.

**Ein Tischlerstreik.** In der Möbelfabrik von F. A. Braun in Sangerhausen sind seit 25. März sämtliche 78 Holzarbeiter aller Branchen ausständig. In dieser Fabrik waren sogar während der letzten zwei Jahre trotz des günstigen Geschäftsganges mehrfach Lohnreduzierungen vorgenommen worden. Auch jetzt sollte wieder ein solcher Ueberfall bei den Polierern vorgenommen werden, während die Tischler infolge der Produktionsänderung (Wäfelis, früher Umbauten) überhaupt mit keinen festen Affordpreisen rechnen konnten. Deshalb stellten am 7. März die Arbeiter die Forderung: Festlegung sämtlicher Lohn- und Affordpreise. Am 23. März begannen die Verhandlungen hierüber. Die Firma erklärte jedoch immer wieder, daß sie Zugeständnisse in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Affordpreise nicht machen könne, weil das den „Ruin des Geschäfts“ bedeuten und sie deswegen das selbe eher ganz ausgeben würde. Wie sehr solche Verbesserungen jedoch vonnöten sind, beweisen die bisherigen Verdienste. Dieselben betragen für Maschinenarbeiter 34—38 Pf. pro Stunde, für Polierer 32—45 Pf., für Stuhlbauer und Gestellmacher 17—19 M. und für Tischler 22—24 M. pro Woche. Jetzt sucht die Firma in bürgerlichen Blättern die Mär zu verbreiten, die Arbeiter hätten trotz der schlechten Geschäftslage eine 15prozentige Zulage gefordert. Wenn dies wahr wäre, würde es jedenfalls zum Ausgleich der Löhne zwischen hier und anderswo immer noch nicht genug sein. Aber so „underschämig“ waren ja die Arbeiter gar nicht, sie hatten vielmehr den besten Willen, durch gütlichen Ausgleich die Sache beizulegen. Die Firma ganz allein hat den Ruhm, sie in den Ausstand hineingetrieben zu haben durch ihre am 25. März kundgegebene Erklärung: „Die Kommissionsvertreter, mit denen wir verhandeln wollen, bestimmen wir“, womit sie in brüster Form bewies, daß sie sich nicht nur jeder materiellen Aufbesserung, sondern auch jeder anständigen vertraglichen Regelung des Arbeitsverhältnisses aufs äußerste zu widersetzen gewillt sei. Sie mag also ihren Willen haben. Vor Zugung von Tischlern, Drechslern, Stuhl- und Gestellmachern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Sangerhausen wird deswegen dringend gewarnt.

### Streik und Aussperrung auf den Stettiner Werften.

Wie bereits berichtet, sind Donnerstag nachmittag auf den drei Stettiner Werften etwa 450 Arbeiter in Streik getreten. Mit dem Streik auf den Howaldtwerken in Kiel hat diese Arbeitsniederlegung nichts zu tun. Es handelt sich lediglich um die Nichtbewilligung einiger richtiger Lohnforderungen. Die Streikenden sind zum allergrößten Teile organisiert. Am Freitag gaben die Stettiner Werften bekannt, daß heute (Sonntag) eine Aussperrung von 30 Proz. aller Werftarbeiter eintritt. Diesen Akt des Terrorismus, dem sich auch die übrigen deutschen Schiffswerften anschließen, begründen die Schiffsbauer mit dem angeblich unberechtigten Streik der Schiffsbauer auf den Howaldtwerken in Kiel. Wie verlautet, sollen nächste Woche abermals 30 Proz. der Werftarbeiter ausgesperrt werden. Das Vorgehen der Werften ruft in Kiel allgemeine Erregung hervor, zumal fast alle Werke gut beschäftigt sind.

**Die Kieler Schiffswerften** machen bekannt, daß sie vom 28. März ab den Betrieb einschränken werden, da die Streikenden ihrer Aufforderung, die Arbeit bis zum 21. d. Mts. wieder aufzunehmen, nicht nachgegeben sind. — Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie in Kiel hat sich dieser Maßregel angeschlossen.

Die Probe aufs Exempel ihrer Harmonietheorie haben die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner wieder einmal zu machen Gelegenheit. In Glogau ist es den Mitgliedern des Schneidergewerksvereins trotz allen Mühen nicht gelungen, einen Tarif durchzusetzen, weil die Unternehmer jeden Versuch dazu strifte von der Hand wiesen. Die Glogauer Gewerksvereinsmitglieder wollen nun die Konsequenzen ziehen und zum letzten Mittel, zum Streik, greifen. So zwingen die wirtschaftlichen Verhältnisse auch sie zur Anerkennung des Klassenkampfes.

### Sie fordern Arbeit!

In Breslau hat am Mittwochnachmittag im Gewerkschaftshaus eine Arbeitslosenversammlung stattgefunden, die von etwa 2000 Personen besucht war. Mit Recht konstatierten die Referenten nachvoll von den Bauhilfsarbeitern, Zimmer von den Transportarbeitern, Metallarbeiter Philipp, Maurer Rottler, Fabrikarbeiter Franke und Bildhauer Brand, daß die Anwesenden nur einen Teil der zurzeit in Breslau vorhandenen Arbeitslosen darstellen. Besonders der Bildhauer fragte über den geradezu entsetzlichen Grad der Beschäftigungslosigkeit in seinem Berufe, während der Vertreter der Metallarbeiter die bisherige leidliche Lage in der Breslauer Maschinenindustrie einzig auf die augenblicklichen großen Aufträge der Eisenbahnverwaltung zurückführte. Alle Redner aber war sich darin einig, und besonders der Vertreter der Transportarbeiter betonte das, daß nach ihren Beobachtungen im Laufe des Sommers die Krise in Breslau noch weit schärferere Formen annehmen werde. In der Versammlung herrschte eine außerordentlich erhellte Stimmung, die sich besonders Luft verschaffte, wenn die Redner auf die Politik der Blockparteien im Reichstage zu sprechen kamen. Schließlich beschloßen die Versammelten, vom Magistrat die sofortige Inangriffnahme der geplanten städtischen Bauten zu fordern. Ein außerordentlich starkes Polizeiaufgebot hielt das Grundstück des Gewerkschaftshauses und die angrenzenden Straßen besetzt. Die Arbeitslosen bewachten aber eine imponierende Ruhe und Ordnung.

**Die Kupferschmiede der Provinz Posen** haben ihren Arbeitgebern einen neuen Lohnarif unterbreitet, der vor allem eine Regelung der Montageschläge vorsieht und eine Befähigung des Ueberstundenumwensens, das bei Brauereimontagen üblich ist, bezweckt. Außerdem sieht der Tarif eine 50stündige wöchentliche Arbeitszeit (bisher 60 Stunden) und 45 Pf. Minimallohn (bisher 40 Pf.) vor. Die Bewegung erstreckt sich auf 32 Orte der Provinz Posen, und finden die ersten Verhandlungen mit den neuen Tarif zwischen den in Frage kommenden Arbeitgebern und der Bezirksleitung des Verbandes der Kupferschmiede am Montag, dem 30. März, in Posen statt.

### Ein schnelles Ende.

Mit diesem Lamtam wurde im vorigen Jahre nach den Vottentottenwahlen und nach dem verloren gegangenen Streik bei Seidel u. Raumann in Dresden eine gelbe Tageszeitung gegründet. Das Blatt erschien täglich acht Seiten stark, und mit den Agitationsnummern wurde in allen Gegenden Sachsens kolossal gewütet. Jetzt ist kaum ein Jahr ins Land gegangen und die Herrlichkeit hat schon wieder ein Ende. Die Industriellen, die nach verbürgten Nachrichten 60 000 M. der gelben Großmannsdacht geopfert, wollen nicht mehr zahlen für eine aussichtslose Sache und ziehen ihre mildtätige Hand zurück, nachdem Terroristmüßerfuche, die Kontorpersonale und die Arbeiter der Betriebe als Annoncenten zu pressen, wenig gestruht haben. Annoncen hatte das Blatt fast garnicht. Die zahlreichen Annoncen unter Arbeitsmarkt hatte man einfach aus anderen Zeitungen abgedruckt und oft genug sind deshalb Reklamationen gekommen. Am vorigen Sonntagabend wurde in der Druckerei von Schönfeld, der vor einem Duzend Jahren einmal die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und jetzt das gelbe Organ druckt, sämtlichen Segetn gekündigt.

Es soll gutem Vernehmen nach nur ein Ableger des **Lebicus** schen „Sund“ einmal wöchentlich den armen gelben Heloten in die Hand gedrückt werden. Ein armseliges Ende der gelben Herrlichkeit! Vom täglich erscheinenden Blatt mit zwei Basteuren zu einem wöchentlich erscheinenden Ableger des Lebicuschen gelben Prehergebnisses. — So zerrinnt die gelbe Herrlichkeit und zurück bleibt nur ein ungeheurer moralischer und finanzieller Kagenjammer.

### Ausland.

#### Die Differenzen im Pariser Sengewerbe.

Die Unternehmer verfolgen seit einigen Tagen eine andere Taktik. Während sie in der ihnen ergebenen Presse noch vor einigen Tagen mit großem Pathos und der allgemeinen Aussperrung drohten, zeigen sie sich jetzt etwas konzilianter. Herr **Willemin**, der Führer der Bauunternehmer, läßt erklären, daß sie, die Unternehmer, zu größtem Entgegenkommen bereit seien. Wahrscheinlich ist diese veränderte Taktik auf das entschiedene Auftreten der Arbeiter zurückzuführen. Diese hingegen sind sehr kampfbereit und schließen sich, das ist das Erfreulichste dabei, in der Föderation des Sengewerbes immer enger zusammen. Die Stukkateure, die Steinmehner, die Marmorarbeiter, kurz alle Kategorien der Bauhandwerker und deren Hülfsarbeiter haben sich mit den Maurern solidarisch erklärt.

#### Streiks und Aussperrungen in Belgien im Jahre 1907.

Nach den Mitteilungen des „Office du Travail“ wurden im Jahre 1907 in Belgien 227 Streiks und 4 Aussperrungen registriert. Die Zahl der streikenden Arbeiter erreichte 46 008, von den Aussperrungen wurden 16 274 betroffen; hierzu kommen 19 248 Arbeiter, die durch die Konflikte zum Feiern gezwungen wurden, sobald insgesamt 82 430 Personen durch gewerbliche Konflikte betroffen wurden. Die Zahl der im Jahre 1907 beendeten Streiks betrug 221, die der Aussperrungen 3 mit insgesamt 80 176 Arbeitern. In den meisten Fällen bilden Lohn Differenzen die Ursache der Konflikte, jedoch werden auch die Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit immer häufiger. Von den Aussperrungen ist die der Hafenarbeiter von Antwerpen die bedeutendste, an ihr waren 16 000 Arbeiter beteiligt. Ueber den Ausgang der Konflikte werden folgende Angaben gemacht: 50 mit 6910 Streikenden endeten zugunsten der Arbeiter; 122 mit 15 360 Arbeitern zugunsten der Unternehmer und 49 mit 22 731 Arbeitern fanden ihr Ende durch einen Vergleich. — Von den Aussperrungen wurde bekanntlich die Antwerpener durch einen Vergleich beendet, die zweite mit 90 Arbeitern endete zugunsten dieser, während die dritte mit 134 Personen den Arbeitern eine Niederlage brachte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Profetiarerfind

**Frankfurt a. M., 27. März. (V. G.)** Ein Wälderburche Kletterte heute morgen, um die Brötchen an das Parterfenster eines Hauses in der Scheidebühlstraße zu legen, auf einen Statengraum. Er glitt ab und die eisernen Spigen drangen ihm in den Unterleib. Schwerverletzt wurde er in das Hospital eingeliefert.

### Ein englischer Konarch.

**Florenz, 27. März. (V. G.)** Um zu verhüten, daß Frau **Lozell** den Versuch machen sollte, sich dem König von Sachsen zu nähern, teilte die Polizei ihr mit, daß sie sich gezwungen sehe, das Haus der Frau Lozell so lange zu bewachen, wie der König von Sachsen sich in Italien aufhält.



Reichstag.

182. Sitzung. Freitag, den 27. März. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: v. Bülow, v. Tirpitz, Sydow, Dr. Lieberding.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die namentliche Abstimmung über die zum Etat des Reichskanzlers gestellte Resolution Brandts und Genossen (Polen), durch welche im Etat für 1909 Mittel gefordert werden zur Verwirklichung der Kosten einer aus Mitgliedern der verbündeten Regierungen und des Reichstages zusammengesetzten Enquetekommission bezügl. Untersuchung der politischen Verhältnisse der polnischen Bevölkerung im Deutschen Reich.

Die Resolution wird mit 158 gegen 148 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des § 2 des Gesetzes betr. die deutsche Flotte (Gerabefugung der Ersatzfrist für Linienschiffe und Kreuzer von 25 auf 20 Jahre) und die dritte Beratung des Etats.

Die Generaldiskussion über beide Gegenstände wird auf Vorschlag des Präsidenten verbunden.

Abg. Speck (Z.):

Das Defizit des Reichshaushalts hat sich durch die Beschlüsse der zweiten Lesung entgegen früheren Etatsberatungen erhöht. Mit dem für die Teuerungszulagen erforderlichen Nachtragsetat wird das Defizit 266 Millionen Mark betragen. In der Weise, wie jetzt im Reich finanziell gewirtschaftet, geht es auf die Dauer nicht weiter. Im weimarischen Landtage hat man die Finanzwirtschaft des Reiches mit der eines Bankrotteurs verglichen. Der Ausdruck mag zu scharf sein, aber in der Sache ist er nicht weit von der Wahrheit, mindestens muß man sagen, das Reich wirtschaftet wie ein Mann, der es in Geldsachen nicht sehr genau nimmt (Sehr richtig! i. J.). Der Vorschlag der Veredelung der Matrularbeiträge würde eine Erhöhung der Einnahmen nicht bringen, sondern nur eine Verschiebung. Sollten sie nach oben beschränkt werden, so müssen sie durch einen andern beweglichen Faktor unseres Finanzsystems ersetzt werden; das ginge nur durch eine quotierte Steuer. Direkte Reichsteuern sind zweifellos nach der Verfassung zulässig, aber durch die ganze geschichtliche Entwicklung sind diese den Einzelstaaten überwiesen. Wir würden das finanzielle Budget der Einzelstaaten brechen, wenn wir die direkte Einkommensteuer ihnen entzögen. Eine solche finanzielle Mediatisierung der Einzelstaaten würde auch die politische Mediatisierung der Einzelstaaten im Gefolge haben. (Sehr richtig! i. J.) Der direkten Reichseinkommensteuer ziehe ich bei weitem noch die ungedeckten Matrularbeiträge vor, bei denen noch die Selbstständigkeit der Einzelstaaten gewahrt bleibt. (Zustimmung i. J.) — Die Finanzreform sollte nicht als so unzulänglich bezeichnet, wie man es tut; die Ausgaben sind eben stärker gewachsen, als bei der Finanzreform vorausgesehen wurde. — Für die ungedeckten Ausgaben gibt das Reich Sachanweisungen aus, die eine wachsende schwebende Schuld darstellen. Mit diesem System muß bei einer Finanzreform gebrochen werden. Das Ansehen des Reiches nach außen steht auf dem Spiel durch unsere Finanzwirtschaft; möge dem neuen Herrn im Reichsschatzamt eine gezielte, gerechte Lösung der Finanzreform gelingen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf Kanitz (L.): In den meisten Punkten kann ich mich meinem Vorredner anschließen. Unseren Standpunkt zu all diesen Fragen haben wir bereits bei der ersten Lesung des Etats dargelegt. — Bei der zweiten Lesung haben wir eine Resolution Spahn angenommen, welche eine staatliche Kontrolle des Syndikalismus verlangte. Die Vorgänge der allerneuesten Zeit, die weiteren Preissteigerungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats, legen den Gedanken eines Einerschreitens des Staates erneut nahe. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Herr v. Stengel ist über Bord gesprungen aus Verzweiflung darüber, daß es ihm nicht möglich erschien, das Reich aus der entsetzlichen Finanzalamität herauszubringen, die er selbst bei seinen Hochreden hier so treffend charakterisiert hat. Der Reichskanzler erklärte damals, daß die Sanierung der Reichsfinanzen durch eine durchgreifende Reichsfinanzreform eine sehr dringliche Angelegenheit sei, die in aller nächster Zeit erledigt werden müsse. Inzwischen hat man sich entschlossen, diese sehr dringliche Angelegenheit bis auf den Herbst oder vielleicht noch später zu verschieben. Diese Finanzschiebungen der allerwichtigsten Angelegenheiten des Reichs charakterisiert am besten unsere gegenwärtige politische Situation (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), an der die Regierung die Hauptschuld trägt. Was inzwischen

zu der Presse verlautet ist über die geplante Reichsfinanzreform, muß dazu beitragen, eine

ungeheure Benurückung

in große Kreise des Erwerbslebens zu tragen, und dem deutschen Volke die Aussicht auf eine noch stärkere Belastung der notwendigen Verbrauchartikel zu eröffnen. (Sehr wahr! links.) Herr Speck hat sich gegen direkte Steuern im Reich gewandt, also der Regierung Mut gemacht, es mit indirekten Steuern weiter zu versuchen. Da befinden sich die Herren vom Zentrum wieder in holder Gemeinschaft mit den konservativen Parteien, die unter keinen Umständen eine direkte Besteuerung zulassen wollen. Eine stärkere Belastung des Bieres, Tabaks und der Zigarren war schon angekündigt, neuerdings spricht man von einem Zündholz- und einem Petroleummonopol, alles Dinge, die, wenn sie zur Quelle von großen Einnahmen gemacht werden sollen, eine Belastung des Massenkonsums darstellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß doppelt unterstrichen werden, daß Herr Speck erklärt hat, seine Partei sei gegen direkte Reichsteuern, denn in der Agitation draußen im Lande ist durchaus nicht selten auch von Rednern des Zentrums erklärt worden, sie seien gegen jede weitere Belastung von Massenkonsumartikeln, gegen das indirekte Steuersystem (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und für eine Veräußerung der Reichserbschaftsteuer. Hier im Hause lehnen die Herren es ab, die Lasten des Reiches auf die Schultern zu wälzen, die sie tragen können. Herr Speck meinte, mit direkten Steuern nehme man den Einzelstaaten ihre Finanzen weg. Aber niemand denkt doch daran, daß bei der Einführung direkter Reichsteuern die direkten Steuern in den Einzelstaaten abgeschafft werden sollen. Nein, auch in den Einzelstaaten ist das Finanzsystem nach unserer Meinung auf direkten Steuern zu basieren. Die Konsequenz ist natürlich, daß mehr direkte Steuern erhoben werden. Insbesondere zur Deckung der ungeheuren Bedürfnisse von Armee und Marine sollen direkte progressiv ansteigende Reichsvermögens- und Erbschaftsteuern

geschaffen werden. Graf Kanitz, der sein Einverständnis mit den Herren vom Zentrum in dieser Beziehung erklärte, hat andererseits im Einverständnis mit unserer Auffassung sehr stark das Kohlenyndikat angegriffen. Es ist richtig, daß das Kohlenyndikat eine unverantwortliche Auswucherung des Volkes betreibt. Graf Kanitz hätte aber seine Kritik auch gegen die schieflichen Grubenmagnaten und die lausitzer Bräutereiunternehmen richten müssen, die genau so vorgehen, wie das Westfälische Kohlenyndikat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) Uebrigens können sich die Kohlenmagnaten bei ihrem Vorgehen auf das Beispiel der großen Agrarier berufen (Lachen rechts), die ihnen in der Preissteigerung ihrer Produkte vorangegangen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Graf Kanitz sollte auch nicht vergessen, daß der preussische Fiskus in seinem sehr ausgedehnten Grubenbesitz die Preissteigerung des Kohlenyndikats mitmacht. Es könnten neue Reichseinnahmen geschaffen werden dadurch, daß man die großen Gruben auf das Reich übernimmt. Dafür können wir uns aber nicht erklären, solange wir keine Garantie haben, daß das Reich und die Staaten von demokratischen Gesichtspunkten geleitet werden und der Wille des Volkes dabei die ausschlaggebende Macht darstellt. Die Frage der Grubenverstaatlichung hängt also eng zusammen mit der Frage der Verfassungsumgestaltung, innerer Linie in Preußen. Darauf komme ich noch. Die Verschiebung der Reichsfinanzreform hat auch schwere Enttäuschung hervorgerufen in den Kreisen der Beamenschaft. Herr Laitmann hat gestern die Theorie aufgestellt, daß die Beamten Lehnsleute der Krone seien, und der Herr Reichskanzler hat diese Theorie unterschrieben. Damit beweisen die Herren nur, daß sie

noch im Mittelalter stehen.

Im Interesse der Beamten muß man gegen eine solche Theorie protestieren. (Sehr richtig! links.) Die Beamten sind keine Diener der Fürsten mehr, sie sind Diener des Staates, Funktionäre des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine verächtliche Degradierung der Beamten, wenn man sie als Lehnsleute der Krone hinstellt. Wären die Beamten in erster Linie verpflichtet, das zu tun, was die Krone wünscht, dann würde die Frage aufzuwerfen sein, ob ein Beamter noch Reichstagsabgeordneter sein darf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn im Reichstag sitzen die Vertreter der Souveränität des Volkes, die sie zu wahren haben gegenüber den Rechten der Krone, und Lehnsleute der Krone gehören nicht in dieses Haus der Volksvertretung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Preußen und das Reich gehen freilich von der Auffassung aus, daß die Beamten nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre ganze Persönlichkeit und ihre politische Gewinnung dem Staate verkaufen. Sie verbi-

zieren sich das Recht, dem Beamten, der eine oppositionelle Stellung einnimmt, zu mahnen. Das eklatanteste Beispiel dafür ist das Verhalten Preußens gegenüber den Röstern, denen man bei Strafe des Wegfalls jeder Gehaltsverhöhung und jeder Beförderung im Dienst verboten hat, einer Organisation weiter anzugehören. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine

Anbelegung allerhöchster Art.

Durch dieses Vorgehen gegenüber den Beamten erweckt man auf der anderen Seite den Streibern die besten Chancen. Diese werden natürlich jede Gelegenheit ergreifen, um recht offensichtlich die Politik nach außen zu betonen, von der sie wissen, daß sie den hohen Vorgesetzten genehm ist, um bei Aufrufen besonders begünstigt zu werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie richtig das gerade der preussische Staat in dieser Beziehung ist, beweist das Vorgehen anderer Staaten. In Preußen darf nie ein Sozialdemokrat Turnlehrer sein, er darf in keiner Schulkommission sitzen, keine Stelle einnehmen, die irgendwie mit öffentlichen Funktionen verknüpft ist. In derselben Zeit aber sieht man in bayerischen Landtage unser Parteigenosse Rohhaupt, der noch heute in seinem Privatverhältnis Arbeiter der bayerischen Eisenbahnverhältnisse ist. Der bayerische Staat hat ihn nicht genötigt, diesen Posten aufzugeben, ja er zahlt ihm sogar noch den Akkordlohn, den er verdient haben würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Obgleich der Mann sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ist, bezieht er vom Staat sein Gehalt weiter. Die bayerische Regierung hat durch dieses eine Beispiel gezeigt, wie turmhoch sie über der preussischen Regierung steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Beamten enttäuscht sind, so sind auch die Arbeiter enttäuscht worden. Der Reichskanzler hatte hier im vorigen Jahre die Versicherung gegeben, daß sehr, wo weniger Sozialdemokraten im Reichstage seien, die Regierung erst recht mit der Sozialpolitik Ernst machen würde, um die christlichen Arbeiter zu gewinnen und überhaupt möglichst viel Arbeiter von der Sozialdemokratie abzulenken. Aber auch in dieser Beziehung ist nichts geschehen. Das hauptsächlichste Gesetz ist das über die Arbeitskammern. Dieser Entwurf aber ist so gestaltet, daß nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die nationalen Arbeiter sagen: damit wollen wir nichts zu tun haben. Wieder ist es ein Staatsmann aus Süddeutschland, der in den letzten Tagen an dem Entwurf dieselbe Kritik geübt hat, die in der Hauptsache auch wir daran geübt haben. Der bairische Minister Bodmann erklärte im bairischen Landtage, er stehe auf dem Standpunkte, daß nicht Arbeitskammern, sondern Arbeiterkammern zu wünschen seien; von da aus, sagte er, kann man nachher zu paritätischen Institutionen, zu Arbeitskammern kommen. Er verwarf auch durchaus das indirekte Votkommen ungenügende Wahlverfahren und erklärte, er sei der Meinung, zu den Arbeiterkammern müßte die geheime, direkte Wahl nach dem Proportionalverfahren stattfinden. Auch hier sehen Sie wieder, wie sehr die süddeutschen Staatsmänner über denen in Berlin stehen. Die Dinge, die man hier als sozialdemokratisch ausgibt, werden dort von den leitenden Männern der Regierung empfohlen. Weiter sind die Arbeiter durch das Vereins- und Versammlungsgegesetz enttäuscht worden. Der Sprachenparagraph verhandelt, daß die ausländischen Arbeiter ausgeschlossen sind und von der Schmutzkonzurrenz abgehalten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere Enttäuschung liegt in der Maßregel, welche den ausländischen Arbeitern einen

Legitimationszwang

aufgelegt hat. Diese Anbelegung richtet sich nicht nur gegen die ausländischen Arbeiter, sondern auch gegen die heimischen; denn dadurch, daß Sie die ausländischen Arbeiter so knebeln, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen annehmen müssen, wie der Arbeitgeber sie bietet, daß sie an eine Eringung besserer Löhne gar nicht denken können, dadurch wird auch der heimischen Arbeiterschaft eine Schmutzkonzurrenz auf den Hals gesetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber auch ein schwerer Verstoß gegen die Reichsverfassung, deren Artikel 1 die Freizügigkeit, das Paßwesen, die Fremdenpolizei der Beaufsichtigung des Reiches und seiner Gesehung unterstellt. Das ist auch notwendig, weil diese Dinge weit über die Grenzen eines Landes in ihrer Bedeutung hinausragen. Aber die preussische Regierung und die preussische gesetzgebende Körperschaft scheut nicht davor zurück, fortgesetzt vom Landesrecht aus ins Reichsrecht überzugreifen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur an die verschiedenen Verjude, das Freizügigkeitsrecht für jugendliche Arbeiter einzuschränken, das Koalitionsrecht einzuschränken und an die Bestimmungen über die Schiffsabgaben. Da berührt es doch eigentümlich, wenn der Kanzler

Kleines feuilleton.

**Zum Versteinen.** Die Natur hat keine Geschichtsschreiber, die uns ihren Werdegang erzählen, überall aber hat sie kleine Museen und Märchenabenteuer angelegt, deren genaues Studium den Bericht des Überlieferers ersetzt. Wir nehmen an, daß die Versteinenwälder auf einem jetzt unter das Meer gesunkenen Küstenstreif der skandinavischen Küste standen. Die Bäume waren Nadelbäume, unseren Kiefern verwandt. Aber das lösbare Holz, das aus ihnen mit Flechten, Laub- und Lebermoosen bewachsenen, von Löcherlöchern durchlöchernten Stämmen ausfloß, hat als Karitäten zahlreiche Blätter, Blüten und Früchte eingeschlossen, die uns berichten, daß damals auch Sumpfpflanzen und Algenstängel, Eichen, Gabelastanien, Buchen, Eichen- und Fichtenzweige, Magnolien, Drogen, Zedern, Fächer- und Fiedelpalmen und eine Menge anderer Gehölze und Blumen unter den Nadelbäumen wuchsen. Ein solches Vegetationsbild zeigt heute noch Japan. Die Versteinenwälder tausend Jahrtausende hindurch an der Küste in jener früheren Stufe der Tertiarzeit, die von den Geologen den Namen Oligocäne erhalten hat. Mit den mannigfachen Gewächsen, deren Reste im Versteinen gefunden wurden, haben sich vornehmlich Goppert, Sappary und v. Contzen beschäftigt. Contzen stellte nach eingehender Forschung fest, daß in den Baumwipfeln des Versteinenwaldes Parasiten aus der Verwandtschaft der Misteln und Vorantzen (Schmaroten), daß ihre Stämme von Spechten angegriffen, von Holzbock und anderen Holzinsekten angebohrt und von einem noch jetzt lebenden Löcherwurm (Polyporus vaporarius) vertrotet wurden. Auf Grund der chemischen Untersuchungen Helms (Danzig) wird jetzt der echte baltische Verstein als Succinit von ähnlichen fossilen Harzen unterschieden; er stammt vom Harz der Versteinenkiefer Pinus succinifera. Contzen läßt unentschieden, ob die Versteinenbäume unseren Fichten oder unseren Kiefern näher standen, da die mikroskopische Untersuchung der Holzröhre keine entscheidenden Merkmale liefert. Die Bezeichnung Versteinenkiefer verdankt der Baum lediglich dem Umstande, daß die Kiefern heute sich meist durch größeren Harzreichtum auszeichnen. Die Versteinenwälder wurden, vom Meere verschlungen, unter bläulichen Sandablagerungen begraben. Während der Diluvialzeit (Glacialzeit) wurde der Verstein von seiner ursprünglichen Lagerstätte weiter nach Süden, ein Teil nach der Ostküste des Samlandes zwischen Königsberg und Elbing geführt; doch findet sich Verstein auch am Strande der Nordsee und über die ganze norddeutsche Ebene zerstreut bis an den Fuß der deutschen Mittelgebirge; in Schlesien selbst noch in den Lägern des Waldenburger und Wiesengebirges bis zu einer Höhe von 425 Meter. Früher nahm man an, der Verstein sei durch Meeresfluten fortgeschwemmt worden; heute herrscht die Ansicht, daß der Transport im Gletscherereise geschehen ist.

Humor und Satire.

Preußenhymne.

Ich bin ein Preuße; dieses will besagen,  
Daß ich ein Untertan, jedoch kein Mann,  
Und daß der Volkstrost mich packt beim Kragen,  
Weil ich den Staat ums Reichstagswahlrecht an.  
Doch blüht mir in die Ferne,  
Dann konstatiert ihr gerne,  
Daß man in Preußen — wie die Brust sich hebt! —  
Noch etwas freier als in Haiti lebt.

Ich bin ein Preuße; na, Du weißt ja, Vebel,  
Daß wir ein Staat von ganz besond'rer Art;  
Dreieinig walten hier der Schutzmannsängel,  
Das fromme Väters und der Gahndart.  
Und wenn die Wahlrechtschranken  
Im Süd und West auch wanken,  
Uns schätzt die Pleme vor der Gleichheitspest;  
Wir halten am Dreiklassenwahlrecht fest.

Und weil ich Preuße, drum beglückt auf Erden  
Mich nur die eine hohe Ideal,  
Daß einst zur Trainalserne möge werden  
Am Königsplatz der deutsche Reichstagsaal.  
Welch' seliges Entzäden  
Für mich, wenn auf dem Rücken  
Der Bayern selbst die derbe Junkerfaust  
So ungeniert wie auf dem meinen haust.

Erbdolm.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Schiller-Theater O. wird Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“ einstudiert. Die erste Aufführung findet Mittwoch, den 1. April, statt.  
— Bühnenchronik. Elise Lehmann tritt am Montag zum erstenmal wieder im Lessing-Theater in Jbrens „Vor-mum“ auf. — Lina Loffen vom Münchener Hoftheater ist von 1910 ab an das Berliner Lessing-Theater engagiert worden.  
— Musikchronik. Im Bürgerlaale des Verlinschen Rathhauses findet am Sonntag ein Mozart-Abend statt. Eröffnet wird der Abend durch einen einleitenden Vortrag von Dr. Burckhardt. — Das Komitee für Jugendkonzerte wird als 100. Veranstaltung die „Schöpfung“ von Haydn bringen, und zwar am Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, in der Garnisonkirche. Neue Friedstraße. Es werden mit der Mozart-Chor und das Neue Sinfonie-Orchester, unter der Leitung von Max Battke, Einhaltungen zu 50 Pf. sind bei allen Schulvorständen, ferner beim Rüstler der Garnisonkirche und bei dem Komitee, W. Neue Winterfeldstraße 48, zu haben.

— Wir haben ihn wieder, „unseren unergiebigen Siegmund Lautenburg“. Nachdem er mit dem Wiener Thalia-Theater so schnell fertig geworden ist und da in Wien sonst kein Bedarf an Lautenburgern zu sein scheint — das Wiener Theater wird von den Budapestern besetzt — wird er Berlin wieder beglücken mit seinen „künstlerisch-direktorischen Fähigkeiten“, wie ein Theaterjournalist so schön zu erzählen weiß. Siegfried bringt alles mit, Geld, Wagemut und — eine vollständige Ebrenerklärung des Deutschen Bühnenvereins, die ihm unter den Schauspielern so leicht niemand diskontieren wird.

— Neue Bücher. Unter dem Titel: „Vom Urtier zum Menschen“ beginnt in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart ein Bilderatlas großen Formats zur Abstammungs- und Entwicklungs-geschichte des Menschen zu erscheinen. Der begleitende Text ist von Dr. R. Guenther. Das Werk, das auf der Basis moderner Naturforschung beruht, bietet ganz vortrefflich gelungene Tafeln. Es wird zwanzig Lieferungen a 1 M. umfassen.

— Einen deutschen Flugmaschinenpreis im Betrage von 40000 M. hat ein Mannheimer Fabrikant für Wettbewerbe auf dem Tempelhofer Felde gestiftet. Zugelassen sind nur deutsche Fabrikate.

— Der Wettkampf der Flugmaschinen. Aus Paris wird berichtet: Alltäglich ziehen jetzt die Flugversuche von Henri Farman und Léon Delagrè eine große Zahl von Zuschauern auf das Manöverfeld von Jh-lès-Moulineux und es hat sich ein richtiger Wettkampf zwischen den beiden entwickelt, bei dem ein nahezu gleicher Stand erreicht ist. Am Dienstag blieb Delagrè 3 Minuten und 20 Sekunden in der Luft und legte so eine Strecke von 3200 Metern zurück, während Farmans längster Flug bisher 3 Minuten 47 Sekunden gedauert hatte. Farman, der am Nachmittag nur einen Flugversuch unternahm, konnte sich 3 Minuten 20 Sekunden in der Luft halten, erreichte jedoch eine Höhe von 8 bis 10 Metern, in der er das ganze Manöverfeld überflog. Die Lösung des Flugproblems liegt jetzt in der Konstruktion des Motors und zwar besonders in der Kühlvorrichtung. Bisher haben beide Motore Wasserkühlung; die Notwendigkeit, neues Wasser aufzunehmen, war in den meisten Fällen der Grund, weshalb die Führer den Flug unterbrechen und wieder auf den Boden zurückkehren mußten.

— Der wanderlustige Storch. Die Vogelwarte in Rositten hat im vergangenen Sommer eine große Anzahl Störche, Neben und auch an 1000 Störche mit einem Fähringe versehen lassen, um damit wissenschaftliche Beobachtungen über den Vogelzug zu ermöglichen. Eine Möbe mit dem Rosittener Storch ist nun bereits im Innern von Tunis und ein Rosittener Storch ist gar in Südafrika erlegt worden. Soweit reist also Rositter Langbein.



gestern hier sagte, er werde streng darüber wachen, daß Reichs- und Landesangelegenheiten sauberlich auseinandergehalten werden. Es wäre ja dankenswert, wenn er strengstens darüber wachte, daß dieses Durcheinander zwischen preussischen Landesregierungen und Reichstag endlich einmal aufhöre. Die Tatsache besteht, daß der preussische Landtag sich in einer ganzen Reihe von Fällen gegen den Reichstag gestellt hat, und daß dabei die Sanktionierung der preussischen Regierung und des preussischen Ministerpräsidenten gefunden hat, der ja im Nebenamt auch Reichsminister ist. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Struktur des Reiches ist ja darauf angelegt, ein solches Durcheinander zu etablieren; in der Person des Reichsministers, in der Personalunion von Reichsminister und preussischem Ministerpräsidenten ist dieses Durcheinander ja am deutlichsten repräsentiert.

Der preussische Einfluß im Bundesrat ist so stark, daß gegen Preußens Willen im Bundesrat absolut nichts durchgehen kann. Das illustriert weiter das Durcheinander von Reich und Preußen. Aber ein Vorgehen muß noch viel schärfer illustriert werden als bisher gesehen ist: alle Entwürfe, die in irgend einem Reichsamt ausgearbeitet werden, gehen im ersten Stadium ihres Lebens zunächst dem betreffenden preussischen Ressortminister zu, bevor sie dem Bundesrat vorgelegt werden. Im Fall Oldenburg ist das bestritten worden. Aber alle Dementis haben nicht die Hauptsache betroffen, daß alle Gesetzentwürfe im ersten Vorbereitungsstadium in preussischen Ressorts zur Begutachtung unterbreitet werden. Das ist ausdrücklich in zwei Dekretentwürfen noch jüngst im Reichstage mitgeteilt worden. Der Staatssekretär des Reichsamt, Dr. Nieberding, sagte am 12. Februar d. J., daß er das Automatische dem preussischen Ministerium vorgelegt habe, und sobald von dieser Seite keine Einwendungen erhoben würden, es dem Bundesrat vorlegen würde. Am 20. Februar erklärte er dasselbe für die neue im Reichsjustizamt fertiggestellte Strafprozessordnung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sobald Einwürfe des preussischen Justizministeriums nicht erhoben würden, würde auch diese Vorlage unterweilt an den Bundesrat gelangen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Für dieses Vorgehen findet sich in der Verfassung nicht die geringste Unterlage, im Gegenteil es ist vollkommen verfassungswidrig.

Aber Effekt und Absicht dieses Vorgehens liegen auf der Hand. Dadurch, daß die preussischen Ressortminister die Möglichkeit erlangen, vor allen anderen bundesstaatlichen Ministern zu den Entwürfen Stellung zu nehmen, können sie auf die noch weichen Gebilde einen weit tieferen Eindruck ausüben, als alle anderen Regierungen im Bundesrat. Die anderen Bundesstaaten haben geradezu die Pflicht, gegen dieses Verfahren der Reichsbehörden zu protestieren. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Solchen Protest sind sie ihrem eigenen Lande schuldig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Tatsache ist die Behauptung, daß Deutschland ein föderalistischer Staat mit gleichen Rechten seiner Glieder sei, nur formal richtig. In Wahrheit ist

#### Deutschland eine preussische Hegemonie.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Preußen herrscht in allen wichtigen Fragen vor. Wenn Bayern, Württemberg, Baden oder Hessen in solcher Weise in die Reichsgeschichte eingreifen wollten, wie die preussische Regierung und der preussische Landtag das wiederholt getan haben, würde wahrscheinlich die Exekution gegen sie beantragt werden. (Heiterkeit.) Aber Preußen steht in dieser Beziehung auf einem anderen Fuß. Die letzte Erklärung dieses Einflusses liegt in der Struktur der preussischen Verfassungs- und Gesetzgebungsmaschine, in dem elenden Wahlsystem, das in Preußen herrscht. Schon daraus geht hervor, wie wenig ernsthaft sich der Standpunkt aufrecht erhalten läßt, daß die Zusammensetzung der preussischen Landesvertretung Deutschland nichts angehe. Nein, das ganze Reich bekommt das Dreiklassenwahlrecht zu kosten, das ganze Reich muß es ausbaden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Reichsregierungen haben nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, an der Befestigung dieses Wahlrechts mitzuwirken. Die preussische Wahlreform ist die Grundlage der weiteren Entwicklungsmöglichkeit des deutschen Volkes. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsminister meinte, daß bei der Verschiedenheit der einzelnen Bundesstaaten eine Angleichung ihres Wahlrechts nicht angebracht sei. Aber gerade diese verfassungswidrliche Verschiedenheit ruft fortgesetzt die schwersten Reibungen in Deutschland hervor. Die ganze Reichsverdrossenheit ist nichts als der Ausdruck der Disharmonie in der Zusammensetzung der Landesvertretungen. (Abg. Kreth ruft: Hört, hört!). Dem Abg. Kreth ist das natürlich ganz neu. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn er die älteren Verhandlungen des Reichstages kennen würde, würde er wissen, daß schon 1881 (Juraus des Abg. Kreth: Damals waren Sie ja auch noch nicht da!) ein Antrag Bismarck hier im Hause beraten wurde, die Landesvertretungen in den deutschen Staaten auszugleichen. Damals war es kein anderer als der deutsche Historiker Treitschke, der erklärte, daß, wenn das Reich Bestand haben sollte, die Einzelstaaten auf eine gleiche Grundlage gestellt werden müßten. Das ist auch unsere Auffassung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsminister berief sich auf die Schweiz und Nordamerika, wo Kantons- und Bundesangelegenheiten auf streng getrennten Füßen. Auf genau dieselben Beispiele hat sich Treitschke in dieser Rede berufen. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade bei der großen Verschiedenheit der einzelnen deutschen Bundesstaaten wie in der Schweiz und Amerika wenigstens die einzelnen Bundeskörper gleich organisiert sein müßten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Auffassung hat Anhänger also auch in den Kreisen der Leute, die sonst nicht zu uns gehören. Solange die Dissonanz zwischen dem Reich und Preußen nicht beseitigt ist, kann von einer liberalen Ära im Reich nicht geredet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie ist eine platte Unmöglichkeit, solange in Preußen ganz andere Zustände das Heft in den Händen halten, und nicht dulden, daß der preussische Ministerpräsident liberal regiert. Selbst die optimistischsten Liberalen haben ja das in den letzten Wochen einsehen müssen. Wir haben vor wenigen Tagen hier eine scharfe und präzise Aufkündigung gegen den Reichsminister aus dem Munde des Abg. Kaufmann vernommen. Aber er ist es nicht allein und ich will mich auf keinen weiteren Redner vom linken Flügel des Freisinnus berufen, sondern auf das Zeugnis eines Mannes von der anderen Seite der freisinnigen Volkspartei, der hier auch dem Hause angehört. Der hat am 17. Februar 1908 in einer Wählerversammlung gesagt: „Wo ist die Begeisterung geblieben, die bei den letzten Wahlen namentlich die Jugend ergriff? Sie ist tot gemacht worden durch eine Regierung, die

#### jedes Vertrauen erlösen muß.

Der Reichsminister hat am 10. Januar den Freisinn schroff bedrückt. Es ist geradezu unverständlich, wie er, der das Wahlsystem zum Reichstage gesichert hat, sich jetzt gegen das geheime Wahlrecht so schroff hat aussprechen können. Seine Wahlrechtsklärung war der Bruch des Versprechens, das er den Liberalen am 4. Dezember gegeben hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden nicht bis ans Herz hinan ihn unterstützen bei den Gesetzen, die im Sinne des Liberalismus sind, ihn aber in allen übrigen entschieden bekämpfen.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wissen Sie, wer so gesprochen hat? Der Herr Abg. — — — Dr. Mugdan. (Große, langanhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Der Reichsminister hat sich gestern noch einmal einnehmend über die preussische Wahlrechtsfrage ausgesprochen. Ich hatte den Eindruck, als ob er gestern die positiven Seiten seiner Erklärung mehr herausheben wollte, weil er inzwischen gewußt hat, daß seine Erklärung vom 10. Januar die Kombination, auf der jetzt seine Politik beruht, aufs schwerste löst, und daß darauf hin ein Mann nach dem andern von der linken Seite des Blocks abbröckelt. Darum

hat er Worte gebraucht, die in seiner Erklärung im preussischen Landtage nicht standen. Während er dort von Ermägungen über die Wahlreform sprach, hat er gestern eine gründliche Reform des preussischen Wahlrechts bestimmt in Aussicht gestellt. Aber um das Vertrauen zu dem Liberalismus des Reichstages wiederherzustellen, reichen Worte nicht mehr aus, da müssen Tatsachen kommen, wirkliche Tatsachen, sonst glaubt kein Mensch mehr daran. (Heiterkeit.) Das der Reichsminister über das Reichstagswahlrecht gesagt hat, hat übrigens den Hoffnungsdimmer in seiner Rede nicht verstickt, sondern ausgetilgt. Wir denken nicht daran, eine Kritik des Reichstagswahlrechts zu verbieten. Aber der Reichsminister selbst wird von sich nicht glauben, daß er ein Abgeliebter ist. (Heiterkeit.) Wenn er das Fundamentaltat der deutschen Volksvertretung von dieser Stelle aus kritisiert, wie er es gestern getan hat, so muß und wird das politische Renouveau haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsminister tadelte die Gleichheit und leichte Zugänglichkeit des Reichstagswahlrechts und erörterte die Gedanken einer Verlängerung des Kufenhaltes oder einer Pluralgestaltung. Als er so redete, hatte ich den Verdacht, daß er vielleicht den Weg gehen will, auf den seit Jahren Schr. v. Jedlitz hinweist: als Kompensation für das preussische Wahlrecht eine

#### Verflechtung des Reichstagswahlrechts

zu verlangen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen würde sich im deutschen Volke ein solcher Protest erheben, daß die Regierung es nicht zuzulassen bringen würde, diesen Plan zu realisieren. Das Reichstagswahlrecht ist eine Institution, die sich das deutsche Volk nicht mehr aus der Hand nehmen läßt. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wenn etwas daran geändert werden soll, so kann es nur in der Richtung auf ein wirklich gleiches Wahlrecht geschehen. Denn heute ist das Reichstagswahlrecht ein Pluralwahlrecht zugunsten der agrarischen Bezirke, wo jeder Wähler zehnmal soviel Wahlrecht hat wie in den Großstädten. Nur daraus beruht ja auch die Mehrheit des Reichstages. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nur eine Mehrheit der Mandate, keine Mehrheit der Wähler. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nahezu eine Million Stimmen mehr haben bei der letzten Reichstagswahl gegen die Stimme des Reichstages votiert. Hier sollte das Reichstagswahlrecht reformiert werden, um diese Ungleichheit zu beseitigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsminister meinte, daß das Reichstagswahlrecht keine Rücksicht nähme auf die politische Bildung, daß kein Wahlrecht politische Erziehung so wenig berücksichtige, wie das Reichstagswahlrecht. Ich mache mich anheischig, ihm ein anderes Wahlrecht zu nennen, das sie noch weniger berücksichtigt, das preussische Dreiklassenwahlrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Reichstagswahlrecht hat der Professor wenigstens ebenso viel Einfluss wie irgend ein Millionär, unter dem Dreiklassenwahlrecht ist die ganze Intelligenz, die ganze geistige Arbeiterschaft, die nur auf ihr Gehalt angewiesen ist, in die dritte Klasse hineingepreßt. (Lebhaftes Zustimmung.) Sie hat ein schlechteres Wahlrecht, als zum Reichstag und ein hundertmal schlechteres als ein Grundbesitzer oder jemand, der auf noch unfaubere Weise Millionen zusammengehäufert hat. Der Reichsminister z. B. wird für sich ein hohes Maß politischer Einsicht und Erfahrung beanspruchen, und sein Beruf bringt ja eine ganze Menge politischer Kenntnisse mit sich. (Heiterkeit.) Gleichwohl wählten, wie Graf Posadowsky und feinergerichtet erzählt hat, der Reichsminister Fürst Hohenlohe und er selbst mit ihren Partnern zusammen in der dritten Klasse. (Heiterkeit und Hört, hört! links.) Jedes junge Bürschchen aber, das durch einen Erbfall Millionär geworden ist, kann in der ersten Klasse wählen. Der Reichsminister Fürst Bismarck selbst würde, wenn er nicht zufällig in glücklichere Vermögensverhältnisse gekommen wäre (Heiterkeit), auf Grund seines Gehalts in der dritten Klasse wählen, bei den Leuten minderen politischen Urteils, wählen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Da Graf Posadowsky nicht mehr von dieser Stelle aus sprechen kann, will ich mich einen Augenblick zu seinem Sprachrohr machen. Er sagte und nichts davon, daß das plurafraktische Landtagswahlrecht eine Bevorzugung der politischen Erfahrung und Intelligenz bedeutet. Der Befehl sei kein Vorzug, und kein Verdienst, sondern meist nur eine angenehme Tatsache. (Heiterkeit.) Graf Posadowsky sprach nichts von den politischen oder sittlichen Werten, die mit dem großen Vermögen verknüpft seien. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur der Befehl wird aber durch das preussische Wahlrecht privilegiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die Arbeiter in Industrie und Handwerk, auch alle geistigen Berufsarbeiter, die Beamten, die Angestellten in kaufmännischen Betrieben usw. sind genau so entrechtet wie die Arbeiter. In Berlin machen sie 90 Prozent der Bevölkerung aus, die, wenn sie alle zusammenhalten, nicht in der Lage sind, einen Abgeordneten durchzubringen, gegenüber dem besserbemittelten 10 Prozent. Die sonne angeht dieser Tatsache der Reichsminister im preussischen Landtage erklären, daß durch das preussische Wahlrecht der Einfluss des Mittelstandes gesichert werde. Der ganze Mittelstand kommt bei diesem Wahlrecht ebenfalls unter den Schlitzen, der Reichsminister müßte denn annehmen, daß der Mittelstand bei den Leuten anfängt, die in Berlin über 8000 M. Steuer im Jahre zahlen. Es handelt sich also hier um Privilegienrecht einer kleinen Klasse. Es war auch kein besonderes Kompliment für den Reichstag, wenn der Reichsminister meinte, bei dem Reichstagswahlrecht werde die Intelligenz nicht genügend berücksichtigt. Will er etwa behaupten, daß das intellektuelle Niveau des Reichstages unter dem Dreiklassenparlament liegt? Ja, will zu seinen Gunsten annehmen, daß er das nicht im Ernst gemeint hat. Der Reichstag aber muß sich dagegen verwahren, daß durch solche Definitionen der Ansicht erwidert wird, als ob der Reichstag infolge seines Wahlrechts minderer Intelligenz sei. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsminister hat weiter betont, daß das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht eingeführt werden könne, weil der Landtag die Schulangelegenheiten zu besorgen habe. Wenn man an diesen Punkt rührt, an die Tätigkeit des preussischen Dreiklassenparlamentes auf dem Gebiete der Schule und des geistigen Lebens überhaupt, so muß dem gebildeten Deutschen die

#### Schamröte ins Gesicht steigen.

(Lachen rechts. Sehr gut links.) Daran, daß der Reichsminister diesen Punkt berührt hat, muß ich den Schluß ziehen, daß er auch in seinem innersten Wesen auf dem Boden der äußersten Reden steht und nicht die Empfindung hat, die jeder auch nur mäßig liberal gerichtete Mann haben muß, wenn er an diese Schulpolitik Preußens denkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit seiner Erklärung gegen die geheime Wahl in Preußen hat sich der Reichsminister in vollständigen Widerspruch gesetzt zu seinem Vorgehen im Reich, wo er zum wenigsten die Absicht gezeigt hat, das Wahlsystem zu schützen. In Wirklichkeit hat ja jene Vorlage das Wahlsystem nicht geschützt, sondern es zerstört. (Auf rechts: Aufheben!) Seine Wirkung ist genau in das Gegenteil umgeschlagen. Wer sich davon überzeugen will, — (nach rechts) Sie sind ja davon überzeugt (Abg. Kreth ruft: Fällt uns gar nicht ein!) — der nehme nur die Akten der Wahlprüfungskommission aus konservativen Wahlkreisen zur Hand. Dann wird er zur Überzeugung kommen, daß durch die Einführung der Wahlreform in den ländlichen Wahlkreisen tatsächlich jeder Wähler mit Gewißheit auf seinen Stimmzettel hin kontrolliert werden kann. Dafür ist Material in den Wahlprotokollen massenhaft vorhanden. (Widerspruch rechts.) Es liegt ja auch auf der Hand, man braucht nur in Pappstücken oder ähnlichen Gegenständen Wahlzettel der Reihe nach zu erdnen und eine Liste der Wählenden zu führen, um bei der Öffnung der Kurberts die Abstimmung jedes einzelnen festzustellen. Es ist mir wiederholt erzählt worden, daß nach dem neuen Wahlgeseß die Wähler auf dem Lande nicht mehr sozialdemokratisch wählen könnten, ohne kontrolliert zu werden. (Lachen rechts.) Daß das Geseß so gewirkt hat,

dafür spricht vor allem die Tatsache, daß Sie (nach rechts) gegen die Einführung von Wahlurnen sind. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen die Wahlurnen nicht, weil Sie die geheime Wahl nicht wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichsminister es also ehrlich meint mit der Sicherung des Wahlsystems, so muß er die verbündeten Regierungen veranlassen, schleunigst eine

#### Vorlage auf Einführung von Wahlurnen

einzubringen. — Nun hat der Reichsminister die Liberalen mit den Folgen der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen einschüchtern gesucht. Er meinte, die Folge werde sein das rote Meer, in dem diejenigen ertränken, die keinen Moses und Aaron zu Führern haben. (Heiterkeit.) Damit hat der Reichsminister das Zugeständnis gemacht, daß die große Mehrheit des Volkes bei diesem Wahlrecht sozialdemokratisch abstimmt. Das ist ein sehr wichtiges Angebots, daß die Sozialdemokratie die große allgemeine Kulturbewegung der arbeitenden Klassen ist, die nach oben streben. Dies Streben, das Herr von Bethmann-Hollweg im preussischen Landtag fördern wollte. Wenn es gefördert werden soll, so kann es nur auf dem Wege geschehen, daß man den breiten Volksmassen das allgemeine Wahlrecht gibt, damit sie voll teilnehmen können an den öffentlichen Angelegenheiten. Wir wollen ein Wahlrecht, das ein genaues Abbild der politischen Auffassungen des Volkes ist, deshalb sind wir ja für das Proportionalwahlrecht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Forderung beweist, daß wir an nichts weniger denken, als an eine Terrorisierung ganzer Volksmassen. Wir wollen den ganzen politischen Kampf gewinnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Diejenigen, die die Öffentlichkeit der Wahl aufrecht erhalten wollen, aus materiellen Gründen, halten damit das System der

#### politischen Korruption

aufrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das allgemeine Wahlrecht kommt durchaus nicht nur den sozialdemokratischen Arbeitern zugute, sondern 80—90 Prozent des deutschen Volkes, die durch das heutige System entrechtet sind. Daher denken auch die christlichen und nationalen und auch die freisinnigen Arbeiter in dieser Frage genau so, wie die sozialdemokratischen. Noch in letzter Zeit hat ein christliches Blatt, „Die Arbeit“, den 10. Januar als einen nationalen Unglückstag bezeichnet. Die ruhige Entwicklung sei jetzt in Frage gestellt; in dem heutigen Wahlrecht zum preussischen Landtag liege auch nicht der Funke von Gerechtigkeit. Ähnlich heißt es in einem Aufsatze der Hirsch-Dunderschen Arbeiter, der von einer schweren Enttäuschung der Arbeiterschaft außerhalb der Sozialdemokratie infolge der Erklärung vom 10. Januar spricht. „Wo der Reichsminister kann diese Frage nicht zu einer spezifisch sozialdemokratischen machen, nein, es handelt sich hier um einen Volkskampf, der gerichtet ist gegen den Klassenkampf der preussischen Konservativen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Da man uns einen Vorwurf daraus macht, daß wir behaupten, die großen politischen Bewegungen seien im Untergrunde bedingt durch die großen wirtschaftlichen Interessen einzelner großer Volksklassen, so liefern die Konservativen in Preußen den klassischen Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung. Sie führen selbst den schärfsten Klassenkampf, ihr Wahlrecht trägt ja den Namen: Dreiklassenwahlrecht. Der Reichsminister kämpft diesen Klassenkampf der Junker mit, wenn er sich auf den Standpunkt des preussischen Wahlrechts stellt. Der Reichsminister hat eine Neufassung des Wahlrechts in Preußen gerichtet, als ob Bebel wüsste, daß Preußen vom Erdboden verschwände. Das ist eine groteske Auffassung unserer Stellung. Wir denken natürlich nicht daran, und am wenigsten Bebel, der ja selber Preuze ist, in dieser Frage einen Gegensatz aufkommen zu lassen zwischen der Sozialdemokratie und dem preussischen Volke. Wir vertreten vielmehr die Rechte der Massen des preussischen Volkes gegen die

#### regierende Klasse in Preußen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß der Klassenkampf der Junker ein brutaler genannt werden muß, beweist das Vorgehen der preussischen Regierung gegen den friedlichen Versammlungsbetrieb zur Demonstration für das Reichstagswahlrecht. Wir haben wiederholt erklärt, daß der „Vorwärts“ erst kürzlich noch schrieb: „Kein normaler Mensch von politischem Verständnis kann der Sozialdemokratie bei ihren Demonstrationen gewalttätige Absichten zutrauen. Aber Sie (nach rechts) wollen die Welt an solche Absichten glauben machen, um ein gewaltsames Vorgehen Ihrerseits zu rechtfertigen. Berlin hat am 18. März mit seinen Haufen von heruntergekommene Schulheuten, von bezittenen Patrouillen den Anblick einer Stadt

#### im Belagerungszustande.

Tatsächlich herrscht ein permanenter Kriegszustand der preussischen Regierung gegenüber dem preussischen Volke. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man droht dem preussischen Volke mit der Anwendung von Waffengewalt, wenn es seinen Willen auf Änderung des Wahlrechts öffentlich bekundet. Dieser permanente Kriegszustand im Innern gibt der ganzen politischen Lage sein Gepräge. Es ist ein Zustand, der auch die auswärtige Lage Deutschlands sehr schädigen muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der tiefe Riß zwischen Süddeutschland und Norddeutschland erweitert sich von Jahr zu Jahr in dem Maße, als im Süden das Wahlrecht demokratisiert wird. Die Kluft zwischen den breiten Massen des Volkes und der Regierung ist so stark, daß diese bei dem geringsten Anlaß Polizei und Militär aufziehen muß. Das ist ein Ausfluß der Regierungswelt, die in dem Casarenorte gipfelt: oderint dum metuant — mögen sie mich lassen, wenn sie mich nur fürchten.

#### man verläßt sich auf die Bajonette.

Aber man sollte daran denken, daß diejenigen, die die Waffen tragen, mit zu den Entrechteten gehören, und daß die, welche „Hoch das Wahlrecht!“ rufen, dieses Wahlrecht auch den Schulheuten und dem Militär geben wollen. Meinen Sie, daß diese Einsicht auf die Dauer aus den Köpfen deren, die die Waffen tragen, ferngehalten sein wird? Man wird nicht auf die Dauer auf Bajonetten sitzen können. (Sehr wahr! links — Gelächter rechts.) Dem oderint dum metuant möchte ich einen anderen Satz gegenüberstellen, der einmal in der preussischen Nationalhymne stand; er soll ja jetzt aus den Schulbüchern entfernt worden sein: „Nicht Moß, nicht Keßige, sichern die heile Höh, wo Fürsten steh'n“. Das ist eine politische Weisheit von bestem Wert als jener Bärenspruch, in dessen Sinn man dem preussischen Volke mit Gewalt gedrückt hat. Ich erinnere nur an die bekannte Alexandrinerrede. Es ist das ein bedauerliches Verhältnis zwischen der Regierung und Preußen, und es ist auch nicht das allgemeine Verhältnis, sondern ein spezifisch deutsches Verhältnis, das sich erklärt aus dem Kulturniveau Ostdeutschens. (Lachen rechts — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der künftige Träger der bayerischen Krone, Prinz Ludwig, ist in Bayern für ein gerechtes Landtagswahlrecht, sogar für die Einteilung der Wahlkreise nach dem Bevölkerungszuwachs und auch für die geheime Wahl eingetreten. Er hat dabei auch einen Wink gegeben, der wohl noch Berlin gerührt war. Er sprach von auswärtigen Staaten, die ein verfallenes Wahlrecht hätten, und meinte damit jedenfalls Preußen. (Lachen rechts, Anrufe: Hamburg, Lübeck!) Hamburg und Lübeck hätten ihr Wahlrecht nicht verfallener, wenn sie nicht Preußen als Maßstab genommen hätten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Berlin scheint man aber von solchen Ansichten, wie sie Prinz Ludwig geäußert hat, sehr weit entfernt zu sein. Die Folge wird sein, daß jede ruhige Entwicklung in Preußen gefährdet wird, daß die Gegensätze sich immer mehr zuspitzen. Ich erinnere an den Ausspruch eines früheren Regenten: „Der Regent muß sich in die Lage des Landmannes, des Handwerkers versetzen — heute würde er sagen, des Arbeiters —, und sich dann fragen: wenn Du in dieser Klasse von



Menschen geboren wärest, deren ganzes Kapital in ihren Händen bestünde, was würdest Du von dem Regenten verlangen? Diesen Grundhahn sollte der Herr Reichszangler auch der allerhöchsten Stelle nahelegen und ihn selber akzeptieren. Wenn die preussische Regierung das tun will, was im Interesse Preußens und im Interesse des ganzen Reiches liegt, so muß sie dem nachkommen, was das werktätige Volk in dieser Frage erwartet. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schrader (rs. Vg.):

Die Finanzpolitik des Reiches hat zu ungeheurer Verschuldung des Reiches geführt. Nicht einmal den Beamten konnten die versprochenen Zulagen gemacht werden. Die Finanzreform ist verschoben worden; wenn man an sie herangeht, wird sich herausstellen, daß sie ohne direkte Reichssteuern gar nicht durchführbar sein wird. Bei den ständig wachsenden Ausgaben werden mindestens 300 Millionen Mark noch notwendig sein, die man unmöglich durch indirekte Steuern noch aufbringen kann. Aber alle Finanzreformen werden nichts helfen, wenn wir nicht endlich lernen, uns nach der Deede zu strecken. Dazu kann der Reichstag so gut wie nichts tun; dagegen muß der Bundesrat dafür sorgen, daß die Ausgaben nicht beständig gesteigert werden. Auf die Dauer kann kein Volk das dauernde Hinabschrauben der Ausgaben für Rüstungen ertragen. Da muß endlich Halt gemacht werden. Dann könnte eine vernünftige Finanzreform durchgeführt werden, welche Einnahmen und Ausgaben dauernd ins Gleichgewicht bringt. Das Bestehen des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, das die große Masse vom Einfluß ausschließt, bildet der Sozialdemokratie fortgesetzten Agitationsstoff. Man soll doch nicht davon sprechen, daß eine Aenderung dieses Wahlrechts eine revolutionäre Maßregel wäre. Die revolutionärste Maßregel in Preußen war die Befehlgebung des Freiherrn v. Stein, und gerade sie hat das elende Preußen in den Stand gesetzt, die Fremdherrschaft zu brechen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Möge der Reichszangler dafür sorgen, daß die Klasse des Volkes nicht dauernd das Gefühl des erlittenen Unrechtes hat. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Bebel (Soz.):

Ich kann mich nicht entsinnen, daß wir jemals seit dem Reich bestanden, einen Etat gehabt haben, der ein so trauriges Aussehen hat wie dieser; daß ein Etat möglich geworden ist, dessen regelmäßige Ausgaben nicht von den regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden, ist noch nicht dagewesen. Kein anderer als Richter hat jederzeit dagegen protestiert, daß der Reichstag Ausgaben beschloß, ohne daß noch die Deckung dazu vorhanden war. Jetzt aber ist das Sozialagen Rebe geworden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man muß sagen, daß die verbündeten Regierungen und der Reichstag geradezu kaputt

gewirtschaftet haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie können die Schuld nicht den Regierungen zuweisen, denn der Reichstag hat genau so schuldig wie die Regierung. Alles Neben von Steuern und Einkünften hat gar keinen Sinn, solange dem Reben nicht die Lagen folgen. Der Vortrager hat sich darauf berufen, daß der Reichszangler vor einem Jahre in seiner Progammerede angeführt hat, er denke auch daran, im Militäretat Ersparnisse zu machen. Daß dieses Wort wie so manches andere in diesem Etat seine Einlösung nicht gefunden hat, steht fest. Ich möchte die Frage an den Reichszangler richten, in welcher Richtung er sich denn einbildet, beim Militäretat Ersparnisse machen zu können. Soll das heutige Militärsystem aufrecht erhalten werden, so ist an Ersparnissen im nennenswerten Maße nicht zu denken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1909 werden wir vor ein neues Quinquennat gestellt sein. Da werden wieder neue Anforderungen gestellt werden, und so wird es auf allen Gebieten sein. Da, wo sie Ersparnisse machen könnten, bei den Kolonien, wollen Sie nicht sparen, und auf den anderen Gebieten können Sie nicht sparen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun, mögen Sie sehen, wie Sie aus den Verlegenheiten herauskommen. Wir werden die Vorlagen, die Sie bringen, von Fall zu Fall prüfen. Wir werden aber, fürchte ich, in allen Fällen die entscheidendste Opposition machen müssen, weil nach wie vor die hauptsächlichsten Mittel zur Deckung aus den arbeitenden Massen herausgeholt werden sollen. Nun, Sie haben die Ausgaben gemacht. Sie müssen also auch dafür sorgen, die notwendigen Einnahmen zu bekommen. Ich habe nicht die Keigung, auf die Debatte darüber weiter einzugehen. Ich würde überhaupt nicht das Wort ergreifen haben, wenn nicht die geistige Debatte mich dazu veranlaßt. Zunächst muß ich auf eine Bemerkung des Staatssekretärs des Reichspostamts zurückkommen, die er gegen mich gemacht hat. Er hat Bezug darauf genommen, daß ich ausführe, daß in dem Falle Trofimoff die Polizei im Besitze der Briefe des Angeklagten war, und der Staatssekretär führte an, der Untersuchungsrichter habe die Verschlagnahme der Briefe angeordnet und sei dazu auch berechtigt. Das weiß ich auch, und läge der Fall so, so hätte ich den Fall gar nicht angeführt. Aber in dem Urteil des Gerichts, auf das ich mich bezog, steht ganz etwas anderes. Es heißt darin,

daß die Berliner Kriminalpolizei wiederholt Briefe auffing.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das heißt also, daß die Kriminalpolizei aus eigener Machtvollkommenheit aus für zustehenden Möglichkeiten das Briefgeheimnis verlegt hat. Der Staatssekretär sagt, er wisse nicht, wie das zugegangen sei, müsse aber den Vorwurf zurückweisen, daß Postbeamte beteiligt gewesen seien. Wenn ich einen Brief in den Postkasten werfe, so befindet er sich von dem Augenblick an in der Gewalt der Post (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und wenn mittlerweile der Brief von der Kriminalpolizei aufgefangen wird, so ist klar und deutlich, daß Beamte der Post ihre Hand im Spiele gehabt haben. Wie das zugegangen ist, weiß ich nicht, aber der Herr Staatssekretär hat die Möglichkeit, sich darüber vergewissern zu können. Er braucht sich nur an das Gericht zu wenden, um die Tatsachen zu erfahren, die dem Gericht den Anlaß zu diesem Satze des Urteils gegeben haben.

Ich komme dann zu den Ausführungen des Fürsten Bülow über das allgemeine Wahlrecht. Der Abg. Schrader hat gemeint, daß es auf die Dauer nicht angehen werde, die große Masse der Bevölkerung vom Wahlrecht für Preußen auszuschließen, daß sie im Reiche hätte, und die Frage aufzuwerfen, was die Sozialdemokratie groß gemacht habe. Die Sozialdemokratie groß gemacht haben die Zustände in der bürgerlichen Gesellschaft und die Verhältnisse im Staate. Schrader hat vollkommen recht, daß die Sozialdemokratie fortwährend Gelegenheit zu scharfer Kritik an den bestehenden politischen Zuständen hat. Aber ihren eigentlichen Ursprung hat die sozialdemokratische Propaganda in der modernen kapitalistischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Kraftquelle ist das moderne Proletariat, das selbst eine Folge dieser Wirtschaftsentwicklung ist. Die bürgerliche Gesellschaft selbst erzeugt ein von Jahr zu Jahr stärker werdendes Proletariat, das hilflos von Tag zu Tag um die Existenz mit seiner Hände Arbeit kämpfen muß. Dieses Proletariat muß sich notwendig zusammenschließen, und mit Hilfe der Sozialdemokratie seine politischen Rechte und Befehle verleiern; denn wir alle stellen höhere Anforderungen an die Gesellschaft. Das sind die Gründe des Entstehens der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Proletariat wächst von Jahr zu Jahr. Auch die neue Berufszählung, die für die verflochtenen 12 Jahre gewiß sehr erhebliche Veränderungen der sozialen Struktur nachweisen wird, wird als aller-schärfste Veranschaulichung, die sich in der Gesellschaft vollzogen hat, doch wieder die aufweisen, daß das Proletariat prozentual am allerstärksten gewachsen ist. Solange solche Zustände existieren, werden Sie mit uns nicht fertig. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Sozialdemokratie besteht jetzt fast auf den Tag 45 Jahre. Die herrschenden Klassen haben alles aufgeboten, was sie vermochten, um sie niederzuhalten. Lüge, Verleumdung und Niedertracht, haben die ganze Staatsgewalt mobil gemacht, Schule, Kirche, Polizei, Gerichte, Militär und Kapital, alle Mächte, aber die die bürgerliche Gesellschaft verurteilt, und wir sind

von Jahr zu Jahr immer stärker angewachsen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit dieser Tatsache werden Sie sich wohl oder übel abfinden müssen. Das moderne Proletariat, das ohne seine Schuld beschloß in die Welt gesetzt worden ist, verlangt mindestens gleiche politische Rechte, um für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage kämpfen zu können. Wenn Sie dem Proletariat das verweigern,

so treiben Sie es zur Revolution.

da bleibt nichts anderes übrig. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das moderne Proletariat bedarf der politischen Rechte, und ich behaupte, daß es an Bildung und Einsicht über Staat und Gesellschaft hinter dem Bürgerum von vor 60 Jahren nicht zurücksteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Teil des Proletariats ist politisch sogar gebildeter als das heutige Bürgerum, das können Sie jeden Augenblick feststellen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn denn so ist, glauben Sie, daß das Proletariat auf seine Menschenrechte verzichten wird? So wenig wie das Bürgerum in der feudalen Gesellschaft sich dauernd von der politischen Gleichberechtigung ausschließen ließ, so wenig wird sich das Proletariat von der bürgerlichen Gesellschaft dauernd unterdrücken lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Entwicklung geht weiter und hört nicht auf. Der Reichszangler hat gestern gesagt, wir brauchten das radikalste Wahlrecht zur Agitation. Wir brauchen das allerabfällige Wahlrecht, weil wir die meisten armen Leute haben, die nur mit seiner Hilfe zu ihrem Recht kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir Agitationsmittel haben, warum geben Sie sie und denn, ohne die wir machtlos, ohnmächtig wären. Sie müssen selbst zugeben, daß Sie alles aufgeboten haben, um uns zu unterdrücken, und das ist auch selbstverständlich, denn Sie kämpfen um Ihre Existenz als herrschende Klasse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber die Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht fordert, so fordert sie nur die bürgerlich politische Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen, die für den bürgerlichen Staat selbstverständlich sein sollte. Die Arbeiter fordern nur das Wahlrecht, das sie nicht nur zum deutschen Reichstag, sondern auch zu den süddeutschen Landtagen besitzen und das bereits in einzelnen norddeutschen Staaten zur Geltung kommt. Fürst Bülow berief sich für seine Abneigung und Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht auf eine Reihe von Autoritäten. Daß Friedrich Dernburg sich gegen das gleiche Wahlrecht erklärt hat, wundern mich gar nicht. Er gehörte früher zur nationalliberalen Partei, und wurde von uns aus seinem alten Wahlkreise herausgeworfen. (Heiterkeit.) Aber es kommt gar nicht auf die Meinungen der einzelnen Personen an, sondern darauf, wie die Klasse des Volkes über das Wahlrecht denkt, und was sie tut, um das Recht zu erlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Bedürfnis nach einer Reform des Wahlrechts bringt von Tag zu Tag in immer weitere Kreise. Fürst Bülow kann sich die Junge mund reden, er wird die preussischen Arbeiter nicht überzeugen, daß sie minderem Rechte sein müssen, als ihre süddeutschen Brüder. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was den süddeutschen Arbeitern recht ist, ist den norddeutschen billig. Ich konstatiere aber, daß dieselben Leute und derselbe Mann, der am 26. Januar und 6. Februar so laut über die Niedergerichtenen jubilierte, sich heute vor den Niedergerichtenen fürchtet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie glauben, uns niederzueilen zu können, warum fürchten Sie sich denn vor uns?

Die Klasse fürcht allein

hält die Regierung ab, den Arbeitern ihr Recht zu geben. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die konservative Partei, der Fürst Bülow, soweit er Parteimann ist, angehört, ist einst auch für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingetreten. Als die Frage des Wahlrechts zum norddeutschen Bundesstage 1866 vor den preussischen Landtag kam, da erklärte Herr v. Blankenburg, ein intimer Freund des Fürsten Bismarck, daß er das direkte Wahlrecht für viel besser halte als das Dreiklassenwahlrecht. Er habe noch nie gehört, daß Zensus und indirekte Wahl konservative Prinzipien seien. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In derselben Debatte erklärte der Weimarer Regierungsrat Hermann Wagener, daß auch er Verwahrung dagegen einlegen müsse, als ob das Zensusystem konservativ sei, es sei lediglich eine Verwässerung der Lehre von der Volkssouveränität durch ihre eigenen Anhänger. (Wellaßes Hört, hört! links.) Er schloß: Ob Sie es gerne wollen oder verabscheuen, werden das allgemeine Wahlrecht nicht vermeiden. (Lebhaftes Hört, hört!) So sprachen die Konservativen vor 40 Jahren, weil damals das Dreiklassenwahlrecht eine entschieden fortschrittliche Kommer hervorgebracht hatte, und aus demselben reinen Zweckmäßigkeitsgründe hatten die Liberalen bis weit nach links in die Reihen der Fortschrittler Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht wie gegen ein napoleonisches Plebiszit. Der spätere nationalliberale Abg. Iwesten erklärt am 12. September 1866, daß die direkte Wahl den Parlamentarismus ruiniere. (Hört, hört! links.)

Rechte Hand, linke Hand, alles verkauft.

(Heiterkeit.) Fürst Bülow hat sich als Schwurzeugen gegen das gleiche und geheime Wahlrecht auf 6 Autoritäten berufen, die Hälfte davon muß ich ihm streitig machen. (Heiterkeit.) Bismarck ist allerdings bei der Beratung der norddeutschen Bundesverfassung für das öffentliche Wahlrecht eingetreten. Später sprach er oft und sehr entschieden für die geheime Wahl, gerade auf Grund der Erfahrungen, die er mit der öffentlichen Wahl unter dem Dreiklassenwahlrecht gemacht hatte. Vorher hatte er es gar nicht gekannt, weil er ja amtierender Hannoveraner war. Mit Schäßle habe ich lange Jahre in engen persönlichen Beziehungen gestanden und mündlich und schriftlich bis in die 60er Jahre hinein verkehrt. Ich kenne alle seine politischen Schriften und weiß, daß er niemals gegen die geheime Stimmabgabe Front gemacht hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wohl war im Reichstag und später im Reichstag mein Kollege; aber persönlich bin ich ihm nicht näher getreten. Inzwischen er war Süddeutscher, und deshalb konnte ich nicht glauben, daß er für die öffentliche Stimmabgabe eingetreten sei, denn in dieser Beziehung trennt ein scharfer Strich Norddeutschland und Süddeutschland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und in der Tat spricht sich Bülow in den verschiedensten seiner Schriften aus den Jahren 1862, 1873 und 1874 in der allerentschiedensten Weise für die geheime Stimmabgabe aus. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also Fürst Bülow sollte doch seinen Geheimrat, der ihm Befehle erteilte vorzuziehen hat, anweisen, ihn etwas vorsichtiger zu informieren. (Heiterkeit.) Mein Parteigenosse David hat schon darauf hingewiesen, daß Prinz Ludwig von Bayern sich ebenfalls in der allerentschiedensten Weise für die Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts ausgesprochen hat, ja sogar, was ich ihm besonders hoch anrechne, für die Erneuerung der Wahlkreiseinteilung nach jeder Volkszählung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Prinz Ludwig wies in seiner Rede darauf hin, daß es leider Leute genug gebe, die nicht davon zurückschrecken, ihre Untergebenen wegen einer ihnen nicht genehmen Stimmabgabe bei den Wahlen zu entlassen. Da verweise ich Sie auf die Schrift des Herrn v. Gerlach: „Die Geschichte des preussischen Wahlrechts“, wo er erklärt, wie in der Konfliktzeit damals die Beamten vom Minister bis zum letzten Landrot herab alles aufgeboten haben, um einen Wahlausfall im Sinne der Regierung zu erzielen. Da sind die verschiedensten Erlasse angeführt, in denen den Beamten largiert wird, daß sie dem König den Treueid geschworen hätten und zum Gehorsam verpflichtet seien.

Kein Beamter dürfe daher einen liberalen Mann wählen.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also genau dasselbe, was heute der Sozialdemokratie gegenüber geschieht, daß man den Be-

amten verbietet, sozialdemokratisch zu wählen, geschah damals den Liberalen gegenüber. In einem Erlaß heißt es: Wer einen Demokraten oder sogenannten Fortschrittsmann wählt, wird auf der Stelle aus dem Dienst entlassen. Die, die gar nicht wählen, werden auch entlassen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) An die Richter, die Tierärzte, die Kreisbau-meister, die Kreisbauinspektoren, an die Lehrer, kurz an alle Beamtenkategorien ergingen solche Erlasse. Die Freisinnigen, die damals jenes Vorgehen als die größte Ungerechtigkeit empfanden haben, sollten einmütig sich gegen dieses Wahlrecht erklären, das heute nach mehr als 40 Jahren noch aufrecht erhalten wird, allein mit der Absicht, den äußersten Druck auf alle abhängigen Leute auszuüben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bülow erklärte, er lehne Forderungen ab, die den preussischen Staat erschüttern können. Der starke preussische Staat kann also das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für seine Volkserziehung nicht gebrauchen, ohne in seinen Grundfesten erschüttert zu werden. Was ist doch dieser Staat für ein

jämmerliches, erbärmliches Ding.

(Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Wenn ich von der Beseitigung des preussischen Staates gesprochen habe, so habe ich selbstverständlich nur das offizielle Preußen damit gemeint, nicht das preussische Volk. Preußen soll das deutsche Volk zur Einheit, zur Macht, zur Größe geführt haben. Der große Kurfürst aber und Friedrich der Große haben an alles andere, als an Deutschlands Größe und Einheit gedacht. Sie wollten nur das Haus Hohenzollern groß und kräftig machen dem deutschen Kaiser gegenüber. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Für die Mission Preußens als Deutschlands Vormacht sprechen nicht die Demagoguenverfolgungen durch Friedrich Wilhelm III. und die Tatsache, daß dieser König sein feierliches Versprechen, dem Volke eine Verfassung zu geben, in der schmachvollsten Weise mißachtet hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Immer ist Preußen, wo es einem Fortschritt galt, hinter den anderen deutschen Staaten hergehinkt. Zu keiner Zeit ist das Wort des Fürsten Bülow: Preußen in Deutschland voran! Wahrheit gewesen. Friedrich Wilhelm IV. hat die Deputation, die ihm die Kaiserkrone anbot, mit den Worten empfangen: Er weise eine Krone zurück, an der der Ruberger der Revolution haße. Deutschland wäre längst ein Einheits- und ein Freiheitsstaat, wenn Preußen es nicht verhindert hätte. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Preußen ist heute die

Internation der Reaktion

und verhindert jeden Fortschritt. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Reichszangler meinte gestern, meine Bemerkung gegenüber Preußen stünde auf derselben Höhe wie meine Ausführungen in Amsterdam, worin ich Deutschland eine Niederlage gewünscht hätte. Im Interesse der historischen Wahrheit muß ich darauf einiges erwidern. In Amsterdam machte mein Parteifreund Jaurès und Deutschland den Vorwurf, daß wir, obgleich die härteste Partei, Deutschland bis jetzt noch nicht demokratisiert hätten. Ich erwiderte ihm, dazu mühten wir noch viel stärker sein als jetzt, und sagte weiter: Was habt Ihr denn erreicht? Habt Ihr etwa das allgemeine Stimmrecht erobert? Auch die Republik habt Ihr nicht geschaffen, die hat Euch Bismarck verschafft. Selbstverständlich mache ich Euch daraus keinen Vorwurf. Die bürgerliche Republik ist so ganz nett, aber die Köpfe lassen wir und deswegen nicht einschlagen. Vor die Wahl gestellt, ziehe ich jedenfalls England Frankreich vor, und wenn wir in ähnlicher Weise in Deutschland die Republik bekommen sollten, so würde ich das für ein großes Unglück halten. (Zuruf rechts: Na also!) Es ist doch eine Tatsache, daß vielfach erst nach einer Niederlage nach außen dem Volk im Innern Freiheiten gewährt wurden. Glauben Sie, daß die Reformen der Stein und Hardenberg, der Scharnhorst gekommen wären ohne die Niederlagen Preußens von 1806/07. (Sehr gut! h. d. Soz.) Erst die Niederlage von 1806 hat Oesterreich zum konstitutionellen Staat gemacht, die Niederlage von 1906 hat in Rußland zur Konstitution geführt. (Zuruf rechts: Also eine Niederlage!) Nein, in anderen Staaten, wie den süddeutschen, sind die Regierungen weise genug gewesen, beizeiten mit Reformen vorzugehen. Den Unterschied zwischen dem Prinzen Ludwig von Bayern und dem Fürsten Bülow sehe ich eben darin, daß ich den Prinzen Ludwig von Bayern für einen Staatsmann halte, den Fürsten Bülow aber nicht. (Große Heiterkeit.) Fürst Bülow sagte weiter: Was soll ich machen, ich habe keine Mehrheit. Wenn ich aber als Staatsmann gegen meine Grundsätze regieren soll, so danke ich dafür und bleibe nicht sitzen an einer Stelle, wo ich Grundsätze vertreten muß, die ich nicht teile. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wir wünschen, daß man den Arbeitern gewährt, was sie in den ersten Tagen nach der Revolution von 1848 schon besessen haben. Das Dreiklassenwahlrecht ist erst aufgetrocknet, es ist ein

ungeheurer Kl.

Die Arbeiter von 1906 aber sind andere als die von 1848, sie sind politisch gebildet, politisch wissender, sie kennen das wirtschaftliche Leben nach allen Richtungen und sie werden nicht eher ruhen, bis ihnen ihr Recht, ihr ganzes Recht gegeben ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wagner (l.):

Die Sozialdemokraten weisen auf direkte Reichssteuern hin, aber sie bewilligen auch die direkten Steuern nicht. Für die Schule wird in Deutschland mehr ausgegeben, als in anderen Ländern. Das Verhältnis des Beamten zum Staat ist ein Verhältnis der Treue; dafür haben die Sozialdemokraten natürlich kein Verständnis. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Niemand ist gezwungen, Beamter zu sein (Lachen bei den Sozialdemokraten), wie auch niemand gezwungen werden kann, Mediziner des „Vorwärts“ zu sein; er muß dazu eine bestimmte Gesinnung haben, und so muß auch jeder Beamter eine staatsverhaltende Gesinnung haben. Dr. David meinte, Beamte gölören nicht in den Reichstag; weil eher kann man sagen, Sozialdemokraten gehören nicht in den Reichstag, denn sie vertreten nicht eine eigene Gesinnung, sondern sind nur Werkzeug ihrer Partei! (Sehr gut! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Wahlrecht spielte bei der Debatte auch eine große Rolle. Wie die Sozialdemokratie es aufsaft, davon kann man sich kein richtiges Bild machen; jedenfalls aber betrachtet sie es nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel, die Schranken der Reichsverfassung niederzureißen. Die deutschen Fürsten werden ihre Unterschrift zu ihrer Abdankung nicht geben, die Ziele der Sozialdemokratie können also nur durch Gewalt verwirklicht werden. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) In kultureller und sozialer Beziehung steht unser deutsches Vaterland überall voran, mögen die Arbeiter sich immer mehr von den roten Jakobinern befreien. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke: Ich war begierig, zu hören, womit Herr Bebel das Recht zu seiner Verschuldung gegen die Beamten begründen wollte. Er ist doch sonst ein sehr scharfsinniger Herr. Aber in diesem Falle hat er das nicht bemerkt. Er sagte lediglich, daß das Urteil in dem Falle Trofimoff davon spreche, daß die Polizei Kenntnis von den Briefen gehabt habe, berechtige ihn zu einem derartigen Vorwurf. Da muß ich doch sagen, daß das recht leichtsinnig ist. Weil die Kriminalpolizei Briefe auffing, geben Sie die Schlussfolgerung, daß müsse zwischen der Auslieferung und der Aushändigung der Briefe geschehen sein. Gehen Sie noch nie gehört, daß sich andere Briefe, nachdem sie in vorchriftsmäßiger Weise ausgehändigt sind, ungeeignet und veröffentlicht haben? Wie kommen Sie auf Grund solcher Schlussfolgerungen dazu, den ganzen ehrenwerten Stand der Postbeamten zu beschimpfen! (Sehr richtig! rechts.) Am 21. März haben Sie aber Ihre Schlussfolgerung nicht nur aus dem Urteil gezogen, sondern gesagt: Daß das tatsächlich in Preußen-Deutschland geschieht, wissen wir aus eigener Erfahrung. Darüber haben Sie heute aber gar nichts gesagt. Damals sagten Sie: Ich bin schon zweimal, offenbar



von sehr sachkundiger Seite, im Laufe der letzten Jahre gewarnt worden: Nehmen Sie Ihre Korrespondenz in acht! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das genügt! Lachen rechts.) Wohin soll es führen, wenn jeder, der durch irgendeine Bemerkung eines anderen sich berechtigt glaubt, einen solchen Vorwurf gegen die Postbeamten zu erheben? Die Entgegnung des Herrn Abg. Nebel ist nicht geeignet, die schämere Beschuldigung, die er neulich hier ausgesprochen hat, zu rechtfertigen. Ich muß sie nach wie vor als leichtfertige und ungerechtfertigte Verdächtigung zurückweisen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Nebel (Soz.): Ich weise auf das allerentschiedenste die Insinuation zurück, daß ich gegen den Stand der Postbeamten eine Beleidigung ausgesprochen habe. Was ich gesagt habe, daß das Briefgeheimnis bei uns nicht sicher ist, halte ich aufrecht auf Grund meiner eigenen Erfahrung und auf Grund des angeführten Urteils. Wenn in dem Urteil ausgeführt wird, daß Briefschaften von der Polizei aufgefangen wurden, so kann dieses Wort gar keinen anderen Sinn haben, als daß Postbeamte dabei beteiligt waren. Und was wir zur Zeit des Sozialengesetzes erlebt haben, kann uns in unserer Auffassung nur bestärken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf die Rede des Abg. Wagner brauche ich nicht zu antworten. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.): Ich will dem Herrn Staatssekretär einen Fall anführen, aus dem er sich von der Richtigkeit unserer Behauptungen überzeugen kann. Vor mir liegt ein Briefkuvert, das im Januar mit dem Stempel der Redaktion des „Vorwärts“ an einen Parteigenossen Großer in Essen abgefandert wurde. Dieser Brief ist in dem Zustand, wie er jetzt ist, offen, drei Tage nach der Ankunft in Essen laut Poststempel ausgehändigt worden. Er befand sich dabei in einem langen gelben Kuvert, auf dem die Adresse des Großen mit Schreibmaschine geschrieben war. In diesem offenen Zustande ist der Brief in die Hände des Adressaten gelangt, und zwar nicht durch Uebermittlung von Briefboten, sondern, wie gesagt, in einem besonderen Kuvert. Der Inhalt des Briefes befindet sich in einer Aufforderung, von den Versammlungen, die zum Januar seitens der Partei inszeniert waren, einen Bericht einzusenden. Großer hat sich an das Postamt in Essen gemeldet und in dem Bescheid seitens des Postamtes ist gesagt, näheres habe sich leider nicht feststellen lassen, namentlich nicht, wem der Brief ausgehändigt ist. Das Postamt bedauert den Vorfall lebhaft. Wer sich durch diesen Vorfall verleiten läßt, sich einzubilden, daß es sich um ein ganz gewöhnliches und harmloses Ereignis handelt, dem, meine Herren, ist nicht zu helfen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Die Behauptung des Herrn Staatssekretär, daß Briefe nicht zum Gegenstand polizeilicher Manipulationen gemacht werden, ist unrichtig. Ich habe nur diese eine Tatsache angeführt, damit der Herr Staatssekretär sieht, daß wir mit unseren Behauptungen bei der Wahrheit bleiben und sie nicht aus der hohlen Phrase nehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Daß die Rechte für unsere Behauptungen nur Lachen übrig hat, übertrifft mich nicht. Das Gegenteil wäre ja ganz unblödmäßig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es steht fest, daß die Polizei Mittel und Wege ergreift, um unberechtigterweise sich Kenntnis zu verschaffen von unserer Korrespondenz. Solche Mittel erklären wir für verwerflich. Aber ich protestiere dagegen, daß wir den ganzen Beamtenstand im allgemeinen beleidigt haben. Sie können uns aber nicht verwehren, die Tatsachen hier festzustellen. Den Staatssekretär kann man nicht für jeden einzelnen Fall verantwortlich machen. Aber daß und der Vorwurf leichtfertiger Verdächtigung gemacht wird, ist ungerecht, weil wir nur auf Grund tatsächlicher Vorkommnisse unsere Behauptungen aufstellen. Ich weise ihn entschieden zurück. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetzke: Man muß wohl zur Ueberzeugung kommen, daß der Verdacht auf der linken Seite des Hauses, die Post verlege das Briefgeheimnis, wirklich krankhaft ist. Sie führen nicht Tatsachen an, sondern ziehen aus Tatsachen falsche Schlüsse. Haben Sie denn nie gehört, daß Briefe beim Expedieren aufbrechen? Ich kann nur wiederholen, ich bedauere, daß Sie solche Schlussfolgerungen ziehen.

Damit schließt die Diskussion. In der Spezialdiskussion wird das Flottengesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten debattelos angenommen. Die Etats des Reichstages und des Reichskanzlers werden debattelos angenommen.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes beantragt Abg. Dr. Krenndt (Rp.), den Titel zum Bau eines Konsulatsgebäudes in Tientsin, erste Rate 175 000 M., der gestern entgegen den Beschlüssen der Budgetkommission durch eine Zufallsmehrheit wieder in den Etat eingetragt wurde, zu streichen.

Staatssekretär v. Schöen bittet, es bei dem gestrigen Beschluß zu lassen. Der Titel wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen gestrichen.

Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird debattelos angenommen. Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

## Die Kolonialbahnen vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 27. März.)

Die heutige Beratung beginnt mit der geplanten Kamerun-Südbahn. Die Bahn soll von Duala nach Widimenge geführt werden, das ist eine Strecke von 360 Kilometer. Aber auch hier ist wie bei den anderen Kolonialbahnen der spätere Weiterbau in Aussicht genommen. Die Kosten der Bahn sind mit 44 Millionen veranschlagt, das Kilometer mit 111 000 M. Diese relativ hohen Kosten sollen durch das ungünstige Gelände verschuldet sein, durch welches die Bahn fährt. Die ersten 150 Kilometer hofft man im Jahre 1911 dem Betriebe übergeben zu können.

Die Kamerun-Südbahn wird weniger mit der wirtschaftlichen als mit der strategischen und politischen Notwendigkeit begründet. Es wird in der Begründung hervorgehoben, daß heute noch in verschiedenen Teilen Kameruns

Wälder vorhanden seien, welche bisher unabhängig geblieben sind, und die sich nach den gemachten Erfahrungen schwerlich ohne Kampf unterwerfen werden. Wenn die endgültige Befriedung der ganzen Kolonie durchgeführt sein wird, läßt sich bis auf weiteres nicht übersehen. Bei diesen „noch bevorstehenden kriegerischen Verwickelungen“ soll nun die Bahn gute militärische Dienste leisten. Außerdem wird natürlich behauptet, daß die Bahn auch wirtschaftlich notwendig sei und sich rentiere. Es wird herausgerechnet, daß schon im ersten Betriebsjahr 1 Million für Verzinsung und Amortisation erübrigt würden. Die Rentabilität stehe also außer allem Zweifel. Ueber die Frage, ob die Bahn gebaut werden soll, besteht unter den bürgerlichen Abgeordneten eigentlich kein Streit, die Frage ist nur, wie sie geführt werden soll, ob man einen Teil Wasserweg benützt und ob sie nicht von Kribi aus, wie es eine Anzahl Südkameruner Firmen in einer Petition fordern, gebaut werden soll.

Dernburg erhebt um unveränderte Genehmigung der Regierungsvorlage; die Bahn sei durchaus rentabel, sonst wäre sie nicht von der Regierung vorgeschlagen worden. Aber eine Aenderung in der Führung könne nicht eintreten. Die Wasserwege sind zu unzuverlässig und das ganze Jahr hindurch nicht brauchbar, die Schiffe aus. Die gewünschte Südbahn, welche statt von Duala über Ideo, von Kribi nach Jaunde führen soll, sei aber nicht rentabel. In Kribi ist ein Handel von nur 1200 Tonnen, wovon 800 Tonnen auf Kautschuk entfallen; die Kautschukgewinnung ist aber wegen des bisher betriebenen Raubbaues sehr im Rückgange. Außerdem besteht in Kribi nicht die Möglichkeit, einen Hafen zu bauen, das gäbe ein zweites Swakopmund. Auch wenn die Südbahn die Bahn als Scharmaispurbahn gebaut haben wollen und Garantie übernehmen wollen, ist nicht möglich, ihrem Wunsche zu entsprechen. Die Leute wollen ein gutes Geschäft machen, sie bieten Garantie nur für fünf Jahre, und in fünf Jahren ist der Gummi erschöpft. Dann haben sie kein Interesse mehr an der Bahn, der Staat hätte sie auf dem Hals, ohne daß Verwendung dafür vorhanden wäre. Die Petition geht wie so viele von durchaus egoistischen Motiven aus.

Rein vom Standpunkt der strategischen und wirtschaftlichen Kolonialinteressen betrachtet, sprächen alle Gründe für die Regierungsvorlage. Die Abgg. Semler und Arning sind geneigt, die Wünsche der Händler nicht ganz unberücksichtigt zu lassen; wenn es irgend angängig erschiene, würden sie gern für eine andere Linienführung stimmen, aber sie schließen sich doch zuletzt dem Regierungsvorschlage an.

Das Zentrum macht der Regierungsvorlage anscheinend aus anderen Gründen Opposition; Erzberger und Schwarz legen sich für Kribi als Ausgangspunkt ins Zeug, sie möchten Duala nicht zum Mittelpunkt machen. Erzberger glaubt überdies nicht, daß die Unruhen durch den Bahnbau vermieden werden können. Er bespricht eine Menge Einzelheiten und fragt an, ob die ungünstigen Nachrichten, die er über angebliche ständige Verhandlung des Duala-Hafens erhalten habe, zutreffend sind. Dernburg hält die Vorstellung nicht für übermäßig, aber um die Kosten der Instandhaltung zu ermäßigen, wolle er den Verkehr in Duala konzentrieren, damit die Beiträge der Geschäftsleute zu den Kosten herangezogen werden können.

Die Debatte erstreckt sich ferner auf die Frage, welcher Gesellschaft der Bau übertragen werden soll; andere Kolonialbahnen sind von den Firmen Koppel und Lenz gebaut worden, wegen der Kameruner Südbahn schweben die Verhandlungen noch. Jedenfalls wird der Betrieb auch wieder verpachtet.

In der sehr umfangreichen Debatte werden noch so mancherlei Gesichtspunkte entwickelt, ohne daß wesentlich Neues zutage gefördert wird. Am Schluß der mehrstündigen Debatte werden die vier Millionen als erste Rate für die Bahn in der von der Regierung vorgeschlagenen Führung bewilligt.

## Parlamentarisches.

### Die Viehseuchtkommission

hat in ihren letzten Sitzungen die Saugmahregeln gegen die Verbreitung von Viehseuchen beraten. Zu langen Auseinandersetzungen kam es wieder über die Frage der Vereinfachung der Abwässer aus Gerbereien. Seitens der Regierung wurde die Schädlichkeit dieser Abwässer betont, seitens der Industriellen wird dies bestritten und sogar behauptet, daß diese Abwässer unter Umständen selbst eine desinfizierende Wirkung haben. Schließlich fand aber die Regierungsvorlage Annahme.

Am 19. ist gesagt, daß für Räumlichkeiten, in denen sich erkrankte oder krankheitsverdächtige oder seuchenempfindliche Vieh befindet, eine Beschränkung des Personenverkehrs stattfinden kann. Diese Beschränkung soll sich sogar auf Marktplätze beziehen können. Die Sozialdemokraten beantragten Streichung dieser Bestimmung. Es können dadurch künstlich Versammlungen verboten werden. Der Gemeindevorsteher braucht nur anzunehmen, daß im Stalle des Gasthofes, in dem die Versammlung stattfinden soll, sich seuchenempfindliche Tiere befinden und er kann die Versammlung verbieten auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung von Viehseuchen! Die Vertreter der Regierung bestritten zwar, daß dies möglich sei, als ihnen aber von unseren Genossen Beispiele vorgeführt wurden, gaben sie zu, daß in einem Anwesen, in dem die Raul- und Klauenseuche herrscht, allerdings keine Versammlungen oder Vergnügungen abgehalten werden dürfen. Um Schikane zu verhüten, stellten die Sozialdemokraten den Eulentultrag, diese Sperre nur auf Ställe zu beschränken. Einer unserer Genossen legte dar, daß bei Aufrechterhaltung der Vorlage die Konsequenzen unabsehbar sind, denn die Wägen würden dann nicht bloß von Versammlungsbesuchern, sondern auch von den Wägen verschleppt, die im Gastzimmer einkehren. Ein Regierungskommissar gab das zu und bemerkte ausdrücklich, daß in solchem Falle einfach der Wirtschaftsbetrieb für die Dauer der Seuche eingestellt werden müsse. Geradezu unheilvoll kann dies für den Wägen werden, wenn in einem größeren Gasthof eine Seuche nicht etwa schon ausgebrochen ist, sondern nur die Vermutung besteht, daß in dem Stall ein seuchenverdächtig Tier stehen könnte! Der ganze Betrieb ist dann mit einem Male lahmgelegt. Alle Einwendungen halfen aber nichts; nach einer Debatte, die sich bis in die zweite Sitzung hinog, sind die beiden Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt worden.

Nach § 21 wird im Falle des Ausbruchs einer Seuche oder vorliegenden Seuchenverdachts das Verbot des freien Umherlaufens

der Haustiere bestimmt. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache darum, daß man gewisse Haustiere, wie Hagen, Tauben usw. überhaupt nicht einsperren könne. Bei dieser Gelegenheit wies ein Besucher aus dem Osten darauf hin, daß dort die Deputierten meist keinen Hühnerstall haben und dann ihre Hühner auch den Tag über in der Wohnung haben müßten. Man kam schließlich zu dem Beschluß, Hagen und Geflügel von dem Verbot des Umherlaufens auszuschließen.

Bei Ausbruch einer Seuche oder auch nur bei einem Verdacht, kann nach § 23 die sofortige Impfung der Tiere angeordnet werden. Diese Bestimmung führte wieder einmal auf die Kostenfrage. Bei Beratung des § 2 hat die Kommission beschlossen: alle durch das Gesetz entstehenden Kosten sind von den Einzelstaaten zu tragen. Der Vertreter der Regierung ließ nun keinen Zweifel darüber, daß die Regierung das Gesetz scheitern lassen werde, wenn dieser Beschluß nicht in zweiter Lesung wieder beseitigt wird.

In der Petitionskommission wurde in der Sitzung vom 26. d. M. unter anderem auch eine Petition des Verbandes deutscher Journalisten und Schriftsteller, Sitz Berlin, verhandelt. Die Petenten wünschen eine Aenderung der §§ 178—180 der Strafprozessordnung, dahingehend, daß ein besserer Schutz für die Presse eintrete, daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte auf die Pressevergehen ausgedehnt, daß der Preßsünder der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zugebilligt und das Recht der Zeugnisverweigerung in § 54 Strafprozessordnung bedeutend erweitert werde. Ferner soll der fliegende Gerichtsstand für die Presse aufgehoben und die Straffreiheit auch auf wahrheitsgemäße Berichte aus den Selbstverwaltungskörperschaften und Gerichtsverhandlungen ausgedehnt werden. Schließlich bitten die Petenten noch die Untersuchungshaft und den Strafvollzug für Preßsünder zu mildern und den Verchtigungsparagrafen zum Schutze der Presse zu ändern.

Gleichzeitig mit dieser Petition kam auch eine Gegenpetition eines Herrn Arno Hoffmann, Schriftsteller aus Dresden, Wilhelmstr. 1, mit zur Verhandlung. Dieser Herr will so ziemlich das Gegenteil von dem, was die erstere Petition fordert. Herr Hoffmann wünscht, daß die Verjährungsfrist für die Preßvergehen verlängert wird. Das Vorziehen von Wahrung der rechtlicher Interessen sei drückend, ebenso das Verstecken der Täter hinter verantwortliche Redakteure. Beleidigungen durch die Presse sollen stets von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse verfolgt und Verurteilungen mühten, wenn Ehre und berechtigte Interessen verletzt seien, dreimal aufgenommen werden. Der anwesende Regierungskommissar betonte, daß schon seit längerer Zeit eine eingesezte Kommission an der Reform der Strafprozessordnung arbeite, sie habe aber ihre Arbeiten noch nicht beendet. Ob auch das Preßgesetz einer Reform unterzogen werden solle, wisse er nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Jedenfalls wird es gut sein, die Petitionen der Regierung als Material zu überweisen, damit sie die benannte Kommission noch prüfen könne.

Der Herr Referent beantragt hierauf, die erstere Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen, die aber des Herrn Arno Hoffmann als ungeeignet zur Förderung im Plenum zu erklären, weil Petent gar kein geeignetes Material zur Aenderung der Gesetzgebung beigebracht habe.

Aus den Reihen der Konfessionen und des Zentrums wurde letzterem Antrage widersprochen; man beantragte, auch diese Petition mit als Material zu überweisen; der Referent änderte darauf seinen Antrag demgemäß und wurde beschlossen, beide Petitionen als Material zu überweisen.

Das gleiche Schicksal hatte eine Petition mehrerer Handelskammern und Kaufleute, welche eine Veröffentlichung der Manifestantenliste seitens der Gerichte wünschen. Jetzt wird sogar jede Auskunft über Manifestationen seitens der Gerichte verweigert. Der Regierungskommissar zeigte Entgegenkommen, weshalb, wie erwähnt, die Petition als Material überwiegen wurde.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 26. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Parlament und Presse. — Verkünder des Klassenkampfes vor Marx. Von Th. Rothstein-London. (Schluß.) — Aussichten der russischen Revolution. Von Bl. Rossow. — Ein neues China. Von Karvov. (Schluß.) — Wirtschaftliche Rundschau. Ueberproduktion und Kartelle. Von J. — Rotizen: Zur Entwicklung der Schifffahrt in Deutschland. Von E. G. — Zeitschriftenkenn.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

8. Jahrbuchbericht, 1907, des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsartells Bamberg. 86 Seiten. Selbstverlag.

Zeitschriften, Monatsheft für Literatur, Kunst und Leben. Heft 2. Jährlich 12 Hefte 5 M. Verlag: Literarische Anstalt, Düsseldorf, Paulusplatz 7.

Demokratie und Sozialismus. Eine Auseinandersetzung mit Herrn Professor Dietmer. Von Dr. R. Stredter. 40 Pf. Verlag: Ed. Kocher in Darmstadt.

Nord und Süd. Heft 3. Monatschrift. Verlag: E. Schottländer, Berlin.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 3.		am 25. 3.		Wasserstand	am 26. 3.		am 25. 3.	
	am	seit	am	seit		am	seit	am	seit
Remel, Mühl	470 <sup>9</sup>	-10	470 <sup>9</sup>	-10	Saale, Großh.	189	-11	189	-11
Bregel, Unterburg	151 <sup>1</sup>	-6	151 <sup>1</sup>	-6	Havel, Spandau <sup>9</sup>	151	-3	151	-3
Beißel, Horn	356	-12	356	-12	Havel, Rathenow <sup>9</sup>	182	0	182	0
Ober, Ralibor	190	-14	190	-14	Spree, Spremberg <sup>9</sup>	108	0	108	0
• Krollen	199	-7	199	-7	• Weeslow	194	-2	194	-2
• Frankfurt	294	-7	294	-7	• Wöser, Rübden	41	+3	41	+3
Wärthe, Schrum	168	-16	168	-16	• Rhein, Rübden	112	-4	112	-4
Landberg	219	-7	219	-7	Rhein, Maximilianskan	364	+4	364	+4
Rehe, Borbaum	90	+1	90	+1	• Raul	188	0	188	0
Elbe, Leimert	85	-5	85	-5	• Rölln	221	-6	221	-6
• Dresden	-15	+6	-15	+6	• Redar, Heilbronn	120	-3	120	-3
• Barbo	258	+5	258	+5	• Rahn, Berthelm	194	0	194	0
• Magdeburg	217	+8	217	+8	• Ravel, Trier	—	—	—	—

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, — Fall, — <sup>9)</sup> Unterbeleg, — <sup>9)</sup> Hochstand, — <sup>9)</sup> Grundbeleg; höchster Wasserstand am 25. um 5 Uhr nachm.: 168 cm bei Göttröden.



# Sunlicht Seife

bildet einen vollkommenen Ersatz für die Rasenbleiche und macht schädliche Zutaten und scharfe Waschmittel überflüssig. Blütenweisse Reinheit und köstliche Frische der Wäsche entzücken die Herzen aller Hausfrauen, welche nur allein Sunlicht Seife verwenden. Man weise Nachahmungen zurück!





Aus der Frauenbewegung.

Dienstbotenfrage.

Während sich bis vor kurzem die bürgerlichen Parteien um die Dienstboten gar nicht kümmerten, ist jetzt das Dienstbotenproblem ein viel erörtertes geworden.

Die Ultramontanen rüden natürlich mit den sogenannten christlichen Grundfähnchen ins Feld, der Herrgott muß wieder mal die Rolle des Ruhmanns spielen, mit dem die unartigen Kinder gaulich gemacht werden.

Von solchem Geiste getragen ist das zur Abhilfe der Dienstbotennot in einer von Dr. Aug. Pieper verfaßten Broschüre empfohlene Rezept. Zunächst hat die Arbeit, die unter dem Titel „Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine“ vom Volkvereinsverlag herausgegeben worden ist, das eine Gute, daß sie gleich eingangs die zu dieser Frage von den Genossinnen auf der vierten Konferenz in Mannheim gefassten Beschlüsse kundgibt, denen auch noch die Begründung durch die Referentin beigegeben ist.

Auf diese Weise wird manche Leserin, die sonst wohl so bald nicht, wenn überhaupt jemals, davon etwas erfahren hätte, jene Beschlüsse und die Begründung kennen lernen, und da fällt dann hoffentlich doch manch Saatforn auf fruchtbaren Boden. Um so mehr, als der Verfasser bei Besprechung der materiellen Verhältnisse der Dienstboten, die schon so oft gerügten, von den Herrschaften verneinten Mißstände nicht leugnen kann. Auch wird die soziale Not der unter der Gesindeordnung und der Hauszucht leidenden Hausangestellten anerkannt. Aber in der Wahl der Abhilfe schaffenden Mittel und Wege befindet sich der Verfasser auf der anderen Seite der Luft, die uns von den Verteidigern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung trennt. Wiederherstellung eines von Wohlwollen für die Dienenden getragenen patriarchalischen Verhältnisses, in dem der Autoritätsglaube als Ausfluß der Anerkennung göttlichen Willens eine sichere Stütze findet, ist das erstrebte Ideal. Der Vereiner dieses Ideals sollen sich konfessionelle, vor allem katholische Dienstbotenvereine, in denen die Herrschaften „freundschaftlich“ den Ton angeben, widmen. Die gewerkschaftliche Form der Organisation wird vermieden.

Der Verfasser ist einer von den im ultramontanen Lager am weitesten links stehenden Sozialpolitikern. Wenn er trotzdem den Dienstboten nur eine Organisation wie die der Jünglingsvereine usw. zugesteht, so beweist das, wie weit man in jenem Lager davon entfernt ist, den Dienstboten das Recht auf Persönlichkeitsbewußtsein zuzuerkennen.

Folgende Mahnung richtet Dr. Pieper an die Hausfrauen: „Wollen die Hausfrauen, insbesondere diejenigen, welche Mitglieder der wachsenden sozialen Frauenorganisation sind, dieser Entwicklung vorbeugen, so müssen sie jetzt mit voller Energie sich dem sozialen Ausbau der Dienstbotenvereine widmen und solche in allen Städten gründen. Daß man hier meist auf Seiten der Hausfrauen noch so viel Kleinliche Vorurteile gegen Dienstbotenvereine hegt, muß zu besonderem Eifer in der Werbe- und Aufklärungsarbeit anspornen. Wir müssen es kleinlich nennen, wenn Hausfrauen fürchten, in einem konfessionellen Dienstbotenverein

würden die Mitglieder durch die Vorträge, das unentbehrliche Vereinsblatt, insbesondere auch durch den Verkehr der Dienstboten untereinander verfehlt. Gelegenheit zu solchen Verkehre finden die Dienstboten heute bei ihren zahlreichen Ausgängen und sonstigen Gelegenheiten zu persönlicher Annäherung mehr wie in einem Dienstbotenvereine. Die Leitung eines solchen wird auch niemals ihre Aufgabe sehen in einer Verbeugung, sondern in ruhiger, sachgemäßer Aufklärung; sie wird nicht bloß die Rechte, sondern auch die Pflichten der Mitglieder einprägen. Heute mag kein Einseitiger, derartige Vorwürfe zu erheben gegen die Tätigkeit unserer konfessionellen Jugend-, Gesellen- und Arbeitervereine.

Ganz im Gegenteil wird deren beruhigende Wirkung auf Vereinsmitglieder, besonders gegenüber der sozialistischen Agitation, rühmend anerkannt.

Gerade mit Rücksicht auf das herortretende Drängen nach einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation der Dienstmädchen haben wir ausschlaggebende Bedeutung beigemessen der sozialen Tätigkeit der Dienstbotenvereine, besonders in der Regelung des Dienstverhältnisses zwischen Herrschaften und Dienstboten.

Für diese Art Freundschaft, die die Hausangestellten einfach unter Kontrolle und Vormundschaft der Damen stellen will, bedanken sich die Begünstigten, sie wollen wie jeder andere Erwerbstätige wirtschaftliche und politische Freiheit erlangen.

Mehr Höflichkeit gegen „gebildete“ Frauen.

In der Sitzung des preussischen Dreiklassenhauses vom 21. März bestricherte sich der Nationalliberale Abg. Deumer über den unangemessen heuligen Ton, der seitens mancher Amtsgerichte gegenüber dem Publikum, namentlich Frauen gegenüber eingeschlagen werde.

Der erzkante Vlodmann meinte weiter: „Eine Frau, die sich freiwillig zur Übernahme einer Vormundschaft gemeldet habe, wie das jetzt erfreulicherweise vielfach geschehe, habe ein Formular erhalten, das mit den Worten begann: „Sie werden aufgefordert, in der Vormundschaftsache die Genehmigung Ihres Gemannes beizubringen.“ Ein solcher Kasernenhofston sei gegenüber Frauen gegenüber ganz unangemessen. In Frankreich sei man in solchen Fällen weit höflicher. Es sei zu wünschen, daß in solchen Fällen die Betreffenden (die Amtsrichter) auf die verschiedenen Erlasse hinweisen, in denen von Seiten der Justizminister ihnen eine brüske Behandlung des Publikums untersagt werde. Ein solch unhöflicher Ton zähle Hunderte von Sozialdemokraten. Der betreffende Ehemann habe in dem Falle die Genehmigung verweigert mit der Begründung, er wolle seine Frau nicht dem Verkehre mit einer Behörde aussetzen, die einen solch brüskierten Ton anschlage. Der Richter habe sich daraufhin damit entschuldigt, daß das Schreiben nicht durch seine Hand gegangen sei.“

Und wie gefällig war da der Justizminister auf einmal! Es heißt im Verichte:

Justizminister Bessler: Ich bedauere es lebhaft, daß solche Klagen überhaupt erhoben werden können, nachdem wiederholte Verfügungen ergangen sind, die gerade anempfohlen und vorgelebt haben, daß wir entschieden verlangen, daß derartige Mißgriffe vermieden werden müssen, und daß wir entschieden verlangen, daß das Publikum mit der angemessenen Freundlichkeit und Ruhe behandelt wird. Daß der Ton in dem erwähnten Schreiben nicht angemessen ist, gebe ich ohne weiteres zu. (Bravo!) Es wird

nichts übrig bleiben, als eine allgemeine Revision der Formulare vorzunehmen und ich lehne diesen Gedanken durchaus nicht ab. (Bravo!)

Ja: Bravo! Kann man nicht zweierlei Formulare anschaffen? „Söfliche“ für das „gebildete“ Publikum? Wer weiß!

Die Frauenorganisation und die Sozialdemokratie in Holland.

Die sozialdemokratischen Frauenpropagandaklubs Hollands haben sich in den letzten Jahren gut entwickelt. In 12 Städten bestehen nun solche Klubs. Es sind Einzelvereine, die organisatorisch nicht miteinander in Verbindung stehen. Das Vereinsorgan „De proletarische Vrouw“ wird vom Amsterdamer Klub herausgegeben. Die Frauenklubs haben bis jetzt nicht das Recht einer selbständigen Vertretung auf den Parteikonferenzen. Wollen sie Anträge zum Parteitag stellen, so muß es durch die respektiven Ortsabteilungen der Partei oder den Parteivorstand geschehen.

Zum bevorstehenden Parteitag der holländischen Sozialdemokratie hat nun der Parteivorstand auf Ersuchen der Frauenklubs einen Antrag eingebracht, der den Klubs, soweit sie ausschließlich aus weiblichen Mitgliedern der Partei bestehen, das Recht einer gemeinsamen selbständigen Vertretung auf den Parteitagen geben soll, sowie das Recht, gemeinsam Anträge einzubringen, die sich auf das Arbeitsgebiet der Frauenklubs beziehen. Voraussetzung einer solchen gemeinsamen Vertretung der Frauenklubs ist offenbar, daß sie sich organisatorisch zusammenschließen, und es besteht denn auch die Absicht, einen Verband der sozialdemokratischen Frauenpropagandaklubs zu gründen.

Gegen diesen Plan sowie gegen den Antrag des Parteivorstandes hat sich der Frauenklub von Rotterdam ausgesprochen, in der Meinung, daß mit dem Verbands eine besondere Gruppe in der Partei geschaffen werde. Die Genossin Pothuis-Smit — Redakteurin von „De proletarische Vrouw“ — wendet sich jedoch entschieden gegen diese Auffassung und schreibt unter anderem:

„Die Frauenklubs wirken gut. Sie beginnen durchzubringen zu den Frauen, und schon sieht man nicht allein, wie der Partei weibliche Mitglieder zugeführt werden, sondern auch, wie Frauen, die schon lange Mitglied waren, sich zu propagandistischen Kräften entwickeln. Wohl ist das Interesse unter den Frauen im allgemeinen noch gering, aber es hat in den letzten Jahren schon viel gewonnen. Wir stehen noch am Anfang unserer Arbeit; dort ungefähr, wo die deutschen sozialdemokratischen Frauen 1890 standen, oder vielleicht noch nicht einmal so weit.“

Nun ist es unsere Sache, daß wir so schnell wie möglich vorwärts kommen. Wir müssen zusammenarbeiten, um stärker dazustehen. Bereits ist unter allgemeiner Zustimmung des Amsterdamer Klubs „Der proletarische Vrouw“ das Organ der Klubs geworden. Rotterdam hat nicht protestiert; ebenso wenig gegen die Abhaltung einer Jahreskonferenz vor dem Parteitag, wie dies 1907 zu Dordrecht zu Stande gekommen wurde. Allein schon das gemeinsame Organ erfordert gemeinsame Besprechung.“

Die Verfasserin rühmt sodann als ein Vorbild „die prächtige Organisation der deutschen sozialdemokratischen Frauen“, wie auch das einmütige Zusammenarbeiten der deutschen Genossinnen mit der Partei.

Große Preisherabsetzung zum Umzug!!

Teppiche

Table with 2 columns: Teppichart and Preis. Includes items like Saal-Teppiche, Plüsch, Salon-Teppiche, Smyrna-Velvet, Speisezimmer-Teppiche, Axminster, Herrenzimmer-Teppiche, sehr haltbar.

Läuferstoffe

Table with 2 columns: Läuferstoffart and Preis. Includes items like Velour-Läuferstoffe, Tapetstry-Läuferstoffe, Haar-Garn-Läuferstoffe, Kolländer Läuferstoffe.

Ausserdem empfehle ca. 300 kleine, mittlere und grosse Teppiche in echten Perser, handgekn. Smyrna, Prima Velour, Brüssel Axminster, Turnay und Tapestry, welche durch den Umbau und Umzug nach der I. Etage etwas gelitten haben.

jetzt ca. 40% billiger

Teppich-Haus

B. Hurwitz

Rotes Schloss

vis-à-vis dem National-Denkmal, Parterre und I. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen

sowie einzelne Möbel zu äußerst billigen Preisen. — Kulante Zahlungsbedingungen.

Bis 31. März ex. Ausnahmepreise.

Bei Arbeitslosigkeit größtes Entgegenkommen.

Möbel- und Ausstattungsmagazin

W. L. Adomeit, Alexander-Straße 28.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Konkursmassen - Ausverkauf.

Die gesamten Läger der in ganz Berlin und Umgebung allbekannton Herren- und Knaben-Konfektions-Firma



kommen zu ungläublich billigen Preisen zum Verkauf.

Eröffnung des Ausverkaufs:

Sonnabend, den 28. März, vormittags 1/2 11 Uhr.

Streng feste Preise.

Seltene Gelegenheit. Kein Kaufzwang. Riesige Auswahl. Sehen u. staunen.

Ein Teil der Konkursmasse kommt auch in Schöneberg, Hauptstr. 10, mit zum Verkauf.

Nur Serienpreise von 0-12.

Table with 2 columns: Serie and Preis. Lists items like Herren-Anzug, Herren-Paletot, Herren-Hosen, Herren-Joppen with prices.

9 Rosenthaler Straße 9 Ecke Auguststraße

137 Gr. Frankfurter Str. 137

85 Chaussee-Straße 85

19 Turm-Straße 19

29-30 Kottbuser Damm 29-30

Schöneberg 10 Haupt-Straße 10

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Ein Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Hüden unmont. Die Herkules-Hose 4 M. 50

Baer Sohn

Grüdenstr. 11. Chausseestr. 29/30. Gr. Frankfurterstr. 20. Haupt-Katalog gratis und franco. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 14711\*

Nachdruck verboten!

Greift zu!

Table with 2 columns: Item and Preis. Lists items like Monatsanzüge, Absonnerungsanzüge, Pfandleihanzüge, Partisanenanzüge, Gebrochene Anzüge, Anzüge, Erfas f. Woch, Paletots, Hosen.

Moldauer

Primenstraße 64, im Laden. — Straßenbahn-Vergütung. —

Hygienische Bedarfsartikel.

Gummiwaren, 10000 Auerk. V. Prof. u. Aerat. empf. bill. Apoth. S. Schweitzer's Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.



**Orts-Krankenkasse  
der Buchbinder  
und verwandten Gewerbe.  
Bekanntmachung.**

Sie machen hierdurch bekannt, daß die von der Generalversammlung am 4. November v. J. beschlossene neue Statutenänderung vom Bezirksausschuß genehmigt ist und am Montag, den 20. März d. J., in Kraft tritt.

Diese Statutenänderung bestimmt die Einführung einer neuen Klasse als A-Klasse für Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 4,50 M. und mehr beträgt. Der Beitrag hierfür beträgt 1,08 M., das Krankengeld 13,50 M. pro Woche. Ferner tritt eine Herabsetzung des Krankengeldes auf Dreiviertel des Krankengeldes, das Taschengeld auf das Doppelte des bisherigen Betrages erhöht wird. § 17 wird gestrichen.

Alle übrigen Änderungen wurden in der beschlossenen Weise genehmigt.

Der Vorstand. 171/18  
Bernh. Jost Carl Gottesmann  
Vorstand Schriftführer

NB. Druckexemplare obiger Verordnung sind im Kassenlokal, Engelstr. 15, zu haben.

**Geschäftsöffnung.**

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich am 1. April in **Alt-Glienicke**, Rosenfelderstr. 38, ein **Zigarren-Geschäft** eröffne.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne  
Hochachtungsvoll  
Gustav Belau, Maurer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,  
Gartenstraße 109-114:

**General-Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Der Antrag der Ortsverwaltung betreffend die Zusammensetzung unserer Generalversammlung.
2. Der Antrag der Baugruppen betreffend Wahl eines Bauteilkontrollseers.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

114/8

**Die Ortsverwaltung.**

**Handwerker, Maschinisten und Heizer  
sämtlicher Brauereien Berlins und Umgegend!**  
Sonntag, 29. März, nachmittags 2 Uhr, im „Englischen Garten“,  
Alexanderstr. 27 c, parterre:

**Oeffentliche Versammlung  
sämtlicher Handwerker, Maschinisten und Heizer der  
Brauereien Berlins und Umgegend.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Busch: „Der neue Reichsbereinsgesetzentwurf“.
2. Verschiedenes.

Der Einberufer. H. Schwittau.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer.**  
Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, 29. März, nachmittags 5 Uhr, im „Englischen Garten“,  
Alexanderstr. 27 c, parterre:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage in Köln. Wahl des Delegationskomitees. Verschiedenes.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Lieferant des

**Berliner  
Konsum-  
Vereins**

Frankfurter Allee 165  
an der Mainzerstraße



**Sämtliche Manu-  
faktur-Waren  
Kleider-Stoffe  
Gardinen etc. etc.**

Verkaufsstelle  
S. Eisenstädt.

Verlangen Sie Konsum-Marken!

Begründet 1879.

**Im eigenen Interesse**

eines jeden Käufers von Herren- und Knabengarderobe liegt es, sich von der Leistungsfähigkeit meiner seit dem Jahre 1879 im Osten Berlins bestehenden Firma zu überzeugen. Ich führe nur gute und reelle fertige Bekleidung vom einfachsten bis zu dem elegantesten Genre. Eine Spezialität meiner Firma ist Anfertigung nach Maß von besten deutschen und englischen Stoffen in eigenen Werkstätten im Hause. Garantie für guten Sitz und tadellose Verarbeitung zu maßigen Preisen. Der fortdauernd wachsende Zuspruch aus allen Kreisen bietet die beste Gewähr für die Reellität meiner Firma.

**JULIUS LINDENBAUM**

Herren- und Knabengarderobe  
Große Frankfurterstraße 141 Ecke der Fruchtstraße.

Lieferant des Berliner Konsumvereins.

ist es für Berlin nicht mehr, daß

**Westmanns Konfektionshaus** Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den  
Berlin Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus a. d. No. 1, Andreasstr.

für Geschmack, Mode und Billigkeit tonangebend ist. — deshalb befolgen Sie sich, bevor der nicht zu bewältigende Andrang kommt, und wählen Sie schon jetzt Ihre Frühjahrs- und Sommer-Garderobe!

**Kostüme! Mäntel!! Röcke!!!**

Letzte Neuheiten aus Paris, Wien, London, in den Preislagen von M. 3.—, M. 15.—, M. 30.— usw. bis M. 270.—

**Staubmäntel! • Tuchpaletots!! • Taffet-Konfektion!!!**

ca. 1500 Stück, neueste Moderscheinungen, in 5 Abteilungen  
bisher M. 10.— M. 15.— M. 25.— M. 30.— bis M. 175.—  
heute M. 4 1/2 M. 6 1/2 M. 11 1/2 M. 17 1/2 bis M. 83 1/2

Ein großer Posten **Uebergangsmäntel**, früher bis M. 29.—, jetzt zu M. 8.— pro Stück, zum Ausuchen!

Bei Einkauf von M. 20.— an gratis ein elegantes Kammgarn-Frühjahrsjackett!

Im eigenen Interesse achte man genau auf meine Firma und Hausnummer.

Elegantes Trauermagazin. — Auswahl und Preise konkurrenzlos!

Des großen Andranges wegen in den Nachmittagsstunden Besuch möglichst vormittags erbeten!



Sonntags geöffnet 9-10, 12-2 Uhr.

Die noch vorhandene Herbst- und Winterkonfektion zu jedem Preise!!!

Unserem Bezirksführer Genossen  
**Balletrow**  
(661b Bezirk) zu seinem heutigen Wiegensfeste ein  
**donnerdes Hoch!**  
E. J. K. H. G. Fh.

**Rauchklub „Veilchenblau“.**  
M. d. A.-R.-B.

Siehe zur Nachricht, daß unser  
Beisitzer

**Otto Bley**

am 28. März an der Broletarierkrankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Falkenberger Chaussee, aus statt.  
10215 Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 25. März, mittags 1 Uhr, verstarb plötzlich meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Anna Wölfel**

geb. Klawitter.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wobler Krankenhauses, Birkenstraße, aus statt. 10406  
**Otto Wölfel** nebst Kindern.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**

Hiermit biete den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, die Kollegin

**Anna Wölfel**

am 25. d. Mts. im Alter von 33 Jahren an Blutvergiftung gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wobler Krankenhauses, Eingang Birkenstraße, aus nach dem Heilands-Kirchhof statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
68/6 Die Verwaltung 2.

Unserem Genossen und Gemeindevorsteher Herrn  
**Heinrich Werner**  
zum 25jährigen Ehejubiläum die besten Glückwünsche.  
Der sozialdemokr. Wahlverein  
Bezirk Erkner.

Statt jeder besonderen Meldung.  
Am Mittwoch, den 25. März, verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

**Karl Bastian.**

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an, die trauernden Hinterbliebenen  
**Luise Bastian geb. Werner.  
Elisabeth Bastian.  
Karl Bastian.**

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 29. März, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Lichtenberg, Wagnersstraße 84, nach dem alten Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
für den  
Bezirk Lichtenberg.**

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt

**Karl Bastian**

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, 29. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Wagnersstr. 84, aus nach dem alten Georgen-Kirchhofe, Landsberger Allee statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
14/6 Der Vorstand.

**Verband der freien Gast-  
u. Schankwirte Deutschlands**  
Ortsverwaltung Lichtenberg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Karl Bastian**

am Mittwoch, den 25. März, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Wagnersstr. 84, aus nach dem alten Georgen-Kirchhofe, Landsberger Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
10396 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.

Am 26. März verstarb im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung unser treues Mitglied

**Carl Reimann**

Schultheißenstr. 3.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. März, nachmittags 12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Westmann-Konfektionshauses in Niederlehndamm, Nordend aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Verbandsleitung.

**Zentral-Verband  
der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Bezirk 23.

Den Versessenen zur Nachricht, daß unser Mitglied

**L. Trobel**

nach jahrelangen Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Kirchhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
254/5 Der Vorstand.

**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für 14752  
**Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 293, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr



**Besondere Vorteile**  
bietet das neuerrönte  
**Centralhaus moderner Herrenkleidung**  
Neue Friedrichstr. 35, I  
neben der Zentral-Rathhalle,  
da es an Jedermann gebiegene  
schöne Garderobe fertig und nach  
Maß gegen  
wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an-  
liefern. — Eigene Schneider u.  
Werkstätten. — Bei Wunsch besucht  
Sie unser Stadtreisender mit  
den neuesten Stoffmustern.  
Sonntags u. 8-10 u. 12-2 geöffnet.  
Kein Waren-Kredithaus;  
daher billigste Preise.



Warenhaus

# Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Während der **Umzugs-Tage** von Sonnabend, den 28. März, bis Freitag, den 3. April cr.,

verabfolgen wir

## Doppelte Anzahl Sparmarken

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

# 8 Sparmarken.

**6000 Hüte u. Mützen** (für Frühjahr u. Sommer) für Knaben u. Mädchen, Südwestler, Matrosen-, Jockey-, Stickerei-Hüte, seidene u. Japon-Hüte, so lange Vorrat.

Serie I. Wert bis 0,75, Stück <b>10</b> Pl.	Serie II. Wert bis 1,-, Stück <b>28</b> Pl.	Serie III. Wert bis 1,50, Stück <b>45</b> Pl.	Serie IV. Wert bis 2,75, Stück <b>75</b> Pl.	Serie V. Wert bis 5,-, Stück <b>1,50</b>	Serie VI. Wert bis 10,-, Stück <b>2,50</b>
---	---	---	--	--	--

**Sonder-Angebot** von Sonnabend, den 28., bis Dienstag, den 31. März cr., so lange Vorrat.

Fleischwaren		Kolonialwaren	
Kasseler Rippespeer Pfd. 0,70 M. Liesen . . . . . Pfd. 0,63 M.	Gem. Gemüse, gute Misch., 2 Pfd.-Dose 0,60	Kohlrabi, 2 Pfd.-Dose 0,28	
Rückenfett . . . . . 0,58 „ Fr. Schweinekarbonade „ 0,80 „	„ Marmelade, 5 Pfd.-Eimer . . . 1,40	Kunsthonig, 5 Pfd.-Eimer 1,65	

\*) Ausgenommen einige Artikel und Sonder-Angebote.

Ich liefere  
**auf Credit**  
an Jedermann  
**Möbel**

Polsterwaren  
Compl. Wohnungs-  
und  
Kücheneinrichtungen  
Betten, Steppdecken  
Teppiche  
Gardinen, Portièren  
Leib- und Bettwäsche  
Bilder, Uhren  
Gas- und Petroleum-  
Kronen  
Sport- und Kinderwagen  
ev.  
ohne Anzahlung  
bei  
kleinster Abzahlung

Möbel- u. Waren-Credit-Haus  
**S. DORN**  
Alte Schönhauserstr. 3  
am Tor.

**Eine Mark**  
abgibtliche Teilzahlung liefern  
elegante fertige Herren-Moden  
15520

**Herren-Garderoben**  
Ordnung für Mann  
Anfertigung nach Maass.  
Zauberhafte Ausstattungen.

**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, 11  
Eingang Straubberger Platz.

## Kein Geheimnis mehr! Jeder soll es wissen!

**Zum Umzug!**

**Interessant**  
für jede  
**Braut**  
für jeden  
**Bräutigam**  
für jede  
**Familie**  
für jeden  
**Beamten**  
für jeden  
**Handwerker**  
für jeden  
**Arbeiter**

Wer nur einmal den Reiz des Credits kennen gelernt, wird ständiger Kunde in dem grössten derartigen Geschäft des Ostens von Felix Jacob bleiben, welches durch den hieraus grossen Einkauf für seine vielen Geschäfte in der Lage ist, eine kolossale Auswahl in Möbel und Garderobe in allen Preislagen und in den allerbesten Qualitäten ständig am Lager zu haben.

**Bräutleute** wollen sich die Riesenauswahl in ganzen Wohnungseinrichtungen, einzelnen Zimmern, Bettstellen, Matratzen, Spinden, Vertikos, Diwans, Tischen, Stühlen u. s. w. ansehen.

**Einrichtung ganzer Wohnungen**  
sowie einzelner Zimmer zu den allgünstigsten Bedingungen, übernimmt Felix Jacob, Gr. Frankfurterstr. 126.

**Beachten Sie meine Spezial-Möbel-Offerte!**

1 Zimmer M. 80 — Anz. M. 8 — wöchentl. M. 1,00  
1 Zimmer M. 98 — Anz. M. 10 — wöchentl. M. 1,50  
2 Zimmer M. 150 — Anz. M. 15 — wöchentl. M. 2,00  
2 Zimmer M. 198 — Anz. M. 20 — wöchentl. M. 3,00  
2 Zimmer M. 298 — Anz. M. 30 — wöchentl. M. 3,50

**Anzüge und Paletots.**  
1 Anzug M. 20 — Anz. M. 5 — wöchentl. M. 1,00  
1 Anzug M. 30 — Anz. M. 6 — wöchentl. M. 1,50  
1 Anzug M. 39 — Anz. M. 8 — wöchentl. M. 1,80

**Damen-Garderobe.**  
Damen-Jacke . . . . . M. 14 — Anzahlung M. 4  
Damen-Kostüm . . . . . M. 50 — Anzahlung M. 5  
Damen-Rock . . . . . M. 12 — Anzahlung M. 3  
Blusen . . . . . M. 10 — Anzahlung M. 3

**Felix Jacob** — vormals —  
Rob. Blumenreich  
Grosse Frankfurter Strasse 126 Ecke und Eingang  
Koppenstrasse 53  
Achten Sie genau auf meine Firma.

Streng reell!!

**Spezial-Möbel-Halle**  
Harry Goldschmidt  
59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallschreiberstrasse.  
Nicht zu vergleichen mit  
Abzahlungs-Geschäften,  
welche Garderobe usw.  
führen.

**Extra-Abteilung**  
verliehen gewesener Möbel  
wöchentliche od. monatl.  
Teilzahlung gestattet.

Preise billig!

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefern  
elegante fertige Herren-Moden  
Massanfertigung, feinste Verarbeitung.  
Grosses Stofflager.  
Erstklassige Schneider-Werkstatt  
im Hause.

Spezial-Geschäft für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg,**  
Rosenthalerstrasse 40-41, 1  
(Häckerstr. Markt) und  
An der Jannowitzbrücke 1, 1  
Bahnhof Jannowitz-  
brücke.



10

Anlässlich des 10 jährigen Bestehens  
unseres Hauses

**Belle-Alliancestrasse**

geben wir bei Einkäufen heute und Montag, als  
Besondere Vergünstigung an unsere werthe Kundschaft

**die doppelte Anzahl  
Rabattmarken.**

Wir geben sonst bei Einkäufen von Mk. 100  
4 Rabattmarken

dagegen heute und Montag  
**8 Rabattmarken.**

Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Genussmittel und wenige andere  
Artikel, bei welchen wir an Verkaufspreise gebunden sind.

**A. JANDORF & Co**

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

**Peek & Cloppenburg**

Gertrauden-Straße  
25-26-27

bei der Petri-Kirche

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung.

Zum Frühjahr:

**Sacco-Anzüge**

Serie 2 **19** M. Ser. 3 **24** M. Ser. 4 **27** M. Ser. 5 **32** M.

Unsere Anzüge in genannten Serien sind äußerst preiswert  
mit Bezug auf Qualität und Ausführung.

Jeder Kauf ist eine Empfehlung für uns.

Hohe Leistungsfähigkeit durch eigene Erzeugung unserer Fabrikate.

Straßenbahnlinien: 38, 47, 48, 58, 59, 62, 64 bis 72, 74, 78, 79, 80, (6, 9, 83, 84, 87, 88, 91, 92).

Unübertroffen billig

ist L. BEUTLER's diesjähriger

**Saison-Verkauf in Bettfedern u. Betten**

Bitte sich hiervon zu überzeugen.

Großer Stand Betten schon . . . 12.00, 15.00, 20.00, 30.00 M.  
Ausnahme-Preis Mandarinen-Daunendeckbett . . . 13.80 M.  
Bettfedern, garantiert staubfrei . . . Pid. 0.50, 0.75, 1.00 M.  
Hochfeine Halbdaunen . . . . . Pid. 1.25, 2.00, 2.50 M.  
Mandarinen-Daunen . . . . . jezt nur Pid. 2.40 M.

Fertige Inletts, Bezüge, Laken sehr billig.

Bettfedern-Dampfreinigung. Transport frei.

**L. Beutler**  
Oranienstrasse 8, nahe Hochbahn  
Ackerstrasse 25, Ecke Invalidenstr.  
Reinholdsdorferstrasse 115, nahe  
Bahnhof Wedding.

Vorziger dieser Anzeige erhält 5% Rabatt.

**Hut-Arnold** Dresdenerstr. 116  
(KleinLaden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft  
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1.50-6.00    Stiefe Herrenhüte v. 2.00-7.00  
Nur fehlerfreie moderne Ware.    Nur fehlerfreie moderne Ware.  
Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

**Blitz-Schnell**

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,  
Station im Hause. Haltestelle Bringenstrasse. Umsteigt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,

1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für corpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinem Kanollwoll und Kellenden, die nur einen  
Monat ihre Garderobe tragen.

Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.







# Apollo Theater

Abends 8 Uhr:  
Die unerreichten Attraktionen.  
**Paul Spadoni**, in sein Reuheiten.  
**Josef Modl**, Wien's popul. Humor.  
**The black Diamonds**,  
Die vier Athleten  
(Charmante Spiele).  
Dazu: **Nitlaw der Moderne**  
mit Mia Werber u. G.  
Sechste Woche! Sechste Woche!

**Happoldt's**  
Neuer Konzertsaal.  
Jeden Sonntag, Dienstag und  
Donnerstag:  
Großes Militär-Konzert.

**Trianon-Theater.**  
8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.  
Mittwoch, 1. April: Gastspiel Char-  
lotte Wiebe: Seine erste Frau.  
Nacht in Nizza.



**Gustav Behrens-Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
**Gr. Damen-Ringkampf**  
Preisgekrönte Ringkämpferinnen.  
Neu! Richter als Wasserfontäne.  
Kaffe in 1 Akt.  
16 Spezialitäten. Tischesitograph.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

**Jenensia-Räder!** Mod. I.  
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!  
**Adler-Räder!**  
2425L\* **Phänomen-Räder!**  
Groskurth's Social-Räder von M. 56.— an!  
Auswahl in gebrauchten Rädern!  
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!  
**R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.**

Von der Sammlung:  
**Sozialdemokratische Gemeindepolitik**  
Kommunalpolitische Abhandlungen  
Herausgegeben unter Leitung von Paul Dietz  
Es folgen das nächste Heft:  
**Das Submissionswesen**  
von Fritz Paeplow  
erschienen.  
Preis 40 Pf., für die bessere Ausgabe 1 M.  
Die ersten sechs Hefte behandeln folgende Themen:  
Heft 1: Das kommunale Wahlrecht. Von P. Dietz, Dr. S. Lindemann. Preis 50 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf.  
2: Kommunale Arbeiterpolitik. Von Dr. S. Lindemann. Preis 60 Pf., Agitationsausgabe 40 Pf.  
3: Kommunale Schulpolitik. Ein Führer durch die Gemeindegliederung auf dem Gebiete der Volksschule von Dr. R. Duard. Preis 1 M., Agitationsausgabe 50 Pf.  
4: Kommunale Wohnungspolitik. Von Paul Dietz. Preis 1 M., Agitationsausgabe 50 Pf.  
5: Steuern und Gebühren. Von Dr. S. Lindemann. Preis 60 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf.  
6: Die häusliche Regel. Von Dr. S. Lindemann. Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 40 Pf.  
Zu beziehen durch:  
**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.**  
Lindenstraße 69. Laden. 243/15

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**vierten Berliner Reichstagswahlkreises.**  
Sonntag, den 29. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses,  
Engel-Ufer 15:  
**Kunstabend**  
zum Andenken an Richard Wagners 25. Todestag  
unter gütiger Mitwirkung der Genossen Dr. Pfeißner und Leo Kestenberg.  
**Gesang. — Klavier. — Harmonium.**  
Nach dem Konzert: **Tanz.** Billett 25 Pf.  
Billettverkauf findet nur an der Abendkasse statt. **Der Vorstand.**

**Freiheitliche Bühne.**  
**Bekanntmachung!**  
Infolge der uns zugegangenen Anregungen haben wir uns entschlossen, mit der  
Direktion des „Theaters an der Spree“ ein neues Abkommen zu treffen, nach  
dem das soziale Drama  
**„Ausgewiesen“**  
am morgigen Sonntag 3 Uhr dortselbst wiederum in Szene geht.  
Dieses aus der Zeit des „Sozialistengesetzes“ stammende Kulturbild war  
**zwölf Jahre polizeilich verboten**  
und wird nun zum 22. Male gegeben!!!  
Die Leser des „Vorwärts“ zahlen nicht die Kassenpreise, sondern  
**95 Pf. für Orchesterfauteuil.**  
Nur gegen Abgabe dieser ausgeschnittenen Anzeige an der  
Kasse des Theaters an der Spree, Köpenicker Straße 68.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluss:  
**Sufaren-Streiche.**  
Am. möchtl.  
Sonnt. 7 U.  
Reichshallen-  
Restaurant:  
**Militär-  
Konzert.**

**Der Hut macht den !! Mann !!**  
**Moderne Herren-Hüte**  
**Spezialität 2 15 Mk.**  
Tadellose fehlerfreie Qualitäten  
Neueste Formen, unerreichte Auswahl.  
Täglich Eingang von Neuheiten.

Ziehung: 29. April 1908  
Die zu diesem Termin  
einzigste Lose a Mk. 1.—  
**Frankfurter Lose**  
p. Stück Mk. 1.—  
11 St. M. 10.—, 22 St. Mk. 20.—  
28 „ „ 25.—  
Porto u. Liste 30 Pf. gegen Vor-  
einsetzung des Betrages p. Post-  
anweisung oder Marken, Coupons,  
auch unter Nachn. versendet die  
**Glücks-Kollekte**  
**Oppenheimer-Kaufmann**  
Frankfurt a. M.,  
Große Bockenheimerstraße 6.



**Das Rätsel**  
trotz teurer Lebensbedürfnisse doch  
eleganter zu erscheinen. Ist das  
**Versandhaus Berliner Herrenmoden**  
nur Stralauer Straße 28 I, am  
Rosenmarkt, durch die  
Vorzugsgebieter Herren-Garderobe  
fertig und nach Maß an  
jedermann auch gegen wöchent-  
liche Teilzahlung von 1 M.  
an. Eigene Schneidererei und  
Werkstätten, daher unübertroffene  
Leistungsfähigkeit. Beschäftigung  
unserer großen Betriebe während  
Rein-Kaufmann. Kein Waren-  
kredit. Ueber unsere reelle  
Bedienung schriftliche An-  
erkennung. Bei Wunsch Besuch  
unseres Stadtreisenden mit reich-  
haltigen Mustern. Wochentags bis  
8 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.  
Nachdruck verboten.

**Nathan Wand**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Die schönsten  
**Herren-Sommer-Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie gepreßte  
**Monats-Garderobe**  
non-kavalieren getragene Sachen,  
sind nun, für jede Figur passend,  
gepreßte Sachen angelegt sind in  
großer Auswahl Preis zu staunend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Querbahnstation Rotbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Brunnen-Str. 17-18** **H. Greifenhagen Nachf.** **Veteranen-Strasse 1-2**

# Besonders preiswerte Artikel für den Umzug

**Ein Posten engl. Tüll-Gardinen**  
weiss oder crème . . . Mtr. 30 45 58 Pf.  
in allerbesten Qualitäten . . . Mtr. 78 98 Pf.  
Abgepasste Fenster — 2 Flügel . . . 2.25 3.25  
Stores, weiss oder crème . . . 1.65 2.75 3.50  
Scheibengardinen . . . Mtr. 25 38 48 Pf.  
Bettedecken . . . für 1 Bett 1.95 2.75

**Ein Posten Portieren-Garnituren**  
2 Shawls u. 1 Lambrequin aus Filztuch 3.85  
do. in bester Ausführung . . . 5.25 6.50  
do. aus Plüsch . . . 10.50 13.50

**Ein Posten Tischdecken**  
Aus Filztuch, mit Stickerol. . . 1.45 2.75 3.50  
do. mit Applikation . . . 1.95 4.50  
Phantasia mit Franse in guter Qualität . . . 4.85  
Aus Plüsch, bestickt . . . 8.50  
do. in guter Qual., 190x160 gross 12.50  
do. extra schwer . . . 15.50  
Plüsch-Wandschoner in allen  
Farben . . . 6.75

**Ein Posten Teppiche**  
Imitiert Perser 160x240 . . . 9.75  
Axminster . . . 130x190 8.75 160x240 14.75  
Velour . . . 180x190 160x240 200x300  
Axminster-Vorleger . . . 15.50 24.50 35.50  
Axminster-Vorleger . . . 1.75 2.25  
Tapestry-Vorleger . . . 1.95  
Plüsch-Vorleger . . . 3.50 4.75

**Eisenwaren**  
Vorhänge-Schlösser . . . 5, 10, 25 Pf.  
Eiserne Storesstangen, ausziehbar  
140 cm lang . . . 68 Pf.  
Scheibengardinen-Stangen,  
ausziehbar . . . 5 Pf.  
Strahlregler, Messing . . . 5 Pf.  
Strahlregler, Porzellan . . . 10 Pf.  
Reissnägel, Karton 3 Dutzend . . . 5 Pf.

**Wirtschafts-Artikel**  
Briefkästen, grün, marmoriert . . . 38 Pf.  
Brotkästen mittelgross, hellblau . . . 1.25  
Ringständer, gedreht . . . 38 Pf.  
Kleiderbügel, gross, 6 Stück . . . 20 Pf.  
Küchen-Handtuchhalter . . . 58, 88 Pf.  
Fenstergaze, grün, Quadratmeter . . . 1.15  
Balkonkästen 40 60 80 cm  
grün 75 95 Pf. 1.35  
Blumenbretter grün, 1 m lang 1.50

**Hochelegante  
Porzellan-Küchengerät**  
Perlmutter mit Gold  
eckige moderne Form  
28 teilig Mark 20.00

**Gefüllte Betten**

**SERIE I**  
Oberbett . . . 5.75  
Unterbett . . . 5.40  
2 Kissen à 1.85 . . . 3.70  
Stand 14.85

**SERIE II**  
Oberbett . . . 8.30  
Unterbett . . . 6.95  
2 Kissen à 2.15 . . . 4.30  
Stand 19.55

**SERIE III**  
Oberbett . . . 11.10  
Unterbett . . . 9.55  
2 Kissen . . . 6.00  
Stand 26.65

**Holzgalanteriewaren**  
Gardinenstangen . . . 68, 48, 30 Pf.  
Holzrosetten . . . von 10 Pf an  
Handtuchhalter . . . 48 Pf.  
Portierengarnituren . . . 1.95  
Salontische . . . 98 Pf.  
Bambustische mit 2 Tellern . . . 98 Pf.  
Bücherbretter . . . 98 Pf.  
Vogelkäfige mit Halter . . . 1.95  
Bürstenständer . . . 98 Pf.  
Hausapothecken . . . 98 Pf.

**Ein Posten Steppdecken**  
Gloria-Satin . . . Serie I 4.75 Serie II 6.25  
Gloria-Satin, Handarbeit 6.75, Prima 12.75

**I Post. Läufer- u. Möbelstoffe**  
Jute-Läufer . . . Mtr. 55 85 Pf.  
Tapestry-Läufer . . . Mtr. 1.95 2.45  
Velour-Läufer . . . Mtr. 2.95  
Phantasia-Möbelstoffe für Solabezüge Mtr. 1.95  
Koteline-Möbelstoffe für Solabezüge Mtr. 2.25  
Mokette-Plüsch ca. 130cm breit, Mtr 6.75  
Linoleum-Läufer . . . Mtr. 78 Pf.  
Linoleum-Vorleger . . . Stück 85 Pf.

**Ein Posten Vorhangstoffe**  
in ganzer Fensterbreite  
crème, altgold, rot Meter 1.10

**Bettstellen**  
Polster-Bettstell., Manillabett, m. Spirale 6.50  
Polster-Bettstellen, bunter Drillbezug . . . 7.75  
Polster-Bettstellen m. Spirale, best. Unterbod. 8.50  
Chaiselongue-Bettst. m. 9 Kegeleprunghed. 10.50  
Harmonika-Bettstellen . . . 9.50  
Auflege-Matratzen 60/130 70/140 80/185 90/190  
rotgeleitet, Drillbezug 4.85 5.85 7.85 8.75  
rot gezeugt 3.75 4.25 4.75 5.40  
ditto, graugeteilt . . .  
Bettfedern . . . Pfd. 60 Pf., 1.25 1.95

Nur heute  
**Sonnabend:** | verabfolgen wir bei Einkäufen  
**Doppelte Rabatt-Marken**  
\*) mit Ausnahme einiger Artikel.



# Warenhaus H. JOSEPH & Co.

Berliner Straße 54-55.

RIXDORF.

Ecke Jäger-Straße.



**Eröffnung des gesamten Neubaus  
Sonnabend, den 28. März, mittags 1 Uhr.**

**1500 Mark  
verschenken wir:**

Denn wir haben auf unsere Frage: „Wer ist am schönsten?“ obige Summe für Preise ohne jede Gegenleistung, ohne jeden Kaufzwang ausgesetzt. Wir wollen nur wieder dem großen Publikum beweisen, daß wir durch unseren wahrhaften Riesenumsatz wirkl. Vorteile jedem Käufer bieten können.

**Einzig in seiner Art:**

Jede Ueberschätzung ausgeschlossen, da an jedem Gegenstand 2 deutlich sichtbare Preise, u. zwar: 1 Teilzahlungspreis zum Verkauf auf Kredit und 1 Kassapreis zum Verkauf gegen Bar.

## Möbel auf Kredit

u. gegen bar kauft man nirgends besser u. billiger als in unseren vereinigten Riesenhäusern. Aus unserem unendlich grossen Lager geben wir nachstehende Spezialofferte bekannt:

### Einfache Wohnungs-Einrichtung:

bestehend aus 1 Stube u. Küche, kostet:	bei Barzahlung Mark	auf Teilzahl. Mark
1 Kleiderspind, Nussb. imit., 2stüdig	40,50	45
2 polierte Bettstellen m. Matratze	108,00	120
2 Rohrsitzstühle	9,00	10
1 Sofatisch	14,40	16
1 Sofaspiegel	9,00	10
1 Kommode imit. Nussbaum	33,00	36
1 Küchenspind, mod. Schöfben	29,00	33
1 Küchentisch	9,00	10
1 Küchenrahmen mit Aufsatz	7,20	8
2 Küchenstühle	5,40	6
	264,50	294

Anzahlg. auf diese kompl. Einrichtung von 15 Mk. an.

### Gediegene bürgerliche Wohnungs-Einrichtung

In besonders sorgfältiger Ausführung, bestehend aus 1 Zimmer und 1 Küche, kostet	bei Barzahlung Mark	auf Teilzahlung Mark
1 imit. nussb. Kleiderspind, 2stüdig m. Muschel	54,00	60
1 imit. nussb. Vertiko, 2stüdig mit Aufsatz	54,00	60
1 imit. nussb. Spiegelspind, 2stüdig	27,00	30
1 grosser Spiegel, Passotiglas	27,00	30
1 elegantes Sopha	72,00	80
1 Sophatisch	30,60	34
2 polierte Bettstellen und Matratzen	126,00	140
4 Rohrsitzstühle, modern	21,60	24
1 Küchenspind mit modernen Schöfben	36,00	40
1 Küchentisch mit Aufsatz	10,80	12
1 Küchenrahmen mit 3 Kästen	7,20	8
2 Küchenstühle	6,30	7
	472,50	525

Anzahlung von 35 Mark an.

### Elegante Einrichtungen

bestehend aus 1 Salon, 1 Wohn- bzw. Speisezimmer, 1 Schlafzimmer und 1 moderne Küche

Bei Barzahlung	auf Teilzahlung	Anzahlung von
529 <sup>20</sup> M.	588 <sup>00</sup> M.	50 M. an

**Einzelne Salons, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer etc.**

## Die erste Großmacht

C. Wachsmann & Co., Reinickendorfer Str. 15 | M. Glogau, Alte Jakob-Str. 73 | Paul Neugebauer Nachf.,  
Ecke Ravené-Strasse | Ecke Ross-Strasse | Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 21.



# Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

## Unser extra billiger Oster-Verkauf

beginnt

Sonnabend, den 28. März.

Zur gefl. Beachtung,

daß es sich bei diesem Ausnahme-Verkauf durchweg nur um tadellose, **garantiert** fehlerfreie Fabrikate von hervorragender Qualität handelt.

Nur um unserer verehrl. Kundschaft wiederum einen besonderen Beweis unserer Leistungsfähigkeit zu geben, wird dieser Verkauf veranstaltet.



Ferner empfehlen sämtliche

### Frühjahrs-Neuheiten

in hochparter Kollektion!



**Bitte! Nicht irren!**  
Man achte stets auf unsere volle Firma Conrad Tack & Cie.

um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden.



### Farbige Schuhwaren

aller Art, für Straße, Sport, Reise u. Haus.



Man beachte folgende enorm billige Ausnahme-Preise:

Herren-Boxhorse-Schnürstiefel eleg. Straßenstiefel	690 M.
Herren-braun Chevreau-Schnürstiefel hochmoderne Form konkurrenzlos billig	850 M.
Herren-Schnürstiefel fein Chevreau-Horse, hocheleg. Fassung „Original-Goodyear-Welt“	1050 M.
Mädchen-Boxhorse-Schnürstiefel moderne breite Form, Schultiefel	350 M. 390 M. 420 M. 450 M. 490 M.
Größe 25-28 27-29 29-30 31-33 34-35	
Knaben-Boxhorse-Schnürstiefel in eleganter, bequemer Paßform	570 M. 620 M. 680 M. 740 M.
Größe 31-33 34-35 36-37 38	
Leder-Hausschuhe schwarz u. farbig, mit Absatzfleck, für Herren	345 M.
für Damen	215 M.
Kinder-Leder-Knopf- und Schnürstiefel schwarz u. farbig, mit kleinem Absatz	58 Pl.
Größe 22-24	
Plüsch-Pantoffel für Herren	88 Pl.
für Damen	68 Pl.
Damen-imitiert Chevreau-Schnürstiefel m. Lackzierkappe, schicke Form unerreicht in dieser Preislage	590 M.
Damen-braun Chevreau-Schnürstiefel mit Lackzierkappe, sehr apart stauend billig	750 M.
Damen-Schnürstiefel fein Chevreau-Horse, mit u. ohne Lackzierkappe „Original-Goodyear-Welt“	950 M.
Damen-Melton-Pantoffel in hübsch. Farben, enorm billig	58 Pl.
Kinder-Leder-Knopf- und Schnürstiefel schwarz u. farbig, mit kleinem Absatz	245 M.
Größe 22-24	

Unsere Verkaufsgeschäfte in Berlin u. Umgebung befinden sich **nur**:

- C., Rosenthalerstr. 14
- C., Gertraudenstr. 22 vis-a-vis d. Petrikirche, fr. Spittelmarkt 15
- W., Potsdamerstraße 50 Wir bitten genau a. d. Hausnummer 50 zu achten
- W., Schillstraße 16
- SO., Oranienstraße 32 zwischen Oranienplatz und Adalbertstraße
- SO., Oranienstraße 2a
- SO., Wrangelstraße 49
- SW., Friedrichstr. 240-241 u. Hallesch. Tor
- NW., Beusselstraße 29
- NW., Wilsnackerstraße 22
- NW., Turmstr. 41 Ecke Oldenburgerstraße
- O., Andreasstraße 50
- O., Frankfurter Allee 125
- N., Reinickendorferstraße 23
- Charlottenburg: nur Wilmersdorferstraße 122-123
- Rixdorf: Bergstr. 30-31 | Potsdam: Brandenburgstr. 54
- N., Danzigerstr. 1
- N., Friedrichstr. 127 schräg gegenüber d. Oranienburgerstraße
- N., Müllerstraße 3



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen und nicht mehr zur Verfügung...

Friedenau. Die Parteigenossen werden darauf hingewiesen, daß am Sonntag früh 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung stattfindet...

Schlesdorf. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß morgen Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet...

Steglitz. Am morgigen Sonntagmorgen 4 Uhr findet bei Schellhase, Hornstr. 15, eine öffentliche Versammlung statt...

Treptow-Baumgartenweg. Morgen, Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, findet im ersten Kommunalwahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt...

Wannsee. Sonntag vormittag 10 Uhr Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen...

Neuenhagen. Am Sonntag, den 28. d. M., früh 8 Uhr, findet im ganzen Bezirk von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt...

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Am Sonntag, den 29. März, morgens 8 1/2 Uhr, findet in den Bezirken Eichwalde, Niederdorf und Zeuthen eine wichtige Flugblattverbreitung statt...

Alt-Glienice. Am heutigen Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet die bei Habrecht aufgelöste Volksversammlung ihre Fortsetzung...

Erker. Am morgigen Sonntag, früh 8 Uhr, findet vom Degehrodtschen Lokal eine Flugblattverbreitung statt...

Schönepfandorf. Heute Sonntag, abends 8 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt...

Hessen. Sonntag früh 8 Uhr findet von Schinke aus eine Flugblattverbreitung statt...

Nieder-Schönhausen. Die machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß morgen Sonntag, pünktlich 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet...

Tegel. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Gleichzeitig findet eine Kundgebung statt...

Berman. Heute Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Kurzeischen Lokal in der Bürgermeisterstraße die Versammlung des Wahlvereins statt...

Konoweb. Am morgigen Sonntag, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Grubl, Breiterstr. 60...

Berliner Nachrichten.

Waldfrühling.

Nach wiederholten Anstürmen hat der Frühling sich endlich sein Recht erkämpft und kalendermäßig genau ist er eingezogen...

Randvoll sind die Gräben und Teiche von überquellendem Frühlingsgewässer, überall gesäumt vom wachsenden Geißdickicht der Frösche...

deden und tauchen wieder unter, wobei ein perlartig schimmerndes Luftbläschen am Hinterende ihren Weg bezeichnet...

Hell stehen die weißen Birken gegen die dunklen rissigen Kiefern, deren grüne Kronen reizvoll gegen die braunrötlich überlaufenen, noch blattlosen Birken- und Erlenwipfel abstecken...

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute Sonnabend, den 28. d. M. findet der Unterricht in Geschichte seinen regelmäßigen Fortgang.

Zwei weitere Straßenbahnlinien eröffnet die Große Berliner Straßenbahn am 1. April. Mit der von uns schon angekündigten neuen Linie 43...

Die Anschaffung eines Automobils für die Fortschaffung von gefallenen kranken Pferden aus den Straßen hat der Magistrat beschlossen...

Dem Landespolizeibezirk Berlin tritt mit dem 1. April der Bezirk der Stadtgemeinde Lichterfeld und der Bezirk der Landgemeinde Vorpommern-Flummelsburg hinzu...

Auch eine Antwort. In welcher Weise oft Beschwerden über städtische Institute erledigt werden, dafür möchten wir im Nachfolgenden ein Schulbeispiel liefern...

Auf die Beschwerde vom 5. Januar ex. teilen wir Ihnen ergebnis mit, daß sich die Angelegenheit nicht mehr genau hat aufklären lassen...

Wir bemerken dabei, daß der Leidensdiener der Irrenanstalt auch strenge Ausrufung hat, den Angehörigen gegenüber ein angemessenes und artiges Benehmen zu beobachten...

Weigerung, die Leiche zu zeigen, erfolgt. Damals war sie aber nach eigener Mitteilung der Verwaltung noch in Buch, denn sie ist nach dem obigen Bescheide erst am 18. nach Friedrichsfelde gebracht worden...

Unserer Meinung nach ist das überhaupt nicht die Art, Beschwerden zu erledigen. Soll die Bürgerchaft wirklich eine Garantie haben, daß ihre Beschwerden über ihr in städtischen Instituten angeblich zuteil gekommenes Unrecht korrekt erledigt werden...

Was wir schon immer gesagt haben. Die Berliner Wähler melden, soll der Kaiser im Gespräch mit dem Kultusminister Dr. Hoffe geäußert haben, daß nach seiner Ansicht Ferienarbeiten mit dem durch die Schulferien erstrebten Ziel...

Der mutmaßliche Fremdmörder in Schönberg verhaftet.

Der Schönberger Kriminalpolizei ist es gelungen, den Mörder zu verhaften. Es ist der 26 Jahre alte Blumenhändler Hermann Wagner (geboren 10. Oktober 1882). Die Ermordete ist die am 2. März 1876 zu Berlin geborene unberebelichte Emma Stanina...

Im Januar verzog W. nach Berlin, Brunnenstr. 20. Bisher hatte er mit Blumen, Apfelsinen und Wachstüchern in Schönberg gehandelt, seitdem ließ er sich aber in Sabinberg nicht mehr sehen...

Ein wiffbegieriger Pädagoge.

Wieder mal wird und bekannt, daß in einer Schule ein Lehrer an seine Zöglinge Fragen gerichtet hat, die aufscheinend darauf abzielten, sich über die Parteigehörigkeit der Väter zu unterrichten...



Das Frage- und Antwortspiel zwischen Lehrer Richter und seinen Schülern sich wirklich so abgepielt, so muß man annehmen, daß dieser Pädagoge in der Tat selber nicht weiß, was die Arbeiter wollen. Die Kleinen seiner Klasse VII konnten es ihm nicht sagen. Wäre aber der Herr mit seiner Witzbegier an die 13- bis 14-jährigen Jungen einer Klasse I geraten, so hätten sie ihm anders geantwortet. Wir erinnern uns, daß einmal an einer anderen Gemeindeschule ein Lehrer in einer Klasse I seinen Schülern ähnliche Fragen über den Besuchsbesuch der Arbeiterklasse zum Westen gab. Die Jungen sind ihm die Antwort nicht schuldig geblieben. Wünschen muß man freilich, daß die Lehrer solche Fragen überhaupt unterlassen. Es geht sie wirklich nicht das geringste an, zu welcher Partei die Väter ihrer Höglinge sich bekennen. Wenn aber ein Lehrer das Bedürfnis fühlt, sich darüber zu unterrichten, was die Arbeiter wollen, so möge er selber in Arbeiterversammlungen gehen, um zu hören und zu lernen. Dort steht es ihm auch frei, seine eigene Meinung vorzutragen. Doch ist das allerdings vor Männern nicht ganz so leicht und einfach, wie vor Schülern.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde gestern morgen gegen 1/7 Uhr der 41 Jahre alte Schlosser Gustav Behrend aus Sulten, der vorgestern von Potsdam nach Berlin gekommen war und in der christlichen Herberge zur Heimat in der Oranienstraße Logis genommen hatte. Heute morgen stand er um 8 Uhr auf, bezahlte das Quartier und begab sich nach der Straße. Hier blieb er längere Zeit vor dem Eingang der Herberge stehen. Als kurz nach 1/7 Uhr ein Lastautomobil der Kabelwerke vom Kottbusplatz in mäßiger Geschwindigkeit herangefahren kam, soll Behrend auf den Fahrdamm gelaufen und sich unmittelbar vor den Kraftwagen zu Boden geworfen haben, um sich überfahren zu lassen. (Das klingt etwas sehr unglücklich. Red.) Obwohl der Chauffeur bemüht war, den Wagen sofort zum Stehen zu bringen, vermochte er die Katastrophe nicht zu verhindern. Das linke Vorderrad des Automobils ging dem Lebensmüden über den Brustkasten hinweg. Er wurde nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße gebracht, wo aber nur der Tod des Mannes festgestellt werden konnte.

Eine „Kazzia“ nach Glückspielautomaten hat vorgestern durch die hiesige Polizei stattgefunden. Bekanntlich sind in den letzten Monaten in allen Stadtteilen sogenannte „Automaten-Varietés“ eröffnet worden, in denen Geldautomaten der verschiedensten Arten aufgestellt sind. Nach einer gerichtlichen Entscheidung sollen nun sämtliche Spielautomaten, bei denen es sich lediglich um Glück handelt, verboten werden, während solche Apparate, bei denen es auf die Geschicklichkeit der Spieler ankommt, weiter benutzt werden dürfen. Auch in den meisten Restaurants sind derartige Spielautomaten aufgestellt. Am Donnerstag fand nun eine Kontrolle der „Automaten-Varietés“ und Restaurants durch Polizeibeamte statt. Alle diejenigen Apparate, die den gestellten Anforderungen nicht entsprachen, wurden mit Beschlagnahme belegt und sofort entfernt. Sie wurden sämtlich nach dem königlichen Polizeipräsidium gebracht. Die „Kazzia“ nach den Spielautomaten wurde gestern und wird an den nächsten Tagen noch fortgesetzt werden.

Ein ausgelegtes etwa zwei Monate altes Mädchen wurde auf dem Treppentritt des Hauses Weisstr. 51 gefunden. Der Finder nahm das hilflose Wesen mit nach seiner Wohnung und benachrichtigte die Polizei. Diese ließ es nach dem Städtischen Waisenhaus bringen.

Seugen werden gebeten sich zu melden resp. ihre Adresse abzugeben, die gesehen haben, als ein junger Mann am Sonntag, den 22. d. Mts., abends 1/2 Uhr, auf der Fahrt von Mariendorf nach Berlin an der Trainstation in Tempelhof von der Elektrischen Straßenbahn an einer Kurve heruntergeschleudert wurde; besonders der junge Mann, der dem Verunglückten sein Taschentuch um die verletzte Hand gebunden hat. Die Adressen wollen man an H. Bauer, Belle-Alliancestraße 17, Hof 4 Treppen, gelangen lassen.

Aus der Brandchronik. Zwei große Dachstuhlbrände beschäftigten gestern früh die Berliner Feuerwehr am Ronbijou-Platz 4 und in der Wilhelmshavener Straße 24 an der Birkenstraße in Moabit. Der Dachstuhl des Hauses Ronbijou-Platz 4 gegenüber dem Schloß Ronbijou stand früh um 8 Uhr in großer Ausdehnung in Flammen und der in Wilhelmshavener Straße 24 um 10 Uhr. In beiden Fällen hatte die Feuerwehr wieder schwere Arbeit. Der Brandstifter hatte die Dachstühle wieder an mehreren Stellen angezündet, so daß die Flammen, genährt von dem Inhalt der Bodenbeschläge, schnell eine große Ausdehnung erlangten. Durch energisches Vorgehen und kräftiges Wassergerben mit mehreren Schlauchleitungen gelang es der Feuerwehr, beide Brände, die bedeutenden Schaden verursacht haben, auf die Dachstühle zu beschränken. Außer diesen Bränden mußten noch mehrere andere in der Friedrichstr. 6/8, wo Stroß u. a. in einem Schuppen brannte, in der Oranienstr. 30, Ködornstr. 74, Unter den Linden 38 usw. gelöscht werden.

Außer den beiden schon gemeldeten großen Dachstuhlbränden mußte noch ein dritter in der Fehrbelliner Str. 43, Ecke Anklamer Straße, gelöscht werden. Hier kam der Brand nachmittags um 3 Uhr aus. Als die Gefahr von den Hausbewohnern bemerkt wurde, brannte der Dachstuhl schon an mehreren Stellen. Ausgelassen war das Feuer in den Bodenbeschlägen. Die Feuerwehr mußte mit drei Schlauchleitungen von Dampfkräften kräftig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern, der wiederum auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Von dem Täter fehlt noch jede greifbare Spur. Vorher mußte in der Petersburger Straße 75 ein Feuer gelöscht werden, das ebenfalls in einem Bodenbeschlag ausgebrochen war, aber keine große Ausdehnung erreichte. Nicht weit davon in der Gänzerstr. 10 brannten Betten und Möbel in einer Wohnung und in der Königsberger Straße 28 Holz usw. in einem Kesselraum. Der 12. Zug wurde nach der Schwermstr. 10 gerufen, wo ein Pferd in einen Ackerhaufen gestürzt war. Die Feuerwehr holte das Pferd wieder heraus. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Warshauer Straße 66, Philippstr. 24 und anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevahlbewegung.

#### Friedrichsfelde.

Am Montag, den 6. April, finden in der Zeit von 12-8 Uhr abends die Ergänzungswahlen und Dienstag, den 7. April, in derselben Zeit die Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt.

#### Wahlergebnisse.

Biankenseide. Bei der Gemeinderatswahl, an welcher sich unsere Genossen zum erstenmal beteiligten, ging unser Kandidat Otto Grund als Sieger aus der Wahl hervor. Das Ergebnis muß für unsere Genossen ein Ansporn sein, durch Ausgestaltung der Parteiorganisation weitere Erfolge vorzubereiten.

Tegel. Bei der gestrigen Gemeindevahl wurden unsere Genossen Koberl und Hales mit 813 gegen 235 bürgerliche Stimmen gewählt.

#### Submissionstechnik.

Die „Arbeitsmethode“, die von Tiefbauunternehmern bei Schrägung der Gemeinden und anderer Behörden, welche Arbeiten an Unternehmer vergeben, angewandt wird, ist jetzt, nachdem die Millionenüberhebung von Friedrichsfelde und die 100 000 Mark-Affäre von Lichtenberg an die Öffentlichkeit gebracht wurden, eine andere geworden.

Am einfachsten wurde die Sache damals in Friedrichsfelde gemacht. Alle sechs Offerten, die bei der „Submission“ abgegeben

worden sind, waren im Bureau des Unternehmers Wilhelm Bruch angefertigt.

In Lichtenberg ging die Sache nicht so glatt von statten. Der Haus- und Grundbesitzer Unternehmer Schüller und der Unternehmer Karl Rosenfeld hatten schon je ein „Memorandum“, wie es im Unternehmerjargon heißt. Bei der „Submission“ für das Rieselfeld Tsdorf hatte der Unternehmer Paul Hebig in den Herren Hagen und Borich harthäufige Mitbürger. Es bedurfte erst mehrerer und langer Verhandlungen, bevor eine Einigung auf folgender Grundlage zustande kam: Dem Unternehmer Hebig wurde die Apterung und Drainierung, dem Unternehmer Worsch die Druckrohrverlegung zugestanden. Den anderen „Submittenten“ wurde am nächsten Morgen mittels Rohrpostbrief angegeben, welche Summen sie in die abzugebende Offerte einzusetzen hätten. Jeder der beteiligten Unternehmer hatte vorher, als Garantie dafür, daß er die Abmachungen auch halte, einen Sicherheitswechsel hinterlegt.

Nachdem in der Gemeindevertretung in Lichtenberg die Praktiken der Unternehmer, wenigstens bezüglich des Rieselfeldes Tsdorf, aufgedeckt worden waren, erklärte einer der Unternehmer in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“, die Geschäfte seien ganz einwandfrei. Das macht man halt so. Die Unternehmer hätten sich nur gegenseitig entschädigt für die großen Kosten, die ihnen die Arbeiten für die Submissionen verursacht. Keine Entschädigungen für „kolossale Arbeiten und Kosten“! — Bei Friedrichsfelde erhielten die fünf Mitsubmittenten für die Unterfrist, die sie unter die Submissionen angebotene setzten, die im Bruchbüro Bureau fix und fertig ausgefüllt waren, je 16 000 bis 20 000 M.!

Obwohl die Unternehmer solche „Entschädigungen“ angeblich als einwandfrei betrachteten, scheinen sie dem Staatsanwalt doch nicht recht zu trauen. Sie halten es für geraten, nun eine andere Politik anzuwenden. Zu einem vor kurzer Zeit in der Provinz abgehaltenen Submissionstermin, in dem Arbeiten für eine Meliorationsgenossenschaft vergeben wurden, waren zwei Berliner, ein Posener und ein einheimischer Unternehmer erschienen. Bald hatten sich die vier so weit „berochen“, daß sie sich von dem Gastwirt ein separates Zimmer geben ließen und dann sich auf folgenden schriftlich fixierten Vertrag festlegten.

Die nachstehend aufgeführten Unternehmer verpflichteten sich gegenseitig durch ihre Unterschrift, daß, wer von ihnen auf Grund seiner eingereichten Preise die Arbeiten übertragen erhält, den anderen Mitunternehmern je 3000 M. (Dreitausend Mark) zu zahlen hat.

Nachdem diese Vereinbarung zustande gekommen war, füllten die Unternehmer die Hauptpositionen der Angebotsformulare aus, wobei sie nicht vergessen haben dürften, nicht nur die zu zahlenden 3 x 3000 = 9000 M., sondern noch einen Extra-Unternehmergewinn drauf zu schlagen.

Mit dieser Submissionstechnik glauben die Unternehmer vor dem Staatsanwalt sicher zu sein.

#### Rixdorf.

Der Stadtverordnete Genosse Hermann Sasse ist am 20. d. M. nach längerem Leiden verstorben. Die Ueberführung nach Hamburg zwecks Einäscherung erfolgte am Mittwoch nachmittag. Der Verstorbene ist zwar nicht nach außen merkslich in den Vordergrund getreten; er hat aber in der ihm eigen gewesenen stillen Weise sich stets als ein schätzenswertes tätiges Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion erwiesen. Letztere wird ihm daher ein ehrendes Andenken bewahren. Bei der Leichenfeier am Mittwoch fiel als befreundend auf, daß die Stadtverordnetenversammlung offiziell nicht vertreten war.

Stadtverordnetenversammlung. Sitzung vom Donnerstag, den 28. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsteher Sander dem Andenken des verstorbenen Stadts. Sasse warm empfundene Worte, welche die Versammlung durch Erheben von den Plätzen beehrte.

Als erster Punkt stand zur Beratung die Erweiterung des städtischen Omnibusbetriebes. Der Magistrat beabsichtigt, als Hauptlinie die Strecke Hermannsplatz-Ringbahnhof einzurichten, welcher sich als Zweiglinie mit Umfiegemöglichkeit die Tour Erstraße-Ringbahnhof Treptow angliedern soll. Dadurch würde nach der Begründung vielfach laut gewordenen Wünschen entsprochen, andererseits aber auch eine bessere Rentabilität des gesamten noch größeren Zuschuß erfordernden Betriebes herbeigeführt. Die Einnahmen sind auf 95 000 M., die Ausgaben auf 118 000 M. für das kommende Jahr veranschlagt, so daß ein Zuschuß von 23 000 M. erforderlich wäre. — Die Debatte eröffnete Stadts. Gröpler, der des Defizits wegen — das er auf 30 000 M. schätzte — den ganzen Betrieb mit dem 1. Oktober eingestellt wissen will. Ferner gebiete es die „Bietart“ — wie er sagte — gegen die Omnibusgesellschaft, welche die beabsichtigte neue Linie bereits befahre, daß dieser seitens der Stadt keine Konkurrenz gemacht werde. — Stadts. Riemer warf dem Redner vor, daß er als Aktionär der Omnibusgesellschaft, nicht aber als Stadtverordneter gesprochen habe; eine Rücksicht gegenüber der Privatgesellschaft sei durchaus nicht am Platz. — Stadts. Dr. Silberstein (Soz.): Die Argumente des Stadts. Gröpler zeugen von einer großen Unkenntnis in Verkehrsfragen. Die Stadt muß dem sich geltend machenden Bedürfnis gerecht werden, selbst auf die Gefahr hin, Opfer dabei zu bringen. Damit wurde auch von vornherein bei Einrichtung des Betriebes gerechnet. Es ist im Interesse der Bürger des nordöstlichen Ortsteiles verdammt Pflicht und Schuldigkeit, die geschlossene Verkehrsverbindung aufrechtzuerhalten. Die Aufhebung wäre eine Blamage ohnegleichen für Rixdorf. Nach Einrichtung der neuen Linie wird auch die Befriedigung des bei Eröffnung unseres Krankenhauses hervortretenden Verkehrsbedürfnisses wesentlich erleichtert werden durch eventuelle Verlängerung der Linie. Die Vorlage des Magistrats kann nur gutgehen werden. — Die Stadts. Weermann, Rahmig, Köchlich, Rosenow sprachen mehr oder weniger ihre Sympathie der Vorlage aus, plädierten aber für nachmalige Zurückweisung an die Verkehrsdeputation. — Stadts. Kroyer behauptete, daß die Stadt überhaupt den Privatunternehmern eine solche Konkurrenz nicht machen dürfe (1), auch auf anderen Gebieten nicht (1). — Der Erste Bürgermeister Kaiser ließ bei Vertretung der Vorlage die nötige Energie vermissen. Obwohl er zuerst es als selbstverständlich hingestellt hatte, daß der einmal begonnene Betrieb ausgebaut werden müsse und versicherte, wie wenig eine Vertagung nützen werde, indem neues Material nicht zu erbringen sei — erklärte er zum Schluß doch, daß der Magistrat mutig zurückzuweichen und die Vertagung akzeptiere. — Die Versammlung beschloß denn auch in diesem Sinne.

Der Anteil Rixdorfs für den Wettbewerb zur Erlangung eines Grundplanes der künftigen baulichen Entwicklung Groß-Berlins wurde in Höhe von 7000 M. bewilligt.

Das Schulgeld für die am 1. Oktober zu eröffnende Realschule beantragte der Magistrat für einheimische Schüler auf 100 M., für auswärtige auf 140 M., für die sämtlichen Klassen der Oberrealschule in der Emserstraße auf 120 bzw. 160 M. festzusetzen. Trotzdem Stadts. Dr. Silberstein (Soz.) diese Verschleidenartigkeit als ungerecht kennzeichnete, da doch beide Anstalten bis Untersekunda völlig gleichwertig sind, beschloß die Versammlung im Sinne der Vorlage.

Auf der noch freiliegenden Parzelle des städtischen Grundstücks Berliner Straße 9 (höhere Mädchenschule) soll ein neues Massengebäude mit 16 Räumen erbaut werden; in diesem wird später das an die Mädchenschule anschließende Lehrerinnenseminar untergebracht werden. Die Stadts. Groger (Soz.) und Courad (Soz.) rügten bei dieser Gelegenheit die falsche Grundständigspolitik, die von der Mehrheit seinerzeit auch bei der Aufstellung des ganzen „Kolle“-Grundstücks betätigt wurde. Nur ein Zufall

füge es, wenn der Plan des Magistrats zur Ausführung kommen könnte; denn die Veräußerung der Parzelle war bis heute geplant und unterließ nur, weil die gemachten Angebote (eins darunter von einem Stadtverordneten) im Preise zu niedrig waren und auf Verreiben der sozialdemokratischen Fraktion abgewiesen wurden. Ein Verkauf städtischer Grundstücke müsse unbedingt vermieden werden. — Stadts. Riemer und Bürgermeister Dr. Reich feierten die ihrer Meinung nach im Gegenteil sehr kluge Taktik, welche die Stadt bei diesem Grundstück eingeschlagen habe. — Die Vorlage wurde einstimmig genehmigt.

Der Errichtung von Lehrerstellen für die neue Realschule und dem Ortsstatut über die Witwen- und Waisenfürsorge für die Lehrer und Beamten der höheren Lehranstalten wurde debattellos zugestimmt.

In geheimer Sitzung beschloß die Versammlung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion die Beteiligung mit 3000 M. an die Studienrat-Stiftung des Kreisfiskus. — Bei der Wahl der Vertrauensmänner zum Wahlausschuß für die Schöffen und Geschworenen bemühte man sich von gewisser Seite weidlich, den Vertreter der 3. Abteilung nicht wieder in diesen Ausschuß zu lassen. Ein Stadtvater, der seinen Stolz darin sieht, den Reichstags-Abwärt an Romik womöglich noch zu übertreffen, ging sogar soweit, seine eigene Kandidatur aufzustellen, als alle anderen Mittel zerschanden wurden. Die treffende derbe Charakterisierung dieser „noblen“ Handlung trug einem sozialdemokratischen Stadtverordneten einen Ordnungsruf ein.

Ein Familienabend veranstaltet am morgigen Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, der 17. Kommunalwahlbezirk in Doppelsfesten, Hermannstraße 49. Da im ersten Teil das Parteivorstandsmittagliche Genosse Pfanck über „Unsere politische Lage“ spricht, im zweiten Teil Vorträge des hiesigen Arbeiter-Gesangvereins „Melodia“ und Rezitation stattfinden, scheint der Abend ein recht gemüthlicher zu werden. Versäume also niemand, im Kreise von Gefinnungsfreunden ein paar fröhliche Stunden zu verleben und für regen Besuch zu agitieren.

#### Teglich.

„Fröhliche Weihnachten!“ Mit diesem Weihnachtswunsch fand gestern abend der Wildhauer II. bei seiner Heimkehr nach 10 Uhr abends auf der Treppe des Hauses Schützenstr. 1 ein Paket in grauem Packpapier, das ihm sehr verdächtig vorkam. Aus diesem Grunde trug er es sofort nach der Polizeiwache, wo sich beim Öffnen ergab, daß der weiße Karton mit obiger Aufschrift die Leiche eines Kindes weiblichen Geschlechts enthielt. Nach Aussage eines hinzugezogenen Arztes ist das Kind lebensfähig gewesen. Ob es bei der Geburt gestorben oder nachher getötet worden ist, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Die Nachforschungen der Behörde nach der Mutter waren bis jetzt ergebnislos.

#### Sohen-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zum Kassendirektor der Gastwirt Herr Schulze gewählt. Außerdem teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Schuldeputation bis auf unsere Genossen Ziele bestätigt worden sei. Der Schöffe, Herr Wendler, ebenfalls der Schuldeputation angehörig, legte aus Gesundheitsrücksichten das Amt nieder. Eine Postleiste sich noch der bei der letzten Gemeindevertretersitzung mit fünf Stimmen durchgefallene Gemeindevorsteher Herr Kroyer. Trotzdem sein Mandat vom 1. April abläuft, legte er es noch in der Sitzung nieder. Dem Etat wurde zugestimmt.

#### Pankow.

Endlich ist es nach jahrelangen Bemühungen unserer Genossen in der Gemeindevertretung gelungen, über die Tätigkeit des Schularztes einen schriftlichen Bericht zu bekommen. Der Bericht umfaßt die Zeit vom April 1903 bis März 1907. Das Resultat ist trotz der vier Jahre als dürftig zu bezeichnen und beweist, wie recht wir haben mit der Behauptung, daß es unmöglich ist, im Nebenamt 4500 Schulkinder hygienisch zu überwachen. Der Bericht behandelt die hygienische Ueberwachung der Schulkäuser und der Schulkinder. Zuerst wird mitgeteilt, daß seit 1903 Fußbodenöl benutzt wird, um den Staub niederzuhalten und die Staubentwicklung zu verhindern. In den Anabensschulen sind in den Abortanlagen Desinfektionsmittel, soweit wie es angängig war, angebracht worden. Auf Antrag des Schularztes werden zweimal im Jahre die Bänke untersucht, ob dieselben absplittern, wodurch sich Kinder verletzen lassen. Dann sind noch die Schuldiener angezogen worden, die Trinkschüssel, Spünapfen und Abortanlagen sorgfältiger zu reinigen. Seit 1906 ist ein Kursus für Kinder mit Sprachfehlern eingerichtet, welcher von 14 Schulkindern besucht wurde. Jetzt werden jährlich zwei Stotterkurse abgehalten. Des weiteren wird mit Bedauern darauf hingewiesen, daß der Antrag des Schularztes, eine Waldschule einzurichten, von der Gemeinde abgelehnt sei; desgleichen wird auf die Notwendigkeit, von Gemeinde wegen Ferienkolonien zu errichten, hingewiesen. Die schulärztliche Untersuchung hat ergeben, daß eine ganz erhebliche Anzahl Schüler und Schülerinnen wegen allgemeiner Schwäche auf Monate dem Schulunterricht fernbleiben müssen; so im Jahre 1903: 63 Kinder, 1904: 64 Kinder, 1905: 55 Kinder, 1906: 58 Kinder; dazu kommen noch die vorübergehenden Kranken, von denen im Jahre 1907 in der dritten Schule 116 Anaben öfter wegen Krankheit gefehlt haben und nicht unter schulärztlicher Kontrolle standen. Die Körperbeschaffenheit der neueingeschulten Kinder ist im Durchschnitt bezeichnet mit 20 Proz. kräftiger, 46 Proz. mittelmächtig und 34 Prozent schwächlicher Konstitution. Das Gehör war bei 28 Proz. normal. Bei 26 Proz. befanden sich Drüsenanschwellungen und 90 Proz. hatten defekte Zähne. Ueber die Hüftschleife für schwachbegabte Kinder liegt kein Bericht vor. Seit 1907 amtieren zwei Schulärzte nebstamtlich gegen 800 M. Entschädigung, desgleichen ein Augenarzt mit 300 M. Entschädigung.

#### Bernau.

Die Beratung und Feststellung des Stadthaushaltsplans für 1908/09 stand auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung. In der Generaldiskussion nahm als erster Redner Genosse Hebig das Wort. Redner betonte, daß, wenn auch die Einnahmen Bernau sich bisher aus Verpachtungen, Legaten, der Fortsetzung und den Steuern reduzierten, die Stadt alle Veranlassung habe, sich Einnahmequellen wie andere größere Orte aus Kommunalunternehmungen zu schaffen. Die Wasserleitung zum Beispiel könne wohl auf längere Zeit hinausgeschoben zu sein; auch höre man nichts von dem Bau des neuen Schulhauses, welches doch bald in Angriff genommen werden müßte. Er begeherte auch, daß das Steuerjoch in diesem Jahre infolge des wirtschaftlichen Niederganges voll erhoben werden könnte und empfahl Verhaftigung der Restanten. Die Entlohnung der Bureaugehilfen, Nachwächter, Schuldiener und der städtischen Arbeiter lasse viel zu wünschen übrig. Auch genüge die Zahl der Lehrkräfte an der Volksschule nicht, hätten doch 20 Lehrkräfte 22 Klassen zu unterrichten. Der höheren Lehrkräfte sind 1000 M. bewilligt worden, für weitere Lehrkräfte der Volksschule habe man aber kein Geld übrig. Auch müßte das einmalige Einkommen im Jahre endlich aufhören, damit es dann nicht vorkommen könnte, daß in den Klassen nur 13, 14 und 15 Kinder verlegt werden. Für die Entwicklung der Gemeinden und für die Hochhaltung der Selbstverwaltung wäre es an der Zeit, daß das allgemeine Wahlrecht eingeführt und das Hausbesitzerprivileg fallen gelassen werde. Die letzten Ausführungen hätten der stellvertretende Vorsteher als nicht zur Tagesordnung gehörig zu betrachten, denn er griff nach der Glocke. In der hierauf folgenden kurzen Diskussion wurde vom Bürgermeister auch versprochen, in der Beratungsangelegenheit Remedur zu schaffen. Es wurde dann in die Beratung der einzelnen Titel eingetreten. Bei den verschiedenen Positionen beteiligten sich unsere Genossen im Sinne des vom Genossen Hebig Gesagten, so bei der Besoldung der Bureaugehilfen. Bernau zahle jungen Leuten, welche als Bureaugehilfen beschäftigt sind, monatlich 35-45 M. Dieses sollte auf 45-55 M. erhöht werden. Wegen dieser wägrlich minimale Aufbesserung wandte sich







Gardinen Portieren Steppdecken

Heyn & Goldschmidt Danziger Straße 98 Pappel-Allee 1 und 2 Extra billige Preise!

Teppiche Läuferstoffe Tischdecken

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Fig. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Fig., das erste Wort (setzgedruckt) 10 Fig. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Druckerei, Umzüge! Spottbilliger Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Umzügeverkauf, Paletotverkauf, Schmuckladen, Trauringe, Uhrenverkauf, Verkleidetes, Renommierstückes Pfandhaus, Seidenweg neu ein. 3778\*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5.-, 10.-, 15.-, 20.-, 25.-, Günstigste Gelegenheit für Händler, Einzelhändler, Radfahrer, Kfz-Fahrer. 5208\*

Wäbelfabrik J. u. L. Engelle, Kottbuser Str. 26 liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und Teilzahlung zu billigen Preisen. Aulanteile Bedingungen. \* Verkleidete bessere Möbel billig veräußert! Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Ledersofa, Klappstühle, Gasofen, moderne Küche, circa die Hälfte des Wertes! Transport und Aufhebung frei! Kottbuser Str. 26, Schönhauser Tor, Aufhebungsbüro. 3545\*

Speichermöbel Drummstraße 182, Hof, Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Möbel, Säulentrumeau, Tischchen, Spiegel, Spiegelrahmen, Kommoden, moderne Küchen, Kaminmöbel, kunstvolle, Sofa und viele andere Gegenstände spottbillig. 4528\*

Möblierte Schlafstelle für Herrn Wenzelstraße 31, vorn II, Götlicher Bahnhof, Reichardt. Möblierte Schlafstelle, einen oder zwei Herren, Stallstraße 59, vorn IV, Wilmstr. Möblierte Schlafstelle für Herrn Drummstraße 36, vorn IV links. Möblierte Schlafstelle bei Wilmstr. 37. 4146 Möblierte Schlafstelle, 9 Mann, Raumstraße 60a, Seitenflügel II, Berlin. 10296

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Wirtin und Köchin. Bedienung in Hotel, Pensionat, 20, 42, 23. Bedienung und Arbeitskräfte verlangt. H. Wenzel, Stallstraße 27, Steinbrunn. 426